



# Landtag von Baden-Württemberg

48. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 16. Juli 2003 • Haus des Landtags

Beginn: 10:02 Uhr

Schluss: 17:54 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	3305	c) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – <b>Auswirkung der geplanten Verwaltungsreform auf die Schulverwaltung</b> – Drucksache 13/2121	
Glückwünsche zur Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an langjährige Abgeordnete . . . . .	3341	d) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – <b>Schwächung des Denkmalschutzes in Baden-Württemberg durch die von der Landesregierung geplante Verwaltungsreform</b> – Drucksache 13/2138	
Begrüßung von Schülerinnen und Schülern, die beim 45. Schülerwettbewerb des Landtags einen ersten Preis gewonnen haben . . . . .	3361	e) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – <b>Beabsichtigte Neugliederung der Landesverwaltung in den Bereichen Landwirtschaft, Forst und Verbraucherschutz</b> – Drucksache 13/2070	
<b>1. Regierungserklärung – Ergebnisse des Konvents für die Zukunft Europas – und Aussprache . . . . .</b>	<b>3305</b>	f) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – <b>Auswirkungen der Verwaltungsreform auf die Straßenbauverwaltung</b> – Drucksache 13/2164 . . . . .	<b>3325</b>
Ministerpräsident Teufel . . . . .	3305, 3322	Abg. Drexler SPD . . . . .	3325, 3326
Abg. Maurer SPD . . . . .	3313	Abg. Oettinger CDU . . . . .	3330
Abg. Dr. Inge Gräßle CDU . . . . .	3315	Abg. Hofer FDP/DVP . . . . .	3334
Abg. Pfister FDP/DVP . . . . .	3317	Abg. Kretschmann GRÜNE . . . . .	3338
Abg. Kretschmann GRÜNE . . . . .	3318	Minister Dr. Schäuble . . . . .	3341
Abg. Dr. Reinhart CDU . . . . .	3320	Abg. Stickelberger SPD . . . . .	3345
<b>2. a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – Auswirkungen der geplanten Verwaltungsreform auf die Beamtinnen und Beamten</b> – Drucksache 13/2083		Beschluss . . . . .	3347
b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – <b>Beabsichtigte Eingliederung der Polizei in die Regierungspräsidien, Land- und Stadtkreise</b> – Drucksache 13/2093		Abg. Stickelberger SPD (zur Geschäftsordnung) . . . . .	3348

3. Aktuelle Debatte – <b>Der deutsche Meisterbrief – Qualitätssicherung für Ausbildung</b> – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP . . . . .	Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 13/2225 . . . . .
Abg. Beate Fauser FDP/DVP . . . . . 3348, 3358	Abg. Dr. Schüle CDU . . . . . 3366
Abg. Fleischer CDU . . . . . 3350	Abg. Stickelberger SPD . . . . . 3366
Abg. Capezzuto SPD . . . . . 3351, 3357	Abg. Theurer FDP/DVP . . . . . 3366
Abg. Dr. Witzel GRÜNE . . . . . 3353, 3360	Abg. Oelmayer GRÜNE . . . . . 3366
Minister Dr. Döring . . . . . 3355	Ministerin Corinna Werwigk-Hertneck . . . . . 3367
	Beschluss . . . . . 3367
4. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP/DVP und der Fraktion GRÜNE – <b>Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes</b> – Drucksache 13/2169	6. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz zum Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts</b> – Drucksache 13/2129
Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 13/2224 . . . . .	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt und Verkehr – Drucksache 13/2215 . . . . .
Abg. Dr. Reinhart CDU . . . . . 3361	Abg. Dr. Steim CDU . . . . . 3367
Abg. Birzele SPD . . . . . 3362	Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD . . . . . 3368
Abg. Kleinmann FDP/DVP . . . . . 3363	Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP . . . . . 3368
Abg. Brigitte Lösch GRÜNE . . . . . 3363	Abg. Boris Palmer GRÜNE . . . . . 3368
Beschluss . . . . . 3364	Minister Müller . . . . . 3368
Abg. Boris Palmer GRÜNE (zur Abstimmung) . . . . . 3364	Beschluss . . . . . 3368
Abg. Oelmayer GRÜNE (zur Abstimmung) . . . . . 3365	
5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz über die juristischen Prüfungen und den juristischen Vorbereitungsdienst (Juristenausbildungsgesetz – JAG)</b> – Drucksache 13/2086	7. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – <b>Ausbildungsplätze in Baden-Württemberg</b> – Drucksache 13/1260 . . . . . abgesetzt (3368)
	Nächste Sitzung . . . . . 3368

## Protokoll

über die 48. Sitzung vom 16. Juli 2003

Beginn: 10:02 Uhr

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 48. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Krank gemeldet sind heute Herr Abg. Rudolf Hausmann und Herr Abg. Wolfgang Staiger.

Dienstlich verhindert sind Herr Minister Dr. Repnik und Herr Minister Köberle.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt vervielfältigt auf Ihren Tischen. Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

\*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung des Innenministeriums vom 26. Juni 2003 – Zweiter Tätigkeitsbericht des Innenministeriums zum Datenschutz im nichtöffentlichen Bereich – Drucksache 13/2200

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Mitteilung der Landesregierung vom 3. Juli 2003 – Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Berichtigte Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2003 – Drucksache 13/2230

Überweisung an den Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft und federführend an den Finanzausschuss

3. Mitteilung des Rechnungshofs vom 10. Juli 2003 – Denkschrift 2003 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg mit Bemerkungen zur Landeshaushaltsrechnung 2001 – Drucksache 13/2246

Überweisung an den Finanzausschuss

\*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

### **Regierungserklärung – Ergebnisse des Konvents für die Zukunft Europas – und Aussprache**

Das Präsidium hat für die Aussprache über die Regierungserklärung eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erteile ich dem Herrn Ministerpräsidenten.

**Ministerpräsident Teufel:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Landtag von Baden-Württemberg hat vor einigen Jahren parteiübergreifend die Präambel unserer Landesverfassung geändert und eine klare europapolitische Zielsetzung in unsere Verfassung aufgenommen. Die Väter und Mütter unserer Verfassung konnten in die Verfassungsgebende Landesversammlung – Jahre vor den Römischen Verträgen und der europäischen Einigung – eine solche Bestimmung, die heute beispielhaft, wie ich meine, in unserer Verfassung steht, noch nicht aufnehmen. Ich darf sie zitieren:

Baden-Württemberg ist

*entschlossen, dieses demokratische Land als lebendiges Glied der Bundesrepublik Deutschland in einem vereinten Europa, dessen Aufbau föderativen Prinzipien und dem Grundsatz der Subsidiarität entspricht, zu gestalten und an der Schaffung eines Europas der Regionen sowie der Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aktiv mitzuwirken . . .*

Ich finde, dass der Landtag auf diese klare Zielsetzung durchaus stolz sein kann. Sie war ebenso die Grundlage für meine Arbeit wie zwei einstimmige Beschlüsse des deutschen Bundesrats und entsprechende Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz der deutschen Länder, die immer einstimmig gefasst wurden, sowie auch der Europaministerkonferenz.

Ich glaube, wir müssen eine europäische Verfassung von den Bürgern her denken. Was ist die Grunderfahrung der Bürger, wenn sie an Europa denken? Ich sehe drei Grunderfahrungen:

Die erste: Europa, das westliche Bündnis, die Grundorientierung Westdeutschlands, der Bundesrepublik Deutschland, nach dem Zweiten Weltkrieg nach Westen, hin zu den freiheitlichen Demokratien des Westens – spät genug, aber nach dem Zweiten Weltkrieg ohne Alternative –, hat diesem Land die längste Periode des Friedens und der Freiheit gebracht. In Deutschland wächst die dritte Generation heran, die keinen Krieg kennen gelernt hat. Wenn diejenigen, die politische Verantwortung getragen haben, nach dem Zweiten Weltkrieg und in unserem Land nichts anderes zustande gebracht hätten als diese längste Periode des Friedens in der deutschen Geschichte, sie hätten allein dafür unseren Dank und unsere Anerkennung verdient.

(Lebhafter Beifall bei allen Fraktionen)

*(Ministerpräsident Teufel)*

Kein Land hat stärker von dieser neuen Nachbarschaft in Europa profitiert als Baden-Württemberg, von der deutsch-französischen Versöhnung nach Jahrhunderten des Streits und deutsch-französischer Kriege, von der europäischen Einigung und dem westlichen Bündnis. Deswegen sind die baden-württembergischen Bürgerinnen und Bürger die überzeugtesten Europäer. Das ist die eine Grunderfahrung.

Die zweite Grunderfahrung, die die Bürger fast jeden Tag erleben, ist: Europa ist für sie zunehmend unüberschaubar, zunehmend ein zentralistisches Gebilde. Zunehmend erfahren sie unmittelbare Auswirkungen auf ihr tägliches Leben, ohne dass sie einsehen können, dass diese Fragen in Brüssel gelöst werden müssen. Sie denken, sie könnten auf kommunaler Ebene, auf Landesebene oder auf Bundesebene besser, effizienter und vor allem bürgernäher erledigt werden.

Tagtägliche Beispiele: Wir erleben in unserem Land, dass wir zwar für Notariate zuständig sind und bleiben, aber nicht mehr über die Notariatsgebühren bestimmen können. Wir erleben in unserem Land, dass Institutionen, die sich 150 Jahre lang bewährt haben, nämlich die Gebäudebrandversicherungsanstalten, aufgelöst werden müssen, weil sich britische Versicherungsgesellschaften unter Aspekten des freien Wettbewerbs bei der Kommission und beim zuständigen Wettbewerbskommissar beklagen. Wir müssen also die Gebäudebrandversicherungsanstalten auflösen. Das Ergebnis: Für den Bürger wird alles teurer.

Die Kommission kümmert sich um die Sparkassen, auch unter Aspekten des Wettbewerbs. Wie wäre es unserer mittelständischen Wirtschaft in den letzten Jahren gegangen, und wie würde es ihr gehen, wenn wir nicht Sparkassen und Genossenschaftsbanken vor Ort in einer Form hätten, die sich bewährt hat und in der sie mittelstandsnah, nah am Einzelhandel und nah am Bürger die Bankdienstleistungen erbringen?

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Ich könnte die Beispiele beliebig fortsetzen. In dieser Woche war der Verband der Chemischen Industrie Baden-Württemberg bei mir. Der Entwurf der EU-Richtlinie für die chemische Industrie umfasst 1 200 DIN-A-4-Seiten. Welcher mittelständische chemische Betrieb – in Baden-Württemberg haben wir es überhaupt nur mit Mittelständlern zu tun – hat allein die administrative Kapazität, um so etwas zu lesen, zu beurteilen und nachher anzuwenden? Wir vertreiben mit solchen Regelungen die letzten forschenden Betriebe in die Vereinigten Staaten von Amerika.

Da sind die Erfahrungen der Bürger, der Handwerker und der Bauern, die bald mehr vor dem PC sitzen, um Anträge zu schreiben, als sie Zeit haben, auf dem Acker zu sein. Das ist die zweite Grunderfahrung der Bürger.

Die Antwort auf diese zweite Grunderfahrung kann nach meiner Meinung nur sein: Wir müssen dieses Europa vom Kopf auf die Füße stellen. Wir müssen Europa von unten nach oben aufbauen. Das Fundament und die ursprünglichste Einheit sind die Gemeinden. Städte und Gemeinden sind bisher in keinem europäischen Vertrag auch nur vorgekommen, obwohl Handelsstädte, Hansestädte, Universitätsstäd-

te, Freie Reichsstädte in der ganzen europäischen Geschichte im Grunde über Jahrhunderte hinweg Europa ausgemacht haben.

Wir müssen das Subsidiaritätsprinzip beachten: Das ursprünglichste Recht liegt bei der kleinsten Einheit, und auf die nächste Einheit Kreis, auf die nächste Einheit Land, auf die nächste Einheit Bund kommt nur das, was über die Kraft der jeweils kleineren Einheit hinausgeht.

Wir wollen ein starkes Europa. Aber Europa ist nicht dann stark, wenn es sich um tausend Aufgaben kümmert und wenn es sich um tausenderlei Aufgaben kümmert, sondern Europa ist dann stark, wenn es sich um die richtigen Aufgaben kümmert.

(Beifall bei der CDU, der FDP/DVP und der Abg. Nagel und Moser SPD sowie auf der Zuhörertribüne)

Die richtigen Aufgaben lassen sich ganz genau definieren: Es sind die Aufgaben, die über die Kraft des Nationalstaats hinausgehen. Kein Nationalstaat in Europa kann sich heute allein verteidigen. Deswegen sind Fragen der Sicherheitspolitik und der Außenpolitik zunehmend europäische Fragen, und sie müssen auch auf europäischer Ebene angesiedelt werden. Wenn wir einen Gemeinsamen Markt haben, dann gilt das auch für alle Fragen des Wettbewerbs und des Binnenmarkts. In einer Welt, die immer mehr zu einer Welt wird, sind Fragen der Außenhandelspolitik europäische Fragen. Wenn wir eine gemeinsame Währung haben, ist es die Währungspolitik. Das Gleiche gilt für grenzüberschreitende Umweltpolitik, wobei die Betonung auf „grenzüberschreitend“ liegt. Wenn wir eine vergemeinschaftete Agrarpolitik haben, gilt das natürlich auch weithin für Fragen der Agrarpolitik. Es gilt auch für die Großforschungspolitik, die über die Kraft der Mitgliedsstaaten hinausgeht.

Nun habe ich im Wesentlichen schon die europäischen Aufgaben beschrieben. Von allem anderen sollte Europa die Finger lassen, weil es besser und bürgernäher auf nationalstaatlicher Ebene, auf Länderebene oder gar auf kommunaler Ebene geregelt werden kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Man muss sich das einmal vorstellen: Über ein Wasserschutzgebiet in Baden-Württemberg entscheidet das Landratsamt. Über ein Naturschutzgebiet entscheidet das Landratsamt. Über ein Landschaftsschutzgebiet entscheidet das Landratsamt. Über Vogelschutzgebiete entscheidet die europäische Ebene, und zwar parzellenscharf.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Ja! – Abg. Birzele SPD: Das hat aber doch einen Grund! Das ist doch logisch!)

Ich nenne ein ganz konkretes Beispiel aus dieser Woche: Die Stadt Karlsruhe hat zwar theoretisch nach dem Baugesetzbuch des Bundes ein Planungsrecht – Flächennutzungsplan und Bebauungsplan –, aber sie hat dieses Planungsrecht nur im Rahmen der FFH- und der Vogelschutzrichtlinie. Das ist die konkrete Erfahrung, die die Menschen haben. Darauf müssen wir antworten.

(Ministerpräsident Teufel)

Auf die erste Erfahrung „Europa ist eine Friedensgemeinschaft“ müssen wir antworten mit weiteren Städtepartnerschaften, einer Pflege der Beziehungen der Menschen, mit der Wahrung des Bündnisses mit den Vereinigten Staaten von Amerika sowie zunehmend auch mit einer Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik.

Auf die zweite Grunderfahrung der Bürger müssen wir mit Subsidiarität antworten: Die Aufgaben müssen auf die richtige Ebene.

Dann kommt eine dritte Grunderfahrung hinzu, die wir in den letzten 13, 14 Jahren Gott sei Dank machen konnten, nämlich die große Zeitenwende des Jahres 1989. Ich vergesse nicht, was mir der erste frei gewählte ungarische Ministerpräsident Jozsef Antal seinerzeit in Budapest gesagt hat. Er sagte wörtlich: Wir kehren zurück nach Europa. Wir haben uns nie von Europa verabschiedet. Wir sind durch die sowjetische Hegemonialmacht gewaltsam von Europa ferngehalten worden.

Das habe ich erfahren von Estland bis Slowenien, wenn ich ost- und südosteuropäische Hauptstädte besucht habe: eine unwahrscheinliche Sehnsucht zur Rückkehr nach Europa. Bei aller Skepsis, die man in den letzten Wochen vor den Volksabstimmungen über den Beitritt gelesen hat: Schauen Sie sich die Wahlbeteiligungen und die Abstimmungsergebnisse von Ungarn bis Polen an. Es ist so, dass die Völker kein anderes Ziel haben, als Europa zu vereinigen.

Nachdem aus dem Europa der Sechs durch die Süderweiterung, die Westerweiterung, die Norderweiterung ein Europa der 15 geworden ist, haben wir nun die einmalige geschichtliche Chance, Europa in Richtung Ost- und Südosteuropa vollenden zu können und das Tor für den Beitritt europäischer Länder auch in der Zukunft offen zu halten.

Diese Chance dürfen wir nicht verpassen. Wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern offen sagen, dass das auch Geld kostet, dass es aber im Interesse Deutschlands liegt, des wirtschaftsstärksten Landes der Europäischen Union, des Landes in der Mittellage, des Landes, das von der Osterweiterung auch am meisten profitiert. Es entstehen neue Märkte.

Wir müssen den Bürgern auch sagen: Auch wenn es viel kostet – es ist viel billiger als das, was wir uns in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts geleistet haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Europa ist für mich vor allem eine Friedensgemeinschaft. Dafür müssen wir uns einsetzen.

Im ständigen Gespräch mit der Bundesregierung, mit dem Bundeskanzler und dem Bundesaußenminister haben die deutschen Länder seit drei Jahren einvernehmlich – alle 16 Ministerpräsidenten – gesagt: Wir möchten eine klare Kompetenzordnung in Europa; wir nehmen das so nicht länger hin; wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie eine Regierungskonferenz durchsetzt; sonst stimmen wir den bevorstehenden Beschlüssen von Nizza nicht zu.

Die Bundesregierung hat erklärt, dass sie unsere Zielsetzung verstehe, auch bereit sei, sie zu unterstützen, dass sie

sie aber nicht in Nizza durchsetzen könne, dass wir den Vertrag von Nizza aber trotzdem nicht ablehnen könnten, weil der Vertrag von Nizza auch den Beitritt der zehn osteuropäischen Länder beinhalte.

Wir haben dann von der Bundesregierung die Zusage bekommen, dass sie nach Nizza eine Regierungskonferenz für eine neue Kompetenzordnung durchsetzt. Schon in Nizza und danach in Laeken ist dann beschlossen worden, dass es nicht nur zu einer neuen Regierungskonferenz kommt, sondern dass ein Konvent zur Ausarbeitung einer europäischen Verfassung einberufen wird.

Ohne die Erfahrung von Nizza wäre es nicht zu diesem Auftrag gekommen. Nizza war der längste Gipfel – fünf Tage – und der Gipfel mit dem geringsten Ertrag. Die vorherige Methode, die über Jahre hinweg für sechs und für zehn Mitgliedsstaaten durchaus funktioniert hat, ist an ihre Grenzen gestoßen. Wir haben erkannt, dass nicht nur die Beitrittsländer beitragsfähig werden müssen, sondern dass auch die Gemeinschaft der 15 beitragsfähig werden muss.

Sie wissen, dass mich der deutsche Bundesrat als Mitglied in diesen Konvent gewählt hat. Ich habe versucht, die Grundanliegen, die die Anliegen unserer Verfassung und die die Anliegen dieses Hauses, des Landtags von Baden-Württemberg, sind und die in mehreren Debatten Beratungsgegenstand waren, so weit wie möglich durchzusetzen.

Was muss in einer europäischen Verfassung stehen? All das, was in einer demokratischen Verfassung stehen muss. Also zunächst einmal die Grund- und die Menschenrechte. Hierbei hatten wir es verhältnismäßig einfach. Wir konnten auf einem Verfassungskonvent aufbauen, den der frühere deutsche Bundespräsident Roman Herzog geleitet hat und der einen umfassenden Katalog von Rechten der Bürger, von Grund- und Menschenrechten aufgestellt hat. Das Ergebnis dieses Konvents war bisher nicht europäisches Recht. Wir übernehmen in Teil II der neuen europäischen Verfassung ohne jede Veränderung und ohne jeden Abstrich das Ergebnis des Grundrechtekonvents. Ich glaube, das ist außerordentlich wichtig. Das war auch ein Anliegen der deutschen Länder.

Was muss außerdem in einer Verfassung stehen? Eine klare Kompetenzordnung, schlicht formuliert die Antwort auf die Frage: Wer tut was, wer ist wofür zuständig und trägt dann für sein Handeln oder Unterlassen auch die Verantwortung? Das muss jeder europäische Bürger übersehen, damit er bei seiner Stimmabgabe bei einer europäischen Wahl auch Zustimmung oder Missfallen an der richtigen Stelle zum Ausdruck bringen kann. Diese Kompetenzordnung war das Grundanliegen des Bundesrats und der deutschen Länder.

Was habe ich in den ersten Wochen des Konvents, als ich mich dafür schon in der allerersten Sitzung eingesetzt habe, da alles gelesen! Was ist mir dabei alles an Argumenten begegnet!

Europa ist ein dynamischer Prozess. Man kann doch nicht an einem Tag die Aufgaben festschreiben. Beispielsweise hätte noch vor zehn Jahren niemand ohne die Erfahrungen des 11. September 2001 die Terrorismusbekämpfung als Aufgabe in eine europäische Verfassung hineingeschrieben.

(Ministerpräsident Teufel)

Aber nach heutigem Stand muss die Terrorismusbekämpfung doch aufgenommen werden. Deswegen kann man keine feste Kompetenzordnung vornehmen. Vor allem Abgeordnete des Europäischen Parlaments haben parteiübergreifend gesagt, dass man keine saubere Abgrenzung vornehmen und festschreiben könne, weil es sich um einen dynamischen Prozess handle, der beachtet werden müsse.

Heute gibt es in dem Verfassungsentwurf, den wir verabschiedet haben, eine klare Kompetenzordnung. Es gibt zunächst einen Artikel über ausschließliche europäische Kompetenzen. Zweitens gibt es einen Artikel über geteilte Kompetenzen zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedsstaaten. Drittens gibt es einen Artikel über ergänzende Kompetenzen. Es gibt sogar – das habe ich bereits in der allerersten Sitzung gewünscht, und das ist damals abgelehnt worden – einen Artikel über die nationale Identität, also darüber, worum sich Europa auf gar keinen Fall kümmern darf. Dabei geht es beispielsweise um die innere Ordnung eines Mitgliedslandes. Es geht die Europäische Union nichts an, wie die innere Verfassung eines Mitgliedsstaats aussieht. Gleiches gilt für das Staat-Kirche-Verhältnis

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

und für die Anerkennung von kommunaler und regionaler Selbstverwaltung.

Was mindestens genauso wichtiger Bestandteil der Kompetenzordnung ist: Dort, wo die Europäische Union nach Teil I oder Teil III der Verfassung Kompetenzen hat, muss sie drei Prinzipien zwingend beachten:

Erstes Prinzip: Verhältnismäßigkeit. Jede europäische Maßnahme muss verhältnismäßig sein, und die Europäische Kommission muss in jedem Gesetzentwurf begründen, dass die Vorschriften verhältnismäßig sind.

Zweitens und ganz besonders zentral: Allgemeine Ziele, wie sie zuhauf in jedem europäischen Vertrag stehen, dürfen nicht kompetenzbegründend sein. Sonst gäbe es nämlich überhaupt kein Halten, weil sich die Europäische Union um alles kümmern könnte. Es gilt vielmehr das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung. Im Einzelfall muss in der europäischen Verfassung eine Ermächtigung stehen, sonst kann die Europäische Union keine Kompetenz für sich in Anspruch nehmen.

Und das Dritte: Sie muss – wohlgemerkt bei der Ausübung eigener Zuständigkeiten; andere darf sie ohnehin nicht wahrnehmen – das Subsidiaritätsprinzip beachten. Nun steht das Subsidiaritätsprinzip schon in den Verträgen von Amsterdam und von Maastricht, aber geändert hat sich überhaupt nichts. Deswegen kam es darauf an, nicht nur eine allgemeine hehre Formulierung des Subsidiaritätsprinzips zu wählen, sondern tatsächlich auch ein Kontrollsystem aufzubauen, damit sich das Subsidiaritätsprinzip durchsetzen kann. Das ist der dritte Teil der Kompetenzordnung. Künftig wird die Europäische Kommission, die auch in Zukunft allein das Initiativrecht für Gesetze hat, erstens in jedem Gesetzentwurf darlegen müssen, dass sie das Subsidiaritätsprinzip und das Verhältnismäßigkeitsprinzip beachtet. Zweitens wird sie einen Gesetzentwurf zu dem Zeitpunkt,

zu dem sie ihn dem Rat zuleitet, auch jedem nationalen Parlament zuleiten müssen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Dann kann jedes nationale Parlament, bei uns also der Bundestag und der Bundesrat, zu diesem Gesetzentwurf binnen sechs Wochen an die Kommission eine Stellungnahme abgeben, wenn es der Auffassung ist, dass der Gesichtspunkt der Subsidiarität nicht ausreichend beachtet wurde oder Zuständigkeiten nicht ausreichend beachtet wurden. Die Kommission muss dies berücksichtigen. Wenn eine größere Zahl von Parlamenten Kritik übt, muss sie ihre Vorschläge überprüfen. In der Regel ist sie nicht gebunden, eine Stellungnahme ernst zu nehmen. Sie wird es aber deshalb tun, weil am Ende des Gesetzgebungsverfahrens jedes nationale Parlament, also bei uns Bundestag und Bundesrat, beim Europäischen Gerichtshof klagen kann, und zwar nicht in der Hauptsache, sondern mit der Begründung, dass es das Subsidiaritätsprinzip für verletzt hält.

Was glauben Sie, welche Schwierigkeit es gemacht hat, dieses Klagerecht durchzusetzen! Die 16 deutschen Länder haben vor Maastricht bei der damaligen Bundesregierung durchgesetzt, dass die Bundesregierung in den damaligen Vertragsverhandlungen vier Ziele verfolgt. Das erste Ziel: Das Subsidiaritätsprinzip muss verankert werden. Das ist damals in Maastricht erfolgt. Das zweite Ziel: Wenn in Deutschland eine Länderkompetenz gegeben ist, muss ein Landesminister und nicht ein Bundesminister am Ratstisch vertreten sein.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Das ist seither der Fall. Das dritte Ziel, nämlich dass ein Ausschuss der Regionen gebildet wird, wurde ebenfalls durchgesetzt. Aber das vierte Ziel, ein selbstständiges Klagerecht der Länder, wenn ihre eigenen Kompetenzen verletzt sind, ist bis heute nicht durchgesetzt.

Von Spanien ist dann beispielsweise vorgebracht worden: Wir lassen uns doch angesichts des Basken-Problems nicht auf Klagerechte unserer Regionen ein. Zweitens wurde von Ländern vorgebracht, es gebe bei ihnen keine Gesetzgebungskompetenzen der Regionen oder überhaupt keine Regionen. Es wurde angeführt, es sei doch ein Ding der Unmöglichkeit, dass ein Land, das keine Regionen habe, nur einmal klagen könne, ein anderes Land, das zwei Kammern habe, zweimal klagen könne und wir Deutschen wollten, dass zusätzlich 16 Länder klagen könnten.

Es ist durchgesetzt worden: Erstens: Jedes Mitgliedsland kann im Subsidiaritätskontrollverfahren klagen. Zweitens: Jede Regierung eines Mitgliedslands muss klagen, wenn eine Kammer des Parlaments, also bei uns Bundestag oder Bundesrat, dies von der Regierung verlangt. Eine entsprechende Zusage ist auch von der Bundesregierung gegeben worden. Nun können wir innerstaatlich sogar erreichen, dass es zu einem Klagerecht eines einzelnen Landes kommt. Wir wollen nämlich mit Zustimmung der Bundesregierung eine Vereinbarung unter den Ländern treffen, dass dann, wenn ein Land klagen will und dies im Bundesrat beantragt, die anderen Länder der Klage zustimmen.

(Ministerpräsident Teufel)

Es ist schon ein gewaltiger Erfolg, dass beide Kammern ein Klagerecht erhalten haben. Das ist nur erreicht worden, weil formal jedes Land nur durch seine Regierung klagen kann, alle Staaten also nur einmal klagen können, tatsächlich aber beide Kammern klagen können. Im Innenverhältnis sind wir dabei, eine Regelung aufzubauen, die das Klagerrecht eines einzelnen Landes ermöglicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP sowie der Abg. Moser SPD und Kretschmann GRÜNE)

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf die Möglichkeiten eines Landesparlaments im Rahmen dieses Subsidiaritätskontrollverfahrens, dieses Frühwarnsystems, wie es auch heißt, eingehen. Erstens ist es die Kommission, die für Gesetzentwürfe zuständig ist. Künftig heißen europäische Normen übrigens ebenfalls „Gesetze“, wie das in jedem Mitgliedsland der Fall ist. Für die europäischen Normen werden die gleichen Begriffe übernommen.

Wenn die Kommission an einem Gesetzentwurf arbeitet, muss sie ein umfassendes Anhörungsverfahren durchführen. In dieser Phase kann sich jedermann – jeder Verband, jedes regionale Parlament, jeder Landtag – einschalten und eine Stellungnahme abgeben. Wenn offensichtlich auch Regionen betroffen sind, muss die Europäische Kommission im Rahmen dieses Anhörungsverfahrens auch Regionen anhören.

Der zweite Punkt: Wenn ein Gesetzentwurf jeder Kammer des nationalen Parlaments zugeleitet wird – bei uns also dem Bundestag und dem Bundesrat –, dann kann jede Kammer, also der Bundestag oder der Bundesrat, beschließen, dass eine förmliche Anhörung der Landesparlamente stattfindet.

Wenn Sie dies alles nun zusammennehmen, werden Sie feststellen, dass, gemessen an den Erwartungen,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Stimmt!)

nicht nur eine gute, sondern fast eine optimale Lösung in der Kompetenzordnung erreicht worden ist. Das sehen alle 16 deutschen Ministerpräsidenten so. Wir sind mit der Aufnahme dieses Kernanliegens in den Verfassungsentwurf sehr zufrieden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie der Abg. Theresia Bauer und Kretschmann GRÜNE)

Was muss in einer Verfassung noch geregelt werden? Natürlich die Institutionen, die Machtstrukturen und das Gesetzgebungsverfahren.

Die europäische Ebene hat im wesentlichen drei Institutionen – ich lasse den Rechnungshof und den Europäischen Gerichtshof, deren Aufgaben selbstverständlich ebenfalls in der Verfassung geregelt werden müssen, weg –: Es geht erstens um den Rat, den Ministerrat, zweitens um die Kommission und drittens um das Europäische Parlament.

Der große Gewinner unter diesen drei Institutionen ist nach diesem Konventsprozess das Europäische Parlament. Das ist auch gut so. Auch ich habe mich nachdrücklich dafür eingesetzt. Warum? Es ist doch ein Ding der Unmöglichkeit,

dass der europäische Gesetzgeber bisher – vor dem Europäischen Parlament – in vielen Fällen, in der Mehrzahl der Fälle ausschließlich der Rat gewesen ist.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Und das nichtöffentlich!)

Im Haushaltsrecht gab es für weit mehr als die Hälfte des europäischen Haushalts kein Beteiligungsrecht und kein Entscheidungsrecht des Europäischen Parlaments, sondern entschieden hat der Rat.

Wenn man aber die Bürger fragen würde – einfach die nächsten 100, die die Königstraße entlangkommen –: „Wer ist für die europäische Gesetzgebung zuständig?“, dann bin ich überzeugt, dass 98 von ihnen sagen würden: „Das Europäische Parlament, das wir seit 20 Jahren direkt wählen.“ Aber das Europäische Parlament war, wenn überhaupt, nur höchst unzulänglich in Gesetzgebung und Haushalt wirklich einbezogen.

Künftig wird es so sein, dass das Europäische Parlament im gleichen Umfang wie der Europäische Rat an der Gesetzgebung beteiligt ist. Dies gilt weitestgehend auch für die Haushaltsgesetzgebung. Das halte ich für sehr gut.

Das Europäische Parlament wählt künftig den Kommissionspräsidenten – zwar auf Vorschlag des Europäischen Rats, der Staats- und Regierungschefs, aber es ist eine Wahl durch das Europäische Parlament. Das stärkt die Stellung des Kommissionspräsidenten.

Damit möchte ich zur Kommission kommen. Der Kommissionspräsident ist gestärkt durch die Wahl durch das Parlament, und er wird dadurch gestärkt, dass er eine Art Richtlinienkompetenz, ein Weisungsrecht gegenüber den Kommissaren bekommt. Weiterhin wird er dadurch gestärkt, dass er aus den Dreierlisten mit Wahlvorschlägen für die Kommissare, die jedes Land einreicht, selbst auswählen kann, sich sein Kabinett, die Kommissare, also in beachtlichem Umfang selbst zusammenstellen kann.

Wir werden jetzt die Regelung haben, um die natürlich die kleinen und die neuen Länder gekämpft haben, dass jedes Land einen Kommissar stellt, dass es also ab dem Beitritt der zehn neuen Länder 25 Kommissare sind. Wir haben sehr lange über diese Frage diskutiert. Es ist ganz sicher nicht Platz für 25 Ressorts, mit Sicherheit nicht. Deswegen haben wir durchsetzen können: Ab dem Jahr 2009, also nach der übernächsten Wahl des Europäischen Parlaments, wird die Zahl der Kommissare auf 15 reduziert, und dann wird für jedes Land, das nicht zum Zug gekommen ist – es wird ein rollierendes System eingeführt –, ein beigeordneter Kommissar eingesetzt, der in der Kommission kein Stimmrecht hat.

(Abg. Fischer SPD schüttelt den Kopf.)

Dadurch wird nach menschlichem Ermessen eine größere Effizienz erreicht. Die Kommission ist dem Europäischen Parlament verantwortlich.

Ich kann gut verstehen, wenn Sie da Bedenken haben und den Kopf schütteln. Ich hätte mir eine sehr viel kleinere Kommission als sehr viel effizienter vorstellen können. Ich sage Ihnen: Alle neuen Länder und alle kleineren Länder

(Ministerpräsident Teufel)

haben die Frage ihrer Gleichberechtigung in der Europäischen Union an zwei Punkten festgemacht: erstens daran, dass sie einen Kommissar stellen, und zweitens daran, dass sie im rotierenden System – ich komme gleich darauf zu sprechen – weiterhin im Halbjahresabstand selbst auch einmal den Vorsitz im Rat stellen. Da musste man wirklich zu Kompromissen bereit sein. Die Kleineren sind mit der jetzigen Lösung nicht zufrieden. Es ist ein Kompromiss, aber immerhin einer, der im Jahr 2009 zu einer entscheidenden Verbesserung führt.

Ich komme zur dritten Institution, nämlich zum Ministerrat. Ich habe immer gesagt: Das ist für mich das reformbedürftigste Gremium überhaupt. Im Rat – das habe ich auch damals ausgeführt, als der Landtag in Karlsruhe getagt hat – sollte man zwischen den administrativen Kompetenzen und den gesetzgebenden Kompetenzen unterscheiden und den Rat als Gesetzgeber öffentlich tagen lassen. Es gibt kein einziges demokratisches Parlament der Welt, das nicht öffentlich tagt. Manche Beschlüsse, die wir beklagen, sind allein deswegen zustande gekommen, weil hinter verschlossenen Türen jeweilige Fachministerräte Dinge durchgesetzt haben, die sie im nationalen Kabinett nie hätten durchsetzen können, weil dort auch ein Finanzminister, ein Wirtschaftsminister und ein Regierungschef sitzen und weil dort ein Denken im Ganzen stattfindet, während es sich in den Fachministerräten jeweils monocolor um Umweltminister, Verkehrsminister oder Innenminister gehandelt hat. Deswegen ein Gesetzgebungsrat.

Es wird jetzt ein Allgemeiner Rat geschaffen. Ich hätte mir lieber einen Allgemeinen Rat und einen Gesetzgebungsrat getrennt vorgestellt. Es wird jetzt ein Allgemeiner Rat einschließlich Gesetzgebungsrat geschaffen. Dafür wird aber jedes Land einen Vertreter benennen. Dieser ist künftig Gesetzgeber für sein Land und nicht mehr der jeweilige Fachminister. Der jeweilige Fachminister kann beim jeweiligen Tagesordnungspunkt in der Ratssitzung dazukommen. Das ist unter Aspekten der Fachkompetenz auch vernünftig, aber es nimmt ein ständiger Vertreter die Funktion der Gesetzgebung im Rat wahr. Das ist eine entscheidende Verbesserung.

Eine weitere entscheidende Verbesserung ist, dass die beiden Funktionen der Außenpolitik, die bisher zwei Menschen wahrnehmen – nämlich die Funktion des Mitglieds der Kommission für das Ressort Außenbeziehungen und für den Rat die Funktion des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die Herr Solana wahrgenommen hat –, vereinigt werden, praktisch ein Doppelhut entsteht und man sich sogar dazu durchringen konnte, diesen Mann oder diese Frau europäischen Außenminister zu nennen. Damit haben wir ganz sicher noch nicht eine europäische Außenpolitik. Diese wird von Inhalten und weit weniger von Institutionen abhängen. Aber das ist eine wesentliche Verbesserung gegenüber bisher, zumal auch aufgenommen ist, dass ein eigener Auswärtiger Dienst auf der europäischen Ebene aufgebaut wird.

Wir haben es im Rat also mit einer Konzentration zu tun. Wir haben nicht mehr 15 Fachministerräte, die für die Gesetzgebung zuständig sind, sondern einen Gesetzgebungsrat, einen Allgemeinen Rat.

Dann stellte sich die Frage des Vorsitzes. Ich habe gerade angedeutet, wie stark die neuen und die kleineren Länder an einem alle halbe Jahre rotierenden System interessiert waren. Aber genauso klar ist unter Effizienzgesichtspunkten und unter Gesichtspunkten der Kontinuität, dass man nicht alle halbe Jahre unter einem neuen Ratsvorsitz beispielsweise neue Schwerpunkte der Europapolitik setzen kann. Es war deshalb vernünftig, zu einer „hauptamtlich“ arbeitenden Figur zu kommen, die für einen längeren Zeitraum den Vorsitz hat.

Auch da hat man Kompromisse gemacht, vernünftige, wie ich meine; denn man musste einen Dualismus zwischen dem Ratspräsidenten und dem Kommissionspräsidenten vermeiden. Der Ratspräsident bekommt nicht mehr Kompetenzen, als bisher der halbjährlich wechselnde Ratspräsident hat, nämlich Vorbereitung der Sitzungen, Leitung der Sitzungen und, unbeschadet der Pflichten der Außenvertretung für den Außenminister, Außenvertretung. Er wird künftig für jeweils zweieinhalb Jahre gewählt, bei einmaliger Wiederwahlmöglichkeit.

Meiner Meinung nach ist also auch die Situation im Rat verbessert worden.

Das sind die Institutionen.

Natürlich hat es auch in diesem Bereich unglaublich viele Kompromisse gegeben.

Nun gibt es einen Teil III. Bezüglich dieses Teils III haben diejenigen, die dem Konvent die Aufgaben vorgegeben haben, gesagt: Da habt ihr eigentlich nicht die Aufgabe, das inhaltlich-materiell zu verändern, sondern die Aufgabe, aus den unterschiedlichsten europäischen Verträgen das Recht zusammenzuführen, in eine Ordnung zu bringen und in einer für den Bürger verständlichen Sprache zu formulieren. Es ist außerordentlich wichtig, das zu sagen; denn wir konnten tatsächlich nicht die Kompetenzen verändern.

Nun will ich Ihnen sagen, wie wichtig das Zusammenfügen dieses Teils III mit dem Teil I ist. Ich habe vorhin als großen Erfolg dargestellt – was es auch ist –, dass es künftig keine allgemeinen Zielsetzungen mehr gibt, die Kompetenzen begründen, sondern begrenzte Einzelermächtigungen. Am zweitletzten Tag ist für den ganzen Teil III vom Präsidium ein Artikel III.0 vorgeschlagen worden, in dem stand, dass alle Bestimmungen, also alle Kompetenzen des Teils III, im Lichte der allgemeinen Zielsetzungen der Europäischen Union auszulegen seien. Das wäre nichts anderes gewesen

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Als ein Blankoscheck!)

als durch die Hintertür wieder Kompetenzbegründung durch die allgemeine Zielsetzung.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Ich habe mich noch am gleichen Tag an den Präsidenten gewandt und sehr kritisch darauf hingewiesen. Die Regelung ist in der allerletzten Sitzung wieder korrigiert worden. Jetzt steht sogar *expressis verbis* – und das ist eine Verbesserung – in diesem Artikel III.0, dass die Kompetenzordnung des Teils I gilt: in jedem Einzelfall begrenzte Einzelermächtigung.

(Ministerpräsident Teufel)

Es gab aber andere überfallartig eingebrachte Bestimmungen – ich komme nachher auf einige zu sprechen –, die in allerletzter Minute durchgesetzt wurden, ohne dass man das hätte verhindern können.

Teil III ist also von entscheidender Bedeutung, weil er die Zuordnung zu den Artikeln über die Kompetenzordnungen in Teil I bedeutet. Lange haben wir dafür gekämpft, dass Teil III dieselbe Rechtsqualität wie Teil I erhält. Das ist erreicht worden. Die Verfassung hat also insgesamt Verfassungscharakter, kann also nur mit den verfassungsändernden Mehrheiten geändert werden, Teil III genauso wie Teil I.

In Teil III ist von großer Bedeutung, dass wir die so genannten drei Säulen, die bisher die Arbeit in der Europäischen Union geprägt haben, vereinigt haben. Die erste Säule ist die Integration aller Aufgaben, für die die Europäische Union zuständig war, die zweite Säule ist die Außen- und Sicherheitspolitik, und die dritte Säule ist die Innen- und Rechtspolitik. Sie waren intergouvernemental. Das bedeutet: ausschließlich Aussprachen zwischen den Staaten und auf jeden Fall das Einstimmigkeitsprinzip. Jetzt ist alles zusammengeführt. Die Europäische Union ist eine eigene Rechtspersönlichkeit, und unglaublich viele Einstimmigkeitsbeschlüsse sind in Mehrheitsentscheidungen überführt worden.

Natürlich kann man bezüglich Mehrheitsentscheidung und Einstimmigkeit fragen: Ist das Glas halb voll oder halb leer?

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Weder halb voll noch halb leer!)

Weit mehr als die Hälfte der Entscheidungen, für die bisher eine Einstimmigkeit vorgeschrieben war, sind in Mehrheitsentscheidungen überführt worden. Aber in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik beispielsweise gibt es noch unglaublich viele Punkte, bei denen Einstimmigkeit erforderlich ist, weil die Staaten an dieser Stelle ihre Souveränität nicht aufgeben; das muss man ganz klar sagen.

In der Außen- und Sicherheitspolitik ist man weitergekommen, sogar erheblich; aber man darf sich da keiner Illusion hingeben. Ob Europa zu einer einheitlichen Außenpolitik kommt, hängt nicht von institutionellen Regelungen ab, sondern es kommt auf die Inhalte an. Die souveränen europäischen Staaten werden noch für lange Zeit ihre Außenpolitik zwar mit anderen abstimmen, aber in den entscheidenden Fragen letztlich selbst bestimmen.

Beispielsweise wurde auch erreicht, dass Deutschland, das größte Land der Europäischen Union, zum allerersten Mal und im Gegensatz zum Vertrag von Nizza bei Abstimmungen mehr Gewicht bekommt. Der Abstimmungsmodus wird künftig eine doppelte Mehrheit beinhalten, nämlich zum einen eine Mehrheit der Mitglieder und zum anderen 60 % der Einwohner, also nicht nur eine Mehrheit der Einwohner, sondern 60 % der Einwohner. Das geht sehr weit und passt vielen anderen nationalen Regierungen nicht. Es gibt auch die superqualifizierte Mehrheit. Hier sind – etwa für gravierende Änderungen – eine Zweidrittelmehrheit der Staaten und 60 % der Einwohner erforderlich.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Was an Positivem erreicht worden ist, entspricht weitestgehend dem, was der Bundesrat gefordert hat und was auch in diesem Hause diskutiert worden ist. Ich habe allen Grund, wenn auch in Kürze, einer ganzen Reihe von Personen und Institutionen, ohne die das Ergebnis nicht erreicht worden wäre, Dank zu sagen.

Fast alles, was wir Länder erreicht haben, haben wir mit Unterstützung des Präsidenten des Konvents, Giscard d'Estaing, erreicht. Ihm möchte ich ausdrücklich danken. Ferner möchte ich den Kollegen aus Deutschland danken, mit denen es eine regelmäßige und denkbar enge Zusammenarbeit gegeben hat, zunächst Professor Glotz, dann Außenminister Fischer sowie dem Vertreter des Bundestags, Professor Meyer, der ja unser Landtagskollege gewesen ist.

Ausdrücklich und aus ganzer Überzeugung danken möchte ich dem Landtag von Baden-Württemberg. Der Herr Präsident hat mich für die ganze Dauer des Konvents im Ausschuss der Regionen vertreten, dessen Stellung wir durch ein eigenständiges Klagerecht auch stärken konnten. Ich möchte dem Sprecher des Ständigen Ausschusses, unseres Europaausschusses, Herrn Kollegen Herrmann, dafür danken, dass er eine öffentliche Anhörung durchgeführt hat, an der sich die Parlamente aller deutschen Länder beteiligt haben. Das war im Meinungsbildungsprozess für unsere Anliegen ganz wichtig.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich hatte ein kleines, aber vorzügliches Team, eine Arbeitsgruppe, die mich im Staatsministerium unterstützt hat. Ihr möchte ich danken. Ehrenamtlich hat dort Professor Oppermann, ein führender deutscher Europarechtler und Verfassungsrechtler aus Tübingen, mitgewirkt. Er hat mich ständig begleitet und beraten. Ihm möchte ich danken.

Ferner möchte ich dem Vorsitzenden des Europaausschusses im Bundesrat danken, unserem Minister Palmer, der mich in Bundestag und Bundesrat in vielen Fällen vertreten hat und der – auch in Abstimmung mit den anderen Ländern – vieles durchsetzen konnte.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt möchte ich in der gleichen Offenheit sagen, was aus meiner Sicht nicht erreicht worden ist.

Das Erste betrifft die offene Koordinierung. Wir haben in monatelangen Diskussionen erreicht, dass es in Teil I der Verfassung künftig keine offene Koordinierung mehr gibt. Die offene Koordinierung ist eine Methode, nach der man auf europäischer Ebene nicht zuständig ist, aber es werden immer mehr Kränzchen, Arbeitsgruppen geschaffen und Leitlinien erarbeitet. Das ist gestrichen worden und war ganz weg. Am allerletzten Tag ist in wichtigen einzelnen Politikbereichen der europäischen Ebene – Industriepolitik, Forschungspolitik, Sozialpolitik – in Teil III die Methode der offenen Koordinierung praktisch wieder eingeführt worden, obwohl die europäische Ebene für diese Bereiche kaum eine Zuständigkeit hat – wenn überhaupt, dann nur eine ergänzende.

*(Ministerpräsident Teufel)*

Der zweite Punkt von ebenso großer Bedeutung ist die Daseinsvorsorge. Wir wollten erreichen, dass für Fragen der Daseinsvorsorge in unseren Städten und Gemeinden, die sich bei uns in Jahrhunderten entwickelt haben, nicht das allgemeine Wettbewerbsrecht gilt, sodass wir nicht heute mit Fragen der Sparkassen und der Gebäudebrandversicherungsanstalten und morgen mit Fragen der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung in unseren Gemeinden beim zuständigen Kommissar in Brüssel landen, wenn sich auch nur einer in Bezug auf seine Wettbewerbsfähigkeit verletzt sieht.

Das ist nicht erreicht worden. So hat Frankreich in letzter Minute einen Artikel initiiert, nach dem die Daseinsvorsorge im Rahmen eines europäischen Gesetzes konkretisiert werden muss. Das ist sehr ambivalent zu sehen. Frankreich will auch das Reservat dessen, was wir Daseinsvorsorge nennen. Frankreich glaubt, dies dadurch erreichen zu können, dass der Kommissar für Wettbewerbsfragen künftig nicht mehr von sich aus, sondern nur im Rahmen eines europäischen Gesetzes tätig werden kann.

Wenn das funktioniert und dieses Gesetz ein Abwehrgesetz ist, kann das günstig sein. Meine Erfahrung ist – deswegen habe ich dagegen gekämpft –, dass die europäische Ebene auch die kleinste Kompetenz, die man ihr gibt, an sich zieht.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Wir müssen damit rechnen, dass Daseinsvorsorge künftig nicht mehr auf Länderebene oder auf nationaler Ebene, sondern in einem europäischen Gesetz definiert wird. Ich halte es zumindest für möglich, dass das weit reichende Auswirkungen hat.

Das Dritte: Das zentrale Anliegen der deutschen Länder für die letzte Runde war – gleichermaßen unterstützt von der Bundesregierung –, dass wir in Fragen der Zuwanderung die nationale Kompetenz bekommen und dass, soweit es sich um europäische Zuständigkeit handelt, das Einstimmigkeitsprinzip gilt. Hier wurde durch einen Brief, den meine Kollegen Fischer und Meyer gemeinsam mit mir geschrieben haben, in einem Teilsegment in letzter Minute ein großer Erfolg erreicht. Nach dem Wunsch der Länder und der Bundesregierung wird die Zuständigkeit für die Zahl der Zuwanderer aus Drittstaaten in den Arbeitsmarkt künftig zur nationalen Ebene zurückkommen – aber eben auch nur dies. Das gilt beispielsweise nicht für die Frage der Familienzusammenführung und nicht für die gesamte Frage der Asylgesetzgebung, die künftig auf europäischer Ebene, und zwar nach dem Mehrheitsprinzip, gelöst werden – doppelte Mehrheit, wie ich es vorhin angeführt habe. Das kann gewaltige Auswirkungen haben. Ich muss ganz offen sagen: Ich kenne europäische Länder, die nicht einmal tausend Zuwanderer im Jahr haben. Wie viele wir haben – allein 90 000 Asylbewerber –, das weiß jeder. Das ist ein hoch sensibler Bereich.

Ich bedauere außerordentlich, dass es nicht möglich war, einen Gottesbezug in diese Verfassung zu bringen. Ich glaube, dass Grund- und Menschenrechte eine letzte Verankerung brauchen,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

weil ich der Überzeugung bin, die in vorzüglicher Weise John F. Kennedy wie folgt formuliert hat: „Der Mensch hat Rechte, die er nicht aus der Gunst des Staates, sondern unmittelbar aus der Hand Gottes hat.“ Das ist auch meine Überzeugung. Ich bedauere, dass es nicht möglich war, eine Formulierung wie in der deutschen oder der baden-württembergischen Verfassung unterzubringen: „in Verantwortung vor Gott und den Menschen“, dass es nicht möglich war, eine Formulierung, wie sie in der polnischen Verfassung steht, durchzubringen, die wirklich Menschen, die an Gott glauben, gleichermaßen in ihrem Anliegen berücksichtigt wie Menschen, die diesen Glauben nicht teilen. Das hat die polnische Verfassung sehr gut gelöst. Es war aber nicht möglich. Es war nicht einmal möglich, einen Bezug auf 2000 Jahre christliche Kultur und Religion in die Verfassung zu bringen, obwohl das, glaube ich, jeder objektive Historiker so formulieren würde, weil es den geschichtlichen Tatsachen entspricht. Es ist eine weiche Formulierung gewählt worden, in der allgemein auf Kultur und Religion und ihre Bedeutung für die europäische Geschichte hingewiesen wird.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Schade!)

Ausgesprochen und mit meiner Zustimmung sind die Rechte der Kinder verankert, aber es ist kein Wort über den Schutz von Ehe und Familie gesagt. Kinder fallen aber nicht vom Himmel

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ach!)

und sind nicht im luftleeren Raum, sondern der erste Schutz, der Kindern zukommt, ist eigentlich der Schutz durch ihre Eltern und durch ihre Familie.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Das glaube ich gleich, dass Kinder nicht vom Himmel fallen!)

Das alles sind keine Nebensächlichkeiten, und zu einem objektiven Bild gehört auch dies. In der Summe sollten Sie bitte berücksichtigen, dass die 115 Konventsmitglieder aus 28 Ländern kamen und in den jeweiligen Ländern ganz und gar unterschiedlichen Gruppierungen angehörten, dass ganz wenige eine Grunderfahrung mit Föderalismus und mit einer subsidiären Staatsordnung und Verfassungsordnung hatten, sondern dass man da fast allein war.

Ich habe versucht, nicht nur konkrete Anträge zu stellen und im Plenum zu sprechen, sondern ich habe auch versucht, viele Einzelgespräche zu führen. Ich habe mit jedem Präsidiumsmitglied – elf an der Zahl – wenigstens drei Vieraugengespräche geführt. Ich habe Konventsmitglieder, unbeschadet ihrer Parteizugehörigkeit, an jedem ersten Abend in unsere Landesvertretung eingeladen, und zwar Kollegen, von denen ich angenommen habe, dass sie halbwegs ein Verständnis für Föderalismus haben.

Wenn man dies berücksichtigt und ferner berücksichtigt, dass keiner seine optimalen Vorstellungen überall durchgesetzt hat, sondern dass Kompromisse nötig waren, allerdings keine Kompromisse auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner, glaube ich, sondern Kompromisse, die Europa voranbringen, dann muss man sagen: Das Ergebnis ist beachtlich. Deswegen empfehle ich den deutschen Parlamenten die Zustimmung.

(Ministerpräsident Teufel)

Wie geht es weiter? Der Konvent ist nicht der Verfassungsgeber, sondern der Verfassungsgeber ist die Regierungskonferenz der Staats- und Regierungschefs. Ihnen bzw. dem Ratsvorsitz wird noch in dieser Woche das Konventsergebnis übergeben. Sie haben in Thessaloniki eine Regierungskonferenz eröffnet und werden sich als Erstes die Frage stellen müssen, ob sie das Paket aufschnüren wollen. Ich bin mit der Bundesregierung darüber einig – das ist auch mein Rat an meine eigenen Freunde –, dass wir von uns, von Deutschland aus das Paket nicht aufschnüren sollten, aber dass wir, wenn ein anderes Land es aufschnürt, einen klaren Prioritätenkatalog auch der Punkte aufstellen, mit denen wir bisher nicht zufrieden sind und die wir dann einbringen. Ich habe einige dieser Punkte genannt. Dazu würde ich raten.

Wir können auch einiges von dem verlieren, was schon erreicht worden ist. Ein Beispiel hierfür ist die Stimmengewichtung, mit der viele Länder – Spanien an der Spitze – in keiner Weise einverstanden sind. Wir haben etwas zu verlieren. Deswegen sollten wir das Paket nicht aufschnüren, sondern den Kompromiss akzeptieren. Wenn aber andere das Paket aufschnüren, dann haben wir natürlich auch unsere Prioritäten.

In letzter Minute ist bei den Übergangsbestimmungen noch etwas hineingeschrieben worden, was ich für außerordentlich bedeutsam halte und was eigentlich in Artikel 1 stehen müsste, nämlich Europa solle durch „Einheit in Vielfalt“ gebaut werden. Das ist für mich eine Zielsetzung, die ich für geradezu überlebensnotwendig für Europa halte. Nach meiner Meinung hat Europa nur dann Zukunft und wird das „Projekt Europa“ nur dann nicht scheitern, wenn die Europäische Union die ganz und gar unterschiedliche Herkunft, Geschichte, Mentalität und Sprache der Menschen, der Regionen und der Landschaften achtet und so viel Vielfalt lässt, wie überhaupt nur möglich ist, und nur so viel Einheit schafft, wie zwingend nötig ist. Alles Uniforme ist uneuropäisch. Deswegen: Einheit in Vielfalt. Das ist das Europa, das wir gemeinsam bejahen und anstreben.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie der Ministerin Corinna Werwigg-Hertneck – Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

**Präsident Straub:** In der Aussprache erteile ich nach § 83 a Abs. 3 unserer Geschäftsordnung Herrn Abg. Maurer das Wort.

**Abg. Maurer SPD:** Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Ministerpräsident hat hier eine erkenntnisreiche Vorlesung über die Ergebnisse und Debatten des Konvents gehalten. Herr Ministerpräsident, ich hätte es besser gefunden, wenn Sie sich am Anfang einfach einmal richtig gefreut hätten

(Heiterkeit bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Teßmer SPD: Das kann er nicht!)

über die Ergebnisse dieses Konvents, die ja unter Ihrer Mitwirkung einen bedeutenden Schritt hin auf das darstellen, was wir, denke ich, gemeinsam am Ende wollen, nämlich ein vereintes Europa, einen Bundesstaat, der gleichberechtigt in der Welt auftreten kann. Herr Ministerpräsident, Sie

haben stattdessen am Anfang wieder etwas jammervoll gesagt, was Ihnen alles nicht gefällt.

(Zuruf des Abg. Mack CDU)

Das taten Sie mit richtigen und mit falschen Argumenten. Ein paar würde ich unterschreiben, insbesondere was die kommunale Selbstverwaltung und deren Bedeutung angeht.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Worauf wollen Sie hinaus, Herr Kollege?)

Aber ein paar Beispiele waren schon daneben. Ich mache das nur ganz kurz; es ist mir nicht so sehr wichtig.

Warum Sie immer die Vogelschutzgebiete und die Zuständigkeit der Landratsämter bemühen, ist mir unerklärlich. Ich versuche es noch einmal zu sagen: Die Frage, ob ein Frosch in Spaichingen gefressen wird, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist in der Tat lokaler Art. Aber ob die Zug- und Singvögel aus Italien zurückkehren, kann der Landrat des Schwarzwald-Baar-Kreises nicht regeln, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Theurer FDP/DVP)

– Das ist ausgesprochen kein Berlusconi-Problem. Aber keine Sorge, Sie kommen noch auf Ihre Kosten.

(Zuruf der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Auch weil Sie die Chemieindustrie angesprochen haben – und dann ist das schon sehr grundsätzlich –: Es ist schon notwendig, Herr Ministerpräsident, was den Naturschutz, was den Artenschutz und was die Umwelt angeht, in Europa gleiche Standards durchzusetzen, die eine Verbesserung der Situation in ganz Europa hervorrufen. Das ist schon wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Das möchte ich, wie gesagt, beispielsweise nicht dem Bürgermeister von Messina überlassen. Das finde ich auf der europäischen Ebene schon richtig angesiedelt.

Hinsichtlich der Bedeutung der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Selbstverwaltung und auch hinsichtlich dessen, was Sie zum Thema Wettbewerb in der Relation zum öffentlichen Sektor gesagt haben, gebe ich Ihnen ausdrücklich Recht, will aber eines hinzufügen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir müssen uns doch die Frage stellen, durch wen eigentlich der Wettbewerb bedroht ist. Eines der Phänomene in Europa, die mich beschäftigen, ist die Tatsache, dass es auf der einen Seite in der Tat die Versuchung gibt, mit sehr neoliberalen Vorschlägen und Vorstellungen in die deutsche kommunale Selbstverwaltung hineinzuregieren. Auf der anderen Seite aber stelle ich als Ergebnis von Nichtwettbewerb oder von seltsamen Formen von Wettbewerb Vermachtungen in Europa fest, die mit Wettbewerb gar nichts mehr zu tun haben.

Schauen Sie, Kollege Theurer, weil Sie darauf so gierig waren: Das eigentliche Problem Berlusconi – das ist nur ein Synonym – besteht darin, wie es eigentlich möglich ist, dass in einem Europa, in dem so viel Wert auf Wettbewerb ge-

*(Maurer)*

legt wird, und zwar so weit gehend, dass, wie gesagt, in die kommunale Fahrpreisgestaltung hineinregiert wird, ein Mann, der gleichzeitig Ministerpräsident ist, praktisch die gesamte Medienwirtschaft eines Mitgliedsstaats der Union kontrolliert. Das kann ja wohl kein Wettbewerb sein, der dort stattfindet.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Theurer FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Da hat er Recht!)

Wie gesagt, Sie haben darauf kein Wort verschwendet. Das ist so etwas wie das gesammelte Schweigen, das ich zu diesem Thema bei der Union überhaupt feststelle, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es muss ein Europa geben, das auch ein einheitlicher Raum des Rechts ist. Es geht dann natürlich nicht, dass in einem Land über die Zusammenführung von Regierungsmacht und Medienmacht und über Sondergesetze bei gleichzeitiger Blockade europäischer Anstrengungen – etwa in der Zusammenarbeit zur Bekämpfung des internationalen organisierten Verbrechens – ein Sonderraum, eine Verzerrung von Rechtsstaat hergestellt wird und wir alle dazu schweigen, nur weil dieser Mann mächtiger ist, als es beispielsweise im Falle Österreich der Fall war. Das kann nicht sein. Diesbezüglich erwarte ich auch ein klares Bekenntnis von der konservativen Partei, und zwar auch dann, wenn Herr Berlusconi aus Machtgesichtspunkten noch Ihrer Europäischen Volkspartei angehört. Da müssen Sie klar Position beziehen.

(Beifall bei der SPD)

Aber jetzt, Herr Ministerpräsident, will ich über das sprechen, worüber Sie sich als Mitglied des Konvents wirklich freuen könnten. Wenn die Politik in der Tat die Kunst des Möglichen ist, dann ist dieser Konvent ein Erfolg, an dem Sie mitgewirkt haben. Ich fand es auch bemerkenswert, dass Sie an vielen Stellen zu Recht die Übereinstimmung auch mit Positionen der Bundesregierung und der anderen deutschen Länder unterstrichen haben.

Ich halte es für das wesentliche Ergebnis, dass durch die weitgehende Durchsetzung des Mehrheitsprinzips, durch die Stärkung des Europäischen Parlaments Fakten geschaffen worden sind, die eine Dynamik hin auf einen europäischen Bundesstaat auslösen. Den wollen wir am Ende. Das will ich ausdrücklich sagen. Die historische Frage ist: Zurück zur Freihandelszone oder hin zu einem europäischen Bundesstaat, der als Macht des Friedens gleichberechtigt – beispielsweise auch mit den USA – in der Welt auftreten kann? Das ist das, worum es eigentlich geht.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Kretschmann GRÜNE und Theurer FDP/DVP)

Und da, denke ich, ist das Ergebnis des Konvents nicht das Ende dieses Weges, aber ein ganz bedeutender Fortschritt, der Fakten schafft, die es im Ergebnis wahrscheinlicher werden lassen, dass Europa in einigen Jahren das wird, was wir alle uns darunter vorstellen.

Sie, Herr Ministerpräsident, haben zu Recht auf die Fragen der Kompetenzordnung hingewiesen. Es ist nicht ganz so gekommen, wie Sie es ursprünglich wollten, Gott sei Dank. Sie wollten ja enumerative Kataloge haben. Jetzt haben wir

stattdessen eine stärkere Betonung des Subsidiaritätsprinzips; das halte ich auch für richtig.

Sie haben etwas ausführlich darüber geredet, wer jetzt alles wogegen klagen kann. Ich bin dabei ein bisschen erschrocken. Ich habe gerade überlegt, ob es vielleicht ein neues Berufsbild für Subsidiaritätsklagen von Anwälten geben wird. Ich hoffe, dass sich das in den ersten zwei Jahren klären wird. Ich nehme an, dass Sie dies ebenso sehen. Meine Einschätzung geht dahin, dass wir in den Fragen des Subsidiaritätsprinzips sehr rasch zu einer gefestigten Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs kommen, sodass danach weniger Prozesse stattfinden und wir klare Verhältnisse bekommen werden.

Sie haben das Thema Migrationspolitik angesprochen. Auch dazu, Herr Ministerpräsident, ein grundsätzliches Wort. Ich weiß nicht so recht, was Sie in Ihrer Schlusspassage andeuten wollten, will Ihnen aber unsere Meinung dazu sagen. Zu einem zusammenwachsenden Europa und zu der Idee des vereinten Europa gehört – dazu haben wir mit dem Schengener Abkommen schon bedeutende Schritte gemacht – ein gemeinsames Grenzregime. Wichtig ist beispielsweise der Vorschlag der deutschen Bundesregierung, dass es dann auch eine europäische Grenzpolizei geben soll – übrigens eine europäische Grenzpolizei, die – das sage ich ganz offen – so gut bezahlt ist, dass sie diversen Versuchungen widerstehen kann. Wenn wir ein einheitliches Grenzregime und keine Binnengrenzen in Europa mehr haben, dann, lieber Herr Ministerpräsident, geht es gar nicht anders, als zu einer einheitlichen Außengrenze zu kommen und dann natürlich auch eine einheitliche europäische Migrationspolitik zu betreiben. Das geht nicht anders.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen sollten Sie daran gar keine Befürchtungen knüpfen. Sie haben auf die ungleiche Verteilung beispielsweise von Flüchtlingen hingewiesen. Ich glaube, dass Sie im Zuge einer europäischen Gesetzgebung eine ausgewogenere Verteilung der Lasten erreichen können, als dies derzeit offensichtlich der Fall ist.

Sie haben zu Recht zwei Defizite angesprochen, denen ich mich zum Schluss widmen möchte.

Das eine betrifft in der Tat die Außen- und Sicherheitspolitik. Sie wissen, dass ich im Grundsatz immer Ihrer Aussage zugestimmt habe, Europa kümmere sich um zu viele Dinge im Kleinen und um zu wenige Dinge im Großen. Wir müssen dies überwinden. Es ist schlecht, dass dort das Prinzip der Mehrheitsentscheidung nicht – und auch nicht nur in schwacher Form – durchgesetzt werden konnte. Es ist unbedingt notwendig, an diesem Punkt über das Ergebnis des Konventsprozesses hinauszukommen.

Es stellt sich die Frage, wie wir darüber hinauskommen. Ich glaube, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir auf dem Feld der Außen- und Sicherheitspolitik nur weiterkommen, wenn einzelne europäische Staaten – Deutschland und Frankreich vorweg – in diesem Prozess vorangehen. Deswegen will ich ausdrücklich sagen – auch dazu haben Sie nichts gesagt –: Ich finde es historisch richtig, dass Deutschland, Frankreich und Belgien beschlossen haben,

(Maurer)

mit dem Aufbau einer europäischen Verteidigungsunion zu beginnen.

(Ministerpräsident Teufel: Luxemburg nicht vergessen!)

– Luxemburg, ja. Aber die Streitkräfte Luxemburgs sind nicht ganz so bedeutend.

(Ministerpräsident Teufel: Wenn es um Verteidigung geht, ist das ein wichtiger Faktor!)

– Ja, gut.

Also, Herr Ministerpräsident: Die Antwort auf dieses Defizit, das Sie selbst genannt haben, kann nur lauten, dass einzelne europäische Staaten auch bei der Abgabe von Souveränitätsrechten vorangehen und dass dieses Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten tatsächlich da stattfindet, wo die Ergebnisse des Konventsprozesses noch unzulänglich sind.

Deswegen hat die deutsch-französische Freundschaft eine ganz herausragende Bedeutung, auch für Baden-Württemberg. Deswegen habe ich in diesem Zusammenhang eine Bitte an Sie und an die Landesregierung. Ich fände es nach dem Ergebnis des Konvents richtig, Herr Ministerpräsident, wenn wir uns im Landtag – auch aufgrund von Vorschlägen von Ihnen – einmal intensiv mit der Frage befassen würden: Was können wir hier tun, um die Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich, zwischen unseren Nationen und den Menschen durch konkrete Projekte zwischen Baden-Württemberg und den angrenzenden französischen Regionen zu vertiefen und zu befestigen? Da fällt mir viel ein, von der Sprache – wo wir übrigens, wie Sie wissen, obwohl aus populistischen Gründen etwas anderes nahe gelegen hätte, in der Frage Französisch mit Ihnen zusammen abgestimmt haben – über grenzüberschreitende Nahverkehrsprojekte bis zu einer sehr viel stärkeren Förderung des Austauschs, der Begegnungen. Ich würde mir von Ihnen einen Katalog wünschen zum Ausbau der deutsch-französischen Freundschaft durch beispielhafte Projekte, die Baden-Württemberg anbietet. Das würde uns, glaube ich, voranbringen.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang: Wir sollten – ich weiß, wie schwierig das in Frankreich ist – selbst die Frage grenzüberschreitender Institutionen, auch mit Regelungskompetenzen, nicht ausklammern. Das sollten wir, Herr Palmer, immer wieder ausdrücklich anbieten. Ich glaube, dass zwischen Baden und dem Elsass wirklich wichtige, historische Vorhaben möglich wären.

Der zweite Punkt, bei dem das Mehrheitsprinzip leider nicht durchgesetzt wurde – ein sehr wichtiger Punkt –, war die Frage der Steuergesetzgebung. Lassen Sie mich das zum Schluss sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Auch da müssen wir weiterkommen. Der Gedanke des Wettbewerbs, der ja vielen so wichtig ist, ist nur dann fair, sozial und in seinen Auswirkungen für die Menschen vertretbar, wenn der Wettbewerb auf der Basis gleicher Mindeststandards stattfindet, nicht nur was die Ökologie angeht, auch was die Arbeitsbedingungen angeht, auch was die Frage einer gerechten Bezahlung angeht. Ein Wettbewerb zwischen

den einen, die auf der Basis von Hungerlöhnen konkurrieren, und den anderen, die das Modell eines Sozialstaats im Hintergrund haben, ist schwer vorstellbar. Ein „negativer“ Wettbewerb in Europa, der so läuft, wie er in der Vergangenheit oft gelaufen ist, nämlich dass man sich im steuerlichen Bereich gegenseitig unterbietet und damit auch die Haushalte der öffentlichen Hand auszehrt, ist auch nicht gut für Europa. Was wir brauchen, sind gleiche Mindeststandards, nicht nur für die Ökologie, sondern auch für die Arbeitnehmerrechte, für den steuerlichen Bereich, und zwar auf der Basis gleicher Ausgangsbedingungen. Dann haben wir in der Tat Einheit in Vielfalt, wie Sie das gesagt haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Gräßle.

(Oh-Rufe von der SPD)

**Abg. Dr. Inge Gräßle** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir nehmen, glaube ich, alle fraktionsübergreifend den Eindruck von der Konventsarbeit mit, dass Europapolitik ein mühsames Geschäft ist, dass man aber mit Engagement und klaren Vorstellungen sehr viel erreichen kann.

Ich möchte dem Herrn Ministerpräsidenten für unsere Fraktion sagen, dass wir hinter den Konventsergebnissen stehen, dass für uns das Glas mehr als halb voll ist. Wir sind der Ansicht, hier ist ein großer Erfolg gelungen. Dem Herrn Ministerpräsidenten ist ein großer Erfolg gelungen. Wir möchten ihm ganz herzlich für sein großes Engagement, seinen hohen zeitlichen Einsatz unseren Dank und unseren Respekt ausdrücken.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Pfister FDP/DVP und Kretschmann GRÜNE)

Wir freuen uns darüber, Herr Maurer, dass die Konventsergebnisse die Handschrift eines Baden-Württembergers tragen, eines bedeutenden Baden-Württembergers, und dass die Konventsergebnisse auch die Handschrift des baden-württembergischen Staatsverständnisses tragen. Wir finden uns wieder in Sachen Staatsorganisation und Kompetenzordnung. Wir finden uns wieder in all dem, was über Freiheit und Selbstverwaltung vorgelegt wurde und auch über die Beseitigung von gemischten Zuständigkeiten und die möglichst klare Abschtichtung und Trennung der Aufgaben über alle staatlichen Ebenen hinweg.

Die „Frankfurter Allgemeine“ hat Sie, Herr Ministerpräsident, als „ruhenden Pol“ bezeichnet, „der das große Ganze nie aus dem Auge verloren hat“. Wir danken Ihnen ganz herzlich dafür, dass Sie die Interessen unseres Landes und der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes klug eingebracht haben, dass Sie für Mehrheiten gesorgt und sehr klug Netzwerke gesponnen haben. Ganz herzlichen Dank dafür!

Wir danken auch dafür, dass die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger nach mehr Demokratie, nach mehr Transparenz und nach einem besseren Verständnis der Arbeit der euro-

(Dr. Inge Gräßle)

päischen Ebenen nicht verloren gegangen sind. Unser Land ist größer als die meisten neuen Beitrittsländer und auch größer als manche altbewährte Mitgliedsstaaten, die seit Jahr und Tag am Ratstisch sitzen und ihre Interessen dort unmittelbar mit einbringen konnten. Für uns war Ihre Teilnahme am Konvent eine große Chance.

Vor uns liegt ein völlig neues Kapitel der europäischen Zusammenarbeit. Wir haben das demokratischste Europa vor uns, das es je gab. Die Regelung der kommunalen Selbstverwaltung ist für uns ein Beweis und ein Zeichen dafür, dass wir die Anliegen der Städte und Gemeinden sehr ernst nehmen und weitertransportieren, dass wir ein verlässlicher Partner sind.

(Abg. Wichmann SPD: Wo haben Sie denn das abgeschrieben?)

Das Klagerecht der nationalen Parlamente – leider nicht der regionalen Parlamente – konnte verwirklicht werden. Wir sind damit zufrieden, hoffen aber, dass wir in dem jetzt bevorstehenden Prozess unsere Interessen auch einbringen können.

Das nun erreichte System der Mehrheitsentscheidungen lässt darauf hoffen, dass wir in der weiteren Entwicklung Europas substanzielle Fortschritte erzielen können.

Wir sind zufrieden mit der klaren Kompetenzordnung, die den Dschungel der EU-Rechtsinstrumente lichter werden lässt.

Wir sind auch zufrieden mit der Grundrechtecharta. Es ist das wichtigste Signal für die Bürgerinnen und Bürger, dass sie sich in diesem Europa als Individuum wiederfinden können.

Wir sind zufrieden mit den Beteiligungsrechten des Europäischen Parlaments. Erstmals ist das Europäische Parlament an mehr als 40 Politikfeldern beteiligt. Das ist ein großer Erfolg.

Wir haben mit der Ermöglichung einer EU-Spitzenkandidatur als Parteien und Fraktionen erstmals auch die Möglichkeit, EU-Politik zu personalisieren. Das wird uns für die kommenden Jahre völlig neue Entwicklungschancen der Europapolitik geben,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und wir werden auch völlig neue Entwicklungschancen haben, was die partei- und fraktionsinterne europäische Zusammenarbeit betrifft. Wir werden uns zusammenraufen müssen und uns auf gemeinsame Positionen verständigen müssen, Positionen, die in allen europäischen Ländern verstanden werden. Das, Herr Maurer, ist vielleicht viel wichtiger als das Ziel, einen europäischen Bundesstaat zu erreichen. Über dieses Ziel sollten Sie einmal mit Ihrem Parteifreund Tony Blair sprechen und ihn fragen, was er dazu meint. Ich glaube, dass wir aufpassen müssen, dass wir nicht vor lauter großen Zielen die kleinen Ziele aus den Augen verlieren.

Lassen Sie mich noch einige kritische Anmerkungen machen. Wir sind nicht zufrieden mit solchen Konventsergebnissen, die bisherige europäische Fehlentwicklungen ver-

stärken und verschärfen. Im Moment gibt es etwa 400 Arbeitsgruppen im Umfeld der Kommission und etwa 1 500 Arbeitsgruppen im Umfeld des Ministerrats. Das soll, wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Ministerpräsident, durch die offene Koordinierung auch so bleiben. Diese Arbeitsgruppen tagen in regelmäßigen Abständen, und von ihnen gehen natürlich die stärksten Impulse für die EU-Gesetzgebung aus – die bisherige Richtliniengesetzgebung, in Zukunft die Gesetzgebung.

Für uns ist das Bekenntnis zu unseren Wurzeln, das versagt wurde, ganz wichtig, und wir möchten Sie herzlich bitten, in dieser Frage am Ball zu bleiben. Wir möchten die Landesregierung bitten, den Gottesbezug in die Verfassung mit aufzunehmen. Wir möchten Sie bitten, fraktions- und parteiübergreifend in dieser Hinsicht nicht locker zu lassen.

Asylrecht und Zuwanderung sind für uns weitere wichtige Punkte. In diesem Punkt geht es für jeden Staat um „Sein oder Nichtsein“. Dieser Kernbereich der Zuständigkeit eines jeden Staates kann nicht an die europäische Ebene abgegeben werden. Er darf nicht an die europäische Ebene abgegeben werden! Wer ihn abgibt, gibt sich selber auf, denn es sind fundamentale gesellschaftspolitische Fragen, die damit zusammenhängen. Wir können nicht zulassen, dass die Europäische Kommission und der Ministerrat der EU den nationalen Regierungen die Probleme vor die Tür kippen.

Wir sind jetzt darauf angewiesen, dass die Konventsergebnisse in großem Konsens umgesetzt werden. Dazu müssen wir, Fraktionsgrenzen überwindend, unseren Einfluss geltend machen. Es wird nötig sein, mit den Kollegen aus dem Bundestag zu sprechen. Denn es kann nicht angehen, dass wir dort, wo eine europäische Zusammenarbeit am sinnvollsten ist – in einer gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik –, keine zusätzlichen gemeinsamen Zuständigkeiten festlegen, stattdessen aber in vielen anderen Bereichen, wo Europa im Grunde genommen eine eigene Art der Bürokratisierung schafft, Zuständigkeiten ausbauen.

Ich glaube, dass wir auch damit anfangen müssen, wahrhaftiger miteinander umzugehen. Es kann nicht sein, dass jede staatliche Ebene die Decke auf ihre Seite zieht und glaubt, damit würden die Probleme gelöst. Der Bundestag wird sich der Frage stellen müssen, wie er denn die Konventsergebnisse umsetzt. Ich glaube, dass wir als Landtag von Baden-Württemberg daraus zusätzliche Kompetenzen ziehen können.

Wenn wir es schaffen, dass am Schluss dieses Umsetzungsprozesses der Charme eines gemeinsamen Europas – und das heißt immer noch: Frieden und Wohlstand für alle, Wohlstand für immer mehr Völker, die Einheit in Vielfalt – nicht auf der Strecke bleibt, dann haben wir mit den Konventsergebnissen zu Beginn dieses Jahrhunderts eine wesentliche Marke gesetzt.

Danke.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kretschmann GRÜNE – Abg. Dr. Reinhart CDU: Das war ein Galopp durch ganz Europa!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

**Abg. Pfister** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße diese Regierungserklärung des Ministerpräsidenten sehr. Ich muss sagen, dass ich nicht erwartet hätte, dass dieser Konvent so gute Ergebnisse erreicht. Ich finde es auch in Ordnung, Herr Ministerpräsident, dass Sie zu Beginn Ihrer Rede an die Anfänge der europäischen Einigungsbewegung erinnert haben. Das Projekt der europäischen Einigung war von Anfang an vor dem Hintergrund zweier verheerender Weltkriege zu sehen und war von Anfang an ein Projekt zur Schaffung einer Friedensordnung. Von daher gesehen ist Europa eine einzige Erfolgsgeschichte.

Meine Damen und Herren, ich darf es ganz persönlich machen: Ich gehöre einer Generation an, der es im Gegensatz zu ihren Vätern und Großvätern

(Abg. Drexler SPD: Müttern!)

zum ersten Mal erspart geblieben ist, in den Krieg zu ziehen. Ich will ausdrücklich noch einmal sagen: Wenn Europa nichts anderes erreicht hätte, als nur meiner Generation und der meiner Kinder und Kindeskinde das zu ersparen, was unseren Vätern und Großvätern noch fast in jeder Generation und in jedem Jahrhundert zugemutet worden ist, hätte sich dieses Europa allein dann schon hundertmal gelohnt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wichtig in dieser Phase sind Erweiterung und Vertiefung – Erweiterung deshalb, weil mit dem Beitritt von zehn mittel- und südosteuropäischen Ländern Europa natürlich auch eine neue Friedensdimension bekommt, und Vertiefung einfach deshalb, weil Europa aufgrund dieser neuen Anzahl von Staaten ein neues Gefüge braucht.

Dies alles bedeutet für mich, in einem Satz zusammengefasst, dass das Konventsergebnis ein ganz entscheidender Meilenstein für das Zusammenwachsen Europas ist. Es ist ja schon bemerkenswert, dass fast alle Konventsteilnehmer dem Konventsergebnis zugestimmt haben. Jetzt kommt es darauf an, dass sich die Staats- und Regierungschefs ihrer Verantwortung gegenüber diesem Ergebnis bewusst sind. Ich kann nur davor warnen, dieses Ergebnis, dieses Paket noch einmal aufzuschnüren. Wer dieses Paket aufschnürt, der muss damit rechnen, dass er unter dem Strich eher ein Weniger an Demokratie, Transparenz und Effizienz für Europa erreicht gegenüber dem, was er jetzt hat.

Ich glaube, wichtig ist, dass die Demokratiedefizite angegangen wurden und dass die Gelegenheit genutzt wurde, diese unbestreitbaren Demokratiedefizite abzubauen. Es ist wichtig, dass es zu einer Stärkung des Europäischen Parlaments gekommen ist. Es erhält jetzt bei Gesetzgebungsverfahren endlich und zum ersten Mal das Recht der vollen Mitentscheidung. Es wählt den Präsidenten der Europäischen Kommission. Er wird dadurch gestärkt und erhält damit eine größere Legitimation, aber natürlich auch eine größere Verantwortung und Verpflichtung gegenüber dem Europäischen Parlament. Das alles sind sehr wichtige Schritte hin zu einer Demokratisierung der europäischen Institutionen.

Herr Ministerpräsident, besonders habe ich mich darüber gefreut, dass Sie sich – vielleicht wie kein anderer – mit dem Subsidiaritätsprinzip nicht nur auseinander gesetzt haben, sondern dieses auch fast zu einem Schwerpunkt Ihrer Arbeit in Brüssel gemacht haben. Dabei ist wichtig, dass das Subsidiaritätsprinzip nicht einfach als Ziel in der Verfassung verankert ist. Das hatten wir ja bereits. Wir hatten es in den Verträgen von Maastricht und Amsterdam bereits verankert. Jetzt ist es zum ersten Mal gelungen, dass klare Verfahrensvorschriften in Artikel 9 entwickelt worden sind, ins Protokoll hineingeschrieben worden sind, wie in der Zukunft die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit angewendet werden sollen, also nicht nur ein deklamatorisches Hineinschreiben in die Verfassung, sondern klare Anweisungen, wie Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und ähnliche Dinge angewendet werden sollen.

Bundestag und Bundesrat können jetzt im Rahmen ihrer Zuständigkeit Einwände vorbringen, wenn das Subsidiaritätsprinzip verletzt worden ist. Das heißt, zum ersten Mal bekommen sie beim Europäischen Gerichtshof ein Klagerecht, wenn sie das Subsidiaritätsprinzip und die Kompetenzordnung verletzt sehen, und durch eine entsprechende innerstaatliche Regelung kann auch ein Klagerecht jedes deutschen Bundeslandes begründet werden. Ich bin sehr sicher, dass eine solche innerstaatliche Regelung gefunden werden kann, weil sich Bund und Länder in dieser Frage durchaus einig sind.

Das alles, meine Damen und Herren, ist wirklich ein großer Fortschritt. Ich denke, dass allein die Existenz dieses Regelwerks die europäischen Institutionen daran hindern wird, im Alltag dann doch wieder allzu großzügig mit dem Subsidiaritätsprinzip umzugehen.

Daneben ist zu Recht erwähnt worden, dass wir in der künftigen Verfassung eine klare Kompetenzordnung haben. Diese war auch dringend notwendig. Diese Kompetenzordnung unterscheidet klar zwischen ausschließlichen Zuständigkeiten, geteilten Zuständigkeiten und ergänzenden Zuständigkeiten, und sie nennt vor allem auch die Bereiche, aus denen sich die Europäische Union gefälligst ganz herauszuhalten hat. Auch das ist in Ordnung, das ist ein wichtiger Fortschritt. Da wird der ernsthafte Versuch unternommen, Europa wirklich wieder vom Kopf auf die Beine zu stellen und von unten nach oben aufzubauen, damit es so viel Bürgernähe wie möglich gibt und Bürokratie produzierende Regulierungsmechanismen abgebaut werden. All dies ist sehr vernünftig und sehr gut. Damit kann man zufrieden sein.

Es sind auch einige Punkte genannt worden, bei denen man noch nicht ganz zufrieden sein kann. Ich greife nur noch einmal die Frage der Mehrheitsentscheidungen heraus. Natürlich ist erkennbar, dass Europa auf dem Weg von bisherigen Einstimmigkeitsprinzipien hin zu Mehrheitsentscheidungen ist. Die Anzahl der Fälle, in denen jetzt tatsächlich Mehrheitsentscheidungen praktiziert werden können, ist auch deutlich größer geworden, aber leider nicht im Bereich einer europäischen Außenpolitik. Da fehlt offensichtlich noch die Bereitschaft der souveränen Staaten, auch in diesem zentralen Bereich zu Mehrheitsentscheidungen zu kommen. Solange dies so ist, wird es schwer sein, der Europäischen Union europaweit und international ein stärkeres Gewicht zu verschaffen.

(Pfister)

Meine Damen und Herren, mir steckt der europäische Meinungswirrwarr über die Irak-Krise noch immer in den Knochen, und wir dürfen uns mit diesem Ergebnis an dieser Stelle auch nicht zufrieden geben. Wir müssen erreichen, dass Europa in der internationalen Politik endlich mit einer Stimme spricht. Das ist eine Verpflichtung, die aus dem Konventsergebnis herauszulesen ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Ich will deutlich sagen, dass wir über die Parteigrenzen hinweg erhebliche Anstrengungen unternehmen müssen, um den Menschen, den Bürgerinnen und Bürgern, die Konventsergebnisse nahe zu bringen. Ich halte es für richtig, diesen Prozess des Nahebringens so zu organisieren, meine Damen und Herren, dass die Bürgerinnen und Bürger in einer Volksabstimmung über die Europäische Verfassung befinden können.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Dazu hat die FDP-Bundestagsfraktion einen entsprechenden Gesetzentwurf im Deutschen Bundestag eingebracht. Darüber wird zu beraten sein.

Meine Damen und Herren, die Entscheidung über die Annahme einer Verfassung ist die grundlegendste aller politischen Entscheidungen. In einer Verfassung verständigen sich Bürgerinnen und Bürger über den Inhalt, über die Grenzen, über die Organisation, über die Ausgestaltung und über die Verteilung von politischer Macht. Wenn eine Europäische Union in der Zukunft nicht mehr nur eine Union der Staaten, sondern vor allem eine Union der Bürgerinnen und Bürger sein will, dann braucht ein solcher Verfassungstext auch die unmittelbare Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Denn wenn den Bürgerinnen und Bürgern ein echtes Mitwirkungsrecht zur Verfügung steht, wird es aus meiner Sicht besser gelingen, sie auf dem weiteren Weg des Integrationsprozesses mitzunehmen und sie für die europäische Idee zu begeistern.

Meine Damen und Herren, ich kenne die Einwände gegen eine solche Volksabstimmung. Zum Beispiel wird da beklagt, dass es zu wenig europäische Öffentlichkeit gebe, und es wird beklagt, dass es zu wenig Kenntnis über die europäischen Grundlagen gebe. Aber nachdem jetzt ein Verfassungstext auf dem Tisch liegt, müsste dies doch eigentlich Anlass und Grund sein, die Bürger noch stärker in diesen Prozess einzubeziehen. Ich kann nur hoffen, dass all diejenigen, die im Augenblick noch skeptisch sind, was die Volksabstimmung angeht, ihre Skepsis überwinden. Ich glaube jedenfalls, dass eine Volksabstimmung auch in der Bundesrepublik Deutschland in einer Situation, in der wir – ich will das ausdrücklich noch einmal sagen – wirklich sehr viel erreicht haben, die Krönung eines Verfassungsprozesses sein könnte.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr richtig! Guter Vorschlag!)

Herr Ministerpräsident, Sie haben soeben einer ganzen Reihe von Persönlichkeiten und Gremien gedankt. Ich will hier deutlich sagen, dass wir als FDP/DVP-Fraktion – ich denke, ich kann das für das gesamte Parlament sagen – uns in Brüssel durch Sie sehr gut vertreten gesehen haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU sowie des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Ich glaube, dass wir gerade in den Fragen, die für das Selbstverständnis des Landtags von Baden-Württemberg von großer Bedeutung sind – ich nenne noch einmal die Stichworte „Kompetenzen“ und „Subsidiarität“ –, einen überzeugenden Anwalt in Brüssel hatten. Nachdem Sie den Kolleginnen und Kollegen und den Gremienmitgliedern gedankt haben, die Sie genannt haben, will ich Ihnen im Namen der FDP/DVP-Landtagsfraktion große Anerkennung, großen Respekt und herzlichen Dank für Ihre Leistung in Brüssel aussprechen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU sowie des Abg. Kretschmann GRÜNE)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

**Abg. Kretschmann GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Ergebnis des Europäischen Konvents zur Erstellung einer europäischen Verfassungsordnung erfüllt mich in zweierlei Hinsicht mit Genugtuung und Freude.

Nach den Ergebnissen von Nizza mussten wir alle damit rechnen, dass Europa mit der Osterweiterung in eine schwere Krise gerät, weil seine ganze Ordnung nicht angemessen auf diese Erweiterung zugeschnitten war. Niemand konnte davon ausgehen, dass der Konvent, der im Letzten nur beratend wirkt – er kann ja selber gar nicht beschließen, was er berät –, eine solche Dynamik entwickeln würde; er ist über alles, was man vorher erwarten konnte, weit hinausgekommen. Das kann uns wirklich mit tiefer Genugtuung und Befriedigung erfüllen. Deswegen gelten allen, die an diesem Prozess mitgewirkt haben, unser Dank und unsere Anerkennung.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Herr Ministerpräsident Teufel, Sie haben im Konvent als Vertreter aller Bundesländer und des Bundesrats auch, glaube ich, im Auftrag der Landesparlamente gewirkt, so dass ich heute in der angenehmen Lage bin, Ihnen nicht als Sprecher einer Oppositionsfraktion, sondern als jemand entgegenzutreten, für den Sie dort auch mitgewirkt haben. Umso leichter fällt es mir, Ihnen in der Sache die Anerkennung meiner Fraktion ohne irgendwelche Abstriche auszusprechen zu können.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Sie haben in Brüssel erfolgreich und von allen anerkannt gearbeitet und die Interessen der Länder sehr, sehr wirksam vertreten. Die „taz“ hat getitelt: „Ein Schwabe wird Europäer“. Nein! Weil wir schon einen schwäbischen Europäer

(Kretschmann)

hatten, wurde er dort hingeschickt. Also noch einmal Anerkennung von uns und den Dank dafür, dass Sie mit Außenminister Fischer und Professor Meyer vom Bundestag so eng zusammengearbeitet haben. Auch das war, glaube ich, eine Grundlage für den Erfolg Ihres Wirkens.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wir haben, insbesondere was die Bürgerrechte, die Transparenz,

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD – Vereinzelt Heiterkeit)

eine klare Kompetenzordnung, mehr Bürgernähe, aber auch Effizienz angeht, große Fortschritte erreicht. Vor allem das, was uns als Vertreter der Länder besonders am Herzen liegt, hat dort kräftig Gestalt angenommen. Die nationalen Identitäten der Mitgliedsstaaten, aber auch ihre staatliche Gewalt auf regionaler und lokaler Ebene werden in der Präambel ausdrücklich geachtet – einschließlich der kommunalen Selbstverwaltung. Auch das war für uns, die wir nach dem Grundsatz „Global denken, lokal handeln“ politisch groß geworden sind, ganz wichtig.

(Beifall bei den Grünen)

Die Fragen einer eindeutigen Kompetenzordnung, der Verankerung des Subsidiaritätsprinzips in sehr vielen Artikeln und der Beachtung der kommunalen Selbstverwaltung sind aus unserer Sicht ganz wichtig, weil wir damit übereinstimmen, dass Europa nur dann von den Bürgerinnen und Bürgern angenommen wird, wenn es von unten nach oben aufgebaut wird. Deswegen ist das von eminenter Bedeutung. Umso mehr beklagen wir mit Ihnen, dass wir es nicht erreichen konnten, die Daseinsvorsorge in der europäischen Verfassung abzusichern.

(Beifall der Abg. Renate Rastätter GRÜNE und Beate Fauser FDP/DVP)

Dennoch kann das – wenn wir Gesamteuropa sehen und wenn sich das Gesetz auf einen Rahmen beschränkt und wir nicht wieder die schlechte Erfahrung machen, die wir im innerstaatlichen Verhältnis gemacht haben: dass immer Vollgesetze gemacht werden – durchaus auch ein Vorteil sein, weil das dann eben in allen europäischen Ländern mit verankert werden kann.

Gerade wenn wir uns noch einmal vor Augen halten, dass die Mehrheit der europäischen Staaten zentralistisch organisiert ist, können wir zuversichtlich sein, dass mit einer Kompetenzordnung und der Beachtung des Subsidiaritätsprinzips der richtige Weg in die Zukunft beschritten worden ist.

Lassen Sie mich nun noch die beiden Punkte ansprechen, die wir für die kritischsten halten.

Wir begrüßen natürlich die Stärkung des Europäischen Parlaments. Auch dazu haben Sie schon das Notwendige gesagt. Wir hätten uns allerdings – das kann ich ganz offen sagen – die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips grundsätzlich in allen Fragen gewünscht.

(Beifall bei den Grünen)

Die Situation, die jetzt entstanden ist – dass dieses Prinzip in einigen Bereichen weiterhin gilt –, wird eben dazu führen, dass das Europäische Parlament nach wie vor kein Vollparlament ist, sondern in wichtigen Fragen immer noch hinter der Exekutive hintanstehen muss. Ich halte das Einstimmigkeitsprinzip insbesondere in zwei Bereichen für hoch problematisch:

Das ist zum einen die Außenpolitik. Wir haben im Rahmen des Irak-Konflikts gesehen, dass die einzelnen Nationalstaaten in Europa, wenn es nicht mit einer Stimme spricht, in solch wichtigen Prozessen zur Erhaltung des Friedens eine völlig marginale Rolle spielen. Deswegen nehmen wir eine schwere Hypothek mit, wenn wir in diesem Bereich, in dem die Bürgerinnen und Bürger am meisten erwarten – dass der Friede auch in Zukunft erhalten wird, auch über unsere Grenzen hinaus –, nicht voll handlungsfähig sind, auch wenn wir den Fortschritt, dass das Amt eines europäischen Außenministers eingerichtet wird, nicht unterschätzen wollen. Wir hoffen, dass sich daraus wiederum eine Dynamik wie im Konvent entwickelt, die dazu führt, dass es in absehbarer Zeit zu einer Reform kommt.

Der zweite Bereich, in dem ich das Problem auch sehe, ist die Finanz- und Steuerpolitik. Ich glaube, dass auch in diesem Bereich das Einstimmigkeitsprinzip höchst schädlich ist, weil damit einzelne Steueroasen die ganze EU blockieren können. Wir haben gegenüber unserer Bevölkerung in der Steuerdebatte, die wir innerstaatlich zurzeit führen, oft große Probleme, steuerliche Gerechtigkeitslücken zu schließen, da wir in wichtigen Fragen wie etwa der einer gerechten Besteuerung von Kapitaleinkünften eigentlich nicht richtig vorankommen, weil wir solche Fragen nicht mehr nationalstaatlich lösen können, sondern eigentlich darauf angewiesen wären, zumindest europäische Lösungen zu haben. Insofern sehe ich da auch eine ziemlich schwere Hypothek.

Aber das sind wirklich die beiden einzigen Punkte, wo ich nicht zufrieden bin und glaube, dass da in der Zukunft die Verfassungsordnung geändert werden muss. Ich vertraue darauf, dass das in dem Prozess und durch den Druck der Verhältnisse geschehen wird.

Natürlich sind wir auch mit anderen Dingen unglücklich, zum Beispiel damit, dass der Tierschutz nicht als Recht in die europäische Verfassung aufgenommen wurde. Aber das muss man auch verstehen, da der Gedanke des Natur- und des Tierschutzes in vielen anderen europäischen Ländern nicht in dem Maß verankert ist wie bei uns. Wir hoffen, dass wir das, wenn es zu einer Aufschürung kommen sollte – was ich nicht hoffe und wovor ich nur warnen kann –, doch auch wieder einbringen können.

Lassen Sie mich aber auch drei kritische Anmerkungen zu Ihnen machen, Herr Ministerpräsident.

Erstens: Sie bringen als Beispiel für die Zentralisierungsbestrebungen der EU immer die FFH-Richtlinie und die Vogelschutzgebiete. Wählen Sie sich doch vielleicht einmal ein anderes Beispiel aus.

(Abg. Rech CDU: So ist das nun einmal in Karlsruhe!)

(Kretschmann)

Mit der Subsidiarität ist es so: Man muss schon auch selber aktiv werden, wenn man verhindern will, dass die obere Ebene ständig Dinge an sich zieht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich glaube, dass insbesondere Sie und viele andere Bundesländer hier etwas versäumt haben. Der Bund steht sogar dafür, Strafen zahlen zu müssen. Man darf auf den Gebieten, auf denen man eigentlich zuständig ist – und das sind wir beim Naturschutz –, natürlich nicht schlafen und dann erstaunt sein, wenn andere das an sich ziehen. Also selber aktiv werden ist einmal die erste Losung, um das Subsidiaritätsprinzip für sich zu sichern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zweitens: Lassen Sie mich noch eine Anmerkung zum Gottesbezug machen. Es ist wirklich bedauerlich, dass der nicht in der Präambel steht; jedenfalls ist das meine persönliche Überzeugung. Gottesbezug in der Verfassung heißt ja – Sie haben es auch dargelegt –, dass das Fenster zur Transzendenz offen ist, auch in einer demokratischen Gesellschaft. Aber wir sollten das nicht zu hoch hängen. Warum? Das eigentliche religiöse Desiderat unserer Verfassung ist nicht einfach der Gottesbezug in der Präambel, sondern die Unveräußerlichkeit der Menschenrechte. Dass die Menschenwürde nach Artikel 1 Ewigkeitscharakter hat, das heißt unserem demokratischen Zugriff entzogen ist, das ist das eigentliche religiöse Desiderat in der Verfassung, wenn man es denn so sehen will. Ich jedenfalls sehe es so.

Das heißt, wir dürfen vor der Bevölkerung nicht so tun – das ist ein bisschen gefährlich –, als sei dies jetzt irgendwie eine gottlose Verfassung. Das halte ich für Quatsch. Das Entscheidende an unserer christlich-jüdischen Tradition ist, dass der Mensch als Person in seiner Würde unveräußerliche und unverletzliche Rechte hat, und diese stehen sehr wohl in der neuen europäischen Verfassung. Das ist das Entscheidende. Das müssen wir den Menschen auch sagen.

(Beifall bei den Grünen)

Eine letzte Bemerkung: Ich glaube, uns sollte auch mit Genugtuung erfüllen, dass wir hier in diesen Fragen eine so große Übereinstimmung über die Parteigrenzen hinweg haben. Das zeigt, dass alle demokratischen Parteien in Deutschland europäische Parteien sind, und das ist wirklich gut so. Deswegen zum Schluss noch einmal mein Appell: Da diese Übereinstimmung herrscht, möchte ich an die Unionsfraktionen den Appell richten, aus dem Europawahlkampf keinen Anti-Türkei-Wahlkampf zu machen, sondern dieser Verführung zu widerstehen. Selbstverständlich sind wir uns einig, dass die Latte für einen Beitritt der Türkei sehr, sehr hoch liegt. Sie muss letztlich alle demokratischen Rechte und Traditionen mit aufnehmen und erfüllen

(Abg. Hauk CDU: Menschenrechte! Menschenrechte!)

und sich in die europäische Freiheitsgeschichte einfügen.

(Zuruf der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Aber nur das kann die Hürde sein und nicht irgendwelche verquasteten abendländisch-christlichen Bedenken, also religiöse Bedenken, die man dagegen formuliert, weil es ein mehrheitlich muslimischer Staat ist.

(Zuruf der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Das ist einfach mein Appell: Die Messlatte, um nach Europa zu kommen, ist Demokratie.

(Abg. Hauk CDU: Auch Freiheit!)

Die Messlatten sind nicht Kultur und Religion.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Aber das gehört mit dazu!)

Alle Staaten, deren Territorium mit in Europa liegt, sind hier in dieser Europäischen Union willkommen, wenn sie die Standards von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erfüllen. Das ist die Botschaft, die wir draußen vermitteln sollten. Dann brauchen wir auch keine Angst zu haben, ein solches europäisches Vertragswerk vom Volk abstimmen zu lassen. Auch da liegt eine Differenz zur Union vor. Das sollten wir mutig machen. Dann haben wir eine Gelegenheit, die wir sonst nie haben: für dieses großartige europäische Projekt zu werben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Reinhart.

(Zurufe von der SPD)

**Abg. Dr. Reinhart** CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst zwei Vorbemerkungen zu den Kollegen Maurer und Kretschmann. Herr Maurer, Lord Byron hat gesagt: „Freude, die man teilt, kann man doppelt genießen.“

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Das, was Sie hier eingangs an Kritik am Ministerpräsidenten eingebracht haben, hat Ihre Rede weit unter Ihre Fähigkeiten gestellt.

(Abg. Teßmer SPD: Aber Herr Oberlehrer!)

Es hätte Ihnen gut angestanden, wenn Sie – wie Ihre Kollegen im Bundestag und wie der Kollege Kretschmann – die wirklich historische Leistung des Ministerpräsidenten bei seiner Arbeit im Konvent gewürdigt hätten und sich darüber gefreut hätten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Teßmer SPD: Oh, oh! – Abg. Capezzuto SPD: Sollen wir ihn jetzt selig sprechen?)

Lieber Kollege Kretschmann, wir wollen keinen Anti-Türkei-Wahlkampf führen.

(Abg. Teßmer SPD: Na, das glaube ich nicht!)

(Dr. Reinhart)

Aber wir sind klar der Auffassung, dass es nicht um eine Vollmitgliedschaft der Türkei gehen kann und dass es auch nicht nur um Demokratie geht, sondern auch um die Grenzen: Wo beginnt Europa, und wo endet Europa? Deshalb haben wir dazu eine klare Position. Das hat nichts mit „Anti-Türkei-Wahlkampf“ zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen, meine Herren, ein großer Europäer hat gesagt:

*Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist . . . eine Notwendigkeit für . . . alle.*

Dieser Satz stammt von dem Vorsitzenden des Parlamentarischen Rates, Konrad Adenauer. Dieses Ziel, das damals als Vision postuliert wurde, ist durch die Arbeit des Konvents heute einen großen Schritt näher gerückt. Wir sind auf dem Weg zu einem Jahrhundertprojekt einer europäischen Verfassung.

Der Konvent setzt sich zusammen aus Mitgliedern des Europäischen Parlaments, der Nationalparlamente, der nationalen Regierungen und der Europäischen Kommission. Das hat es noch nie gegeben. Ich denke, allein diese Zusammensetzung spricht dafür, dass ein solch hervorragendes Ergebnis zustande kam. Es war „ein Sieg der Demokratie über die Diplomatie“, hat der Kollege Hintze im Bundestag gesagt. Ich glaube, das trifft den Punkt.

Meine Damen, meine Herren, es geht hierbei um zwei zentrale Aspekte. Zum einen geht es um ein Mehr an Transparenz, an Bürgernähe und an Demokratie. Das hat Frau Kollegin Gräßle vorhin zu Recht ausgeführt. Es geht darüber hinaus auch um eine klare Kompetenzordnung. Gerade durch die erreichte Subsidiaritätsklausel wird erstmals ein Verfahren definiert, in dem die Kontrollfunktionen der nationalen Parlamente im europäischen Gesetzgebungsverfahren festgeschrieben sind. Das heißt, es liegt jetzt in der Hand der nationalen Parlamente, mit dem Subsidiaritätsgebot im Gesetzgebungsverfahren tatsächlich Ernst zu machen.

Neben dieser klaren Kompetenzordnung geht es um bürgernahe Entscheidungen und um die Verbesserung der Handlungsfähigkeit in Europa; denn wir haben nach dem Beginn mit dem Europa der Sechs und jetzt mit dem Europa der 15 im nächsten Jahr ein Europa der 25, das sich ganz anderen Herausforderungen gegenüberstellt als beim Abschluss der Römischen Verträge.

Vor diesem Hintergrund, meine ich – da möchte ich Ihnen, Herr Kollege Kretschmann, ausdrücklich zustimmen –, ist der Erfolg auch aus der Sicht der Länderparlamente nicht hoch genug einzuschätzen. Es war eben nicht nur eine lose Zielbeschreibung, sondern es wurde sehr wohl jetzt auch im Teil III des Verfassungsentwurfs eine klare und näher definierte Kompetenzabgrenzung gefunden.

Wer die deutschen Zeitungen der letzten Wochen liest, stellt fest, dass das erreichte Ziel der klaren Kompetenzabgrenzungen und auch der Subsidiarität einen Namen trägt.

Das sagte übrigens allenthalben über alle Parteigrenzen hinweg auch jeder Redner im Deutschen Bundestag. Dieser Name lautet Erwin Teufel.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das sollten Sie anerkennen. In diesem Punkt sind wir wirklich dankbar; denn als wir noch vor wenigen Monaten in diesem Plenarsaal die Anhörung über Europa durchführten, als nämlich zum Beispiel Frau Stuart aus England hier gesprochen hat, als die Kollegen von der SPD, die am Konvent teilgenommen haben, hier gesprochen haben, als auch Erwin Teufel seine Sorgen vorgetragen hat, hatten wir ganz andere Sorgen.

Deshalb ist die Bewertung richtig, dass es sich bei dem jetzigen Verfassungsentwurf zwar um einen Kompromiss handelt, aber um einen guten Kompromiss.

Wir haben natürlich die Hoffnung – denn die Durchsetzbarkeit, gerade Stichwort Klagerechte, ist ein wichtiges Moment –, nachdem nunmehr der Bundestag und der Bundesrat das Klagerecht haben, dass es gelingt, was Erwin Teufel angesprochen hat, nämlich eine Vereinbarung der 16 Länder zustande zu bringen, damit kraft dieser Vereinbarung jedes der 16 Länder im Nationalstaat, wenn es seine Rechte verletzt sieht, auf diesem Wege doch noch das Klagerecht bekommt. Das wäre ein großer Erfolg, und es wäre vor allen Dingen auch ein Weg zur Durchsetzung unserer föderalen Interessen.

Hierbei ist besonders zu betonen, dass auch der Ausschuss der Regionen Berücksichtigung gefunden hat und dass es vor allen Dingen darum geht, ein Europa der Bürger zu gestalten, gerade auch mit den geteilten Zuständigkeiten, mit ausschließlicher, geteilter und ergänzender Zuständigkeit.

Es ist außerdem gut, dass die drei Prinzipien beachtet werden müssen, nämlich erstens das Prinzip der begrenzten Einzelfallermächtigung – das ist das Gegenmodell zu den allgemeinen Zuständigkeiten –, zweitens der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und drittens das eben erwähnte Subsidiaritätsprinzip.

Meine Damen, meine Herren, auch dem Präsidenten dieses Parlaments gilt Lob, denn auch er hat sich mit den anderen Länderparlamentspräsidenten dafür eingesetzt, dass die Rechte der Regionen berücksichtigt werden. Wesentliche Anliegen der deutschen Länder sind durch die Verbesserung bei der Kompetenzabgrenzung berücksichtigt und erreicht worden. Manche Forderungen sind nicht berücksichtigt worden, aber ich denke, wir sind hier auf einem guten Weg.

Neben dieser klaren Kompetenzabgrenzung haben wir vor allen Dingen auch die Festlegung der Kontrolle durch die nationalen Parlamente. Alle Teile des Verfassungsvertrags haben die gleiche Rechtsqualität. Durch den Verfassungsvertrag wird die EU stärker als bisher auch eine Wertegemeinschaft.

Das, Herr Kollege Kretschmann, ist auch ein wesentlicher Teil, bei dem die Türkei Nachholbedarf hat. Das ist ein Grund, warum wir gegen eine Vollmitgliedschaft der Türkei sind; denn Europa ist nicht nur eine Wirtschaftsgemein-

(Dr. Reinhart)

schaft, sondern es ist gerade unter dem Aspekt dieser neuen Verfassung auch eine Wertegemeinschaft.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fischer SPD: Hör doch auf!)

Meine Damen, meine Herren, Franz Josef Strauß hat einmal gesagt: Zwei Erzengel standen am Tor von Europa, der Erzengel des Friedens „Nie wieder Krieg!“ und der Erzengel der Freiheit „Nie wieder Knechtschaft!“.

(Abg. Drexler SPD: Wir haben doch vorher keine Knechtschaft gehabt!)

Mit diesem Konventsentwurf sind wir diesem Ziel, Frieden und Freiheit zu sichern, erheblich näher gekommen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich dem Herrn Ministerpräsidenten.

**Ministerpräsident Teufel:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Weil ich das, was in der Debatte gesagt worden ist, ernst nehme, möchte ich zu dem einen oder anderen Punkt noch etwas sagen.

Ich will damit beginnen, womit der Kollege Kretschmann geendet hat. Ich habe es immer als ein besonders hohes Gut empfunden, dass in europäischen Fragen alle demokratischen politischen Parteien in Deutschland weitgehend übereinstimmen. In diesem Sinne habe ich gearbeitet und versucht, die Interessen dieses Hauses wahrzunehmen.

Zum Zweiten: Es geht mir bei der FFH- und der Vogelschutzrichtlinie doch nicht darum, dass die europäische Ebene hier Standards setzen soll, sondern es geht mir wirklich um den Punkt, dass sich Europa nach meiner Meinung „verschluckt“, wenn es meint, die Gebiete in den einzelnen Gemeinden parzellenscharf abgrenzen zu können. Das ist der Punkt.

Ich nenne jetzt ein Beispiel, das in dieser Woche eine Rolle spielte. Es darf nicht sein, dass die Stadt Karlsruhe auf einem von den Amerikanern freigegebenen Flugplatz, der von vier Straßen und einer Straßenbahnlinie umgeben und erschlossen ist, kein Wohngebiet errichten kann, weil auf diesem Platz nach Ende der Nutzung als Flugplatz ein Biotop entstanden ist.

Ein weiteres Beispiel: Den Gemeinden im Raum Münsingen ist in der Zeit des Nationalsozialismus das gesamte Gelände für den Truppenübungsplatz Münsingen genommen worden. Diese Gemeinden sollten jetzt, nachdem die Bundeswehr diesen Truppenübungsplatz freigibt, wenigstens das Recht haben, darüber zu befinden, wie sie das Gelände nutzen wollen. Sie sollten nicht deshalb, weil es sich um einen Truppenübungsplatz handelt, bei dem sich zwischen den Fahrinnen der Panzer Biotope entwickelt haben, keine andere Möglichkeit haben, als dies in der jetzigen Form liegen zu lassen.

Solche Entscheidungen sollte man im kommunalen Bereich treffen dürfen – natürlich nur im Rahmen von Gesetzen. Darum geht es mir eigentlich. Ich meine, man müsste darüber Konsens erzielen können.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Ich habe doch nichts gegen Biotope oder gegen Vogelschutz.

Herr Maurer sagte, wenn man eine einheitliche Außengrenze habe, brauche man auch eine einheitliche Zuwanderungspolitik. Das ist im politischen Seminar einer Universität ein Satz, dem wohl niemand widerspricht, und er hat auch seine Logik. Aber wenn die Wirklichkeit so ist, dass nach dem Stranden eines Schiffs in Süditalien die gesamte Schiffsbesatzung nach acht Tagen nicht mehr in Italien ist – nicht in Neapel oder in Turin –, diese Menschen auch nicht nach Lissabon gehen, sondern mit absoluter Sicherheit in unserem Land landen, wenn wir außerdem wissen, auf welchem Parkplatz in Mulhouse der Umstieg vom Omnibus in einzelne Pkws stattfindet, wenn bekannt ist, dass diese Menschen, weil es zwischen Frankreich und Deutschland keine Grenze gibt, in unser Land kommen, weil sie hier günstigere Lebenschancen – Sozialhilfebedingungen, Arbeitsmöglichkeiten – sehen als in anderen Ländern und wir deshalb eine Zuwanderung haben, die hundertfach höher ist – hundertmal höher! – als die anderer Mitgliedsstaaten, dann behalten wir doch nach meiner Meinung ein Interesse daran, dies mitgestalten und steuern zu können.

Wenn wir bei diesen Fragen fremdbestimmt werden, befürchte ich, dass wieder Kräfte hochkommen könnten, die wir in diesem Parlament schon zweimal hatten und nie mehr in diesem Parlament sehen wollen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Herr Maurer hat den „Pralinengipfel“ gerühmt. Ich kann dazu nur sagen: Ich habe ein enges Verhältnis zu Luxemburg und war erst kürzlich beim dortigen Ministerpräsidenten. Aber ich sage auch ganz offen: Wenn es um die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland geht, bin ich lieber an der Seite der Vereinigten Staaten von Amerika als an der Seite Luxemburgs und Belgiens.

(Heiterkeit der Abg. Dr. Inge Gräßle und Seimetz CDU)

Das muss ich offen sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Eine typisch europäische Haltung!)

– In der Tat! Dieser Zwischenruf ist hervorragend.

(Abg. Drexler SPD: Er passt auch!)

Er gibt mir nämlich die Möglichkeit, zu sagen, dass wir Europa nicht gegen die Vereinigten Staaten von Amerika definieren dürfen,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Aber umgekehrt auch nicht!)

wie das im Augenblick in einigen Feuilletons europäischer Tageszeitungen geschieht. Das möchte ich ausdrücklich sagen. Ich glaube, das Bündnis mit den Vereinigten Staaten aufrechtzuerhalten, die die gleichen Werte und die gleiche

(Ministerpräsident Teufel)

Überzeugung haben wie wir, ist ein so kostbares Gut wie die europäische Einigung.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Wir dürfen uns unter gar keinen Umständen in ein Entweder-oder hineinmanövrieren lassen, sondern hier gibt es nur ein Sowohl-als-auch.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Herr Maurer sagte, wir sollten uns vor allem um die Pflege der deutsch-französischen Beziehungen kümmern. Nichts ist so gut, als dass es nicht verbesserungsbedürftig wäre. Deswegen nehme ich das auf. Aber bitte sehen Sie einmal, was da von Baden-Württemberg aus – und zwar nicht nur offiziell – geschieht: Oberrheinrat, in einem engen Verhältnis regelmäßiger Kontakt zum Elsass. Letzte Woche war die Präsidentin der Region Rhône-Alpes im Rahmen der Zusammenarbeit der „Vier Motoren für Europa“ da. Die deutschen Ministerpräsidenten haben sich letzte Woche in Berlin zum ersten Mal mit den französischen Regionalpräsidenten getroffen. In Poitiers ist die nächste Sitzung für dieses Jahr vorgesehen; sie wird von einer Arbeitsgruppe vorbereitet. Für die deutsch-französischen Beziehungen auf Länderebene hat in Jahrzehnten niemand so viel geleistet wie die Kultusministerin von Baden-Württemberg – mit Unterstützung des Parlaments, auch mit weitgehender Unterstützung Ihrer Fraktion –, indem wir die Sprache des Nachbarn am Oberrhein eingeführt haben. Das wird in Frankreich in einem Maße beachtet, wie man es kaum für möglich halten würde.

(Beifall bei der CDU)

Wir unterstützen den Gedanken einer gemeinsamen Kulturhauptstadt Europas Karlsruhe/Straßburg. Es gibt eine gemeinsame Lehrerfortbildung deutscher und französischer Lehrer. Wir wollen einen europäischen Distrikt Kehl/Straßburg haben und sind bereit, hier mit Frankreich zusammenzuarbeiten. Wir haben es außerordentlich bedauert, dass unter Bundesverkehrsminister Klimmt, der aus dem Saarland gekommen ist – ich weiß nicht, ob sich noch jemand an seinen Namen erinnert –, von den beiden europäischen Transversalen, die jahrzehntlang von allen politischen Parteien als gleichwertige Verbindungen angesehen wurden – die Verbindung Paris–Metz–Saarbrücken–Ludwigshafen–Mannheim und die Verbindung Paris–Straßburg–Karlsruhe–Stuttgart –, beim Ausbau eine Trasse der anderen vorgezogen worden ist, sodass wir unter großem Ärger im Elsass nun der anderen Entwicklung hinterherhinken. Wir brauchen diese Verbindung im Interesse des Elsass und Baden-Württembergs.

(Zurufe der Abg. Regina Schmidt-Kühner und Dr.  
Caroli SPD)

Das ist eine europäische Magistrale, die von größter Bedeutung ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben nicht weniger als 400 Städtepartnerschaften zwischen baden-württembergischen und französischen Städten

und einen regen Schüler- und Studentenaustausch. Das alles wollen wir selbstverständlich weiter pflegen.

Nun haben Sie gesagt, es müsse gleiche soziale Mindeststandards in Europa geben. Das ist eine sehr schöne Theorie. Die Praxis ist, dass Firmen, die einst wegen günstigerer Produktionsbedingungen nach Portugal gegangen sind, inzwischen nach Osteuropa gehen. Die Praxis ist, dass Firmen, wenn wir in Ostdeutschland die 35-Stunden-Woche anstreben, nicht mehr in die neuen Bundesländer, sondern nach Polen, Tschechien und Ungarn gehen. Die Praxis auch innerhalb Europas ist, dass wir eine zunehmende Abwanderung von Unternehmen haben: aus Bayern nach Österreich, aus Baden-Württemberg in die Schweiz. Das ist die Realität, mit der wir uns auseinander setzen müssen. Das andere ist eine schöne Theorie.

Frau Dr. Gräßle, 1 500 Arbeitsgruppen im Umfeld des EU-Ministerrats halte ich für genauso schlimm wie 1 000 Arbeitsgruppen zwischen den deutschen Bundesländern und dem Bund. Ich arbeite im Moment daran, die Zahl der Arbeitsgruppen zu reduzieren. In der Tat ist die offene Koordinierung eine offene Flanke. Man sollte sie einschränken und bekämpfen, wo immer dies möglich ist. Wir brauchen eine klare Kompetenzordnung.

Zur Zuwanderung, die Sie auch angesprochen haben, habe ich gerade das Notwendige gesagt.

Dem Kollegen Pfister und allen anderen, die gesprochen haben, danke ich für die Zustimmung und Anerkennung, die ich für meine Arbeit in den letzten Monaten gefunden habe. Er sagte: „Das Paket nicht mehr aufschneiden.“ Das ist auch meine Position. Aber man muss auch bereit sein, eigene Anliegen einzubringen, wenn andere das Paket aufschneiden.

Sie sagen, man dürfe mit dem Subsidiaritätsprinzip nicht mehr großzügig umgehen. Das ist ganz genau meine Meinung.

Der einzige Punkt, bei dem wir unterschiedlicher Auffassung sind – wirklich der einzige Punkt –, ist die Frage eines Referendums. Ich möchte jetzt nicht zitieren, was Ihr erster Bundesvorsitzender Theodor Heuss zur Volksabstimmung gesagt hat, weil es ein außerordentlich hartes Zitat wäre.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das dürfen Sie ruhig sagen!)

Ich möchte nur sagen: Aus der Erfahrung von Weimar haben wir eben eine andere Verfassungstradition entwickelt, und das Grundgesetz sieht nur in zwei Fällen eine Volksabstimmung vor. Im ersten Fall gilt das bei einer Länderneugliederung. Den zweiten Fall definiert ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts nach dem Vertrag von Maastricht: Sinngemäß sagt das Bundesverfassungsgericht, dass eine Volksabstimmung stattfinden muss, sobald ein Übergang stattfindet, der in die Staatsqualität der Bundesrepublik eingreift und diese durch eine europäische Entwicklung hin zu einem Bundesstaat überholt. Das ist auch völlig richtig; aber davon sind wir meilenweit entfernt.

Ich meine, komplizierte Sachverhalte, zumal Verfassungsfragen, bedürfen einer ausgewogenen Beratung. Außerdem

(Ministerpräsident Teufel)

können Referenden durchaus auch extremen Gruppen Tür und Tor öffnen. Drittens ist uns die europäische Integration zu wichtig, um sie unwägbareren Risiken auszusetzen. Aber in dieser Sache kann man unterschiedliche Auffassungen haben. Ich nenne nur einige Gründe, weshalb wir nach meiner Überzeugung nicht zu einer Volksabstimmung kommen sollten.

Herr Kollege Kretschmann, Sie sagten, das Gesetz, das nun zur Daseinsvorsorge in den Gemeinden vorgesehen ist, könne sich auch als Vorteil erweisen. Ich möchte dies ausdrücklich auch als eine Möglichkeit sehen, weil die französische Seite nicht weniger als wir daran interessiert ist, im kommunalen Bereich die Daseinsvorsorge zu sichern. Von ihr ging die Initiative aus.

Aber meine Erfahrung ist: Wenn man in Europa einen Finger reicht, wird einem gleich die ganze Hand genommen. Deshalb bin ich skeptisch. Ich werde den Sachverhalt aber mit Aufmerksamkeit verfolgen und halte die Entwicklung, die Sie als Möglichkeit angesprochen haben, durchaus ebenfalls für denkbar.

Herr Kollege Kretschmann, Sie sagten, Sie hätten gern eine Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips in allen Fragen gehabt. Über Außenpolitik haben wir schon gesprochen. Reden wir beispielsweise einmal über die Finanzierung der Europäischen Union. Wir haben in Deutschland doch die Erfahrung gemacht,

(Abg. Rückert CDU: Länderfinanzausgleich!)

dass wir in Fragen des Länderfinanzausgleichs keinen Boden unter die Füße bekommen, weil die Mehrheit der Länder Empfängerländer und die Minderheit Zahlerländer sind. Wenn in der Europäischen Union jedes beliebige Programm mit Mehrheit beschlossen werden könnte, das dann von ganz wenigen Ländern, vor allem vom Hauptnettozahlerland Deutschland, bezahlt würde, ohne dass wir darauf noch Einfluss hätten, dann kann ich nur sagen: Ich bin gegen jeden Nationalismus, aber in zentralen Fragen darf man nationale Interessen wahrnehmen. Das ist wirklich nicht unzulässig. Das möchte ich an diesem Beispiel klar machen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hofer FDP/DVP)

Europa müsse in der Außenpolitik mit einer gemeinsamen Stimme sprechen. Das wünsche ich mir wirklich! Ich muss aber sagen: Wir sind noch weit davon entfernt, dass sich beispielsweise Großbritannien oder Deutschland in Fragen von Krieg und Frieden, auch nach der Erfahrung des Irakkriegs, einem Votum unterwerfen würden, das nicht ihrer jeweiligen Überzeugung entspricht. Davon sind wir noch meilenweit entfernt. Europäische Institutionen sind hilfreich; aber da müssen wir, glaube ich, noch viele inhaltliche Diskussionen führen.

Der Tierschutz ist angesprochen worden. Dafür habe ich mich eingesetzt. Gerade auf europäischer Ebene hätte ich eine Verbesserung für besonders wichtig gehalten, weil ich finde, dass das Schlimmste im Moment die überlangen Tiertransporte in Europa sind, die ich überhaupt nicht für gut halte.

(Beifall bei der FDP/DVP und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU)

Herr Kollege Kretschmann, Sie haben auch gesagt, das Entscheidende sei eigentlich nicht einmal der Gottesbezug, sondern die Tatsache, dass der Mensch Rechte hat, die er nicht aus der Gunst des Staates hat, sondern die unmittelbaren Rechte sind. Aber die Begründung für die Menschenwürde und für die elementaren Menschenrechte in der europäischen Tradition liegt ja gerade in der Gottebenbildlichkeit des Menschen. Deswegen hätte ich diese Verankerung gerne gesehen. Aber ich stimme mit Ihnen völlig überein, dass Menschenwürde und Menschenrechte für sich in der Formulierung dieser Verfassung natürlich wichtig sind.

Zur Türkei ein zurückhaltendes, aber doch ein klares Wort. Zunächst einmal stimme ich mit Herrn Kretschmann darin überein, dass nicht das Kriterium sein darf, dass es sich hier um Muslime handelt. Wir haben schon jetzt 14 Millionen Muslime in der Europäischen Union. Das ist nicht das Kriterium. Mit Muslimen wären wir übrigens auch schnell über den Gottesbezug hinweg. Vielmehr ist das entscheidende Kriterium, mit dem ich voll übereinstimme, dass jedes Mitgliedsland der Europäischen Union vor dem Beitritt ein Rechtsstaat sein muss und die Menschenrechte und das Demokratieprinzip usw. achten muss.

Aber es kommt ein Zweites hinzu, und da stimme ich dem Kollegen Reinhart zu: Ich möchte, dass nicht alle Demokratien der Welt Mitglieder der Europäischen Union werden können, sondern es sollte auch ein europäisches Land sein. Es gibt Überlegungen des israelischen Außenministers und übrigens auch schon seines Vorgängers. Sie wissen, wie nahe ich Israel stehe. Aber ich bin nicht der Meinung, dass Israel Mitglied der Europäischen Union werden kann,

(Abg. Seimetz CDU: Richtig!)

ich bin nicht der Meinung, dass Marokko Mitglied der Europäischen Union werden kann,

(Abg. Seimetz CDU: Richtig!)

und ich sehe auch die Türkei nicht als europäisches Land.

(Abg. Seimetz CDU: Sehr richtig!)

Deswegen sollte man sich sehr wohl Gedanken darüber machen, wo Europa endet. Da gehören ganz sicher noch einige Länder dazu: alle ehemaligen Länder Jugoslawiens, Bulgarien, Rumänien. Aber ich glaube nicht, dass wir darüber hinausgehen sollten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kretschmann?

**Ministerpräsident Teufel:** Sehr gern. Ich darf vorher nur noch den Gedanken mit einem Satz zu Ende bringen: Ich sehe Europa nicht als eine geschlossene Burg, sondern am Mare nostrum selbstverständlich engste Beziehungen, die auch schon bestehen, mit Israel, mit dem Maghreb, mit der Türkei. Ich bin also für Sonderbeziehungen und für alle wirtschaftlichen Vorteile, die sich da denken lassen. Europa

(Ministerpräsident Teufel)

nicht als geschlossene Burg, Lomé-Abkommen, in breitem Maße enge Zusammenarbeit mit afrikanischen Staaten. Aber ich glaube, auch wenn afrikanische Staaten Demokratien sind, können wir sie nicht als Vollmitglied in die Europäische Union aufnehmen.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen gibt es für mich zwei entscheidende Kriterien: das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip und die Frage: Ist das ein europäisches Land?

Jetzt bin ich gern bereit, eine Zwischenfrage zu beantworten.

**Abg. Kretschmann GRÜNE:** Herr Ministerpräsident, jetzt ist aber bekannt, dass ein Teil der Türkei auf dem europäischen Kontinent liegt. Stimmen Sie mit mir überein, dass die europäische Geschichte auch mit ihren leidvollen Anteilen ohne Konstantinopel, Byzanz und Istanbul nur schwer denkbar ist und dass diese Stadt auch heute noch durch und durch europäisch ist?

**Ministerpräsident Teufel:** Das Erste: Ein Teil, allerdings ein geografisch sehr, sehr kleiner Teil der Türkei

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Ein wichtiger!)

ist europäisch. Das ist gar keine Frage. Anatolien ist es sicher nicht. Dass Byzanz eine ganz große europäische Geschichte hat und mitgeschrieben hat, ist keine Frage. Ich lese gerade ein großes Geschichtsbuch über Byzanz

(Abg. Capezzuto SPD: Oi! Jetzt aber!)

und finde das darin bestätigt. Aber die Türkei ist nicht mehr Byzanz – ich glaube, das darf man auch in aller Offenheit sagen –, sondern da hat sich in der Geschichte einiges weiterentwickelt.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle und Behringer CDU)

Letzte Bemerkung: Ich möchte aufnehmen, was der Kollege Reinhart gesagt hat: Es kommt jetzt darauf an, dass die nationalen Parlamente auch ihre Mitwirkungsrechte nutzen, die ihnen eine europäische Verfassung ermöglicht.

Allerletzte Bemerkung: Nachdem wir den europäischen Verfassungsprozess zu einem guten Ende gebracht haben, sollten wir uns unter Führung des Landtagspräsidenten und der Fraktionsvorsitzenden dieses Hauses vonseiten des ganzen Landtags von Baden-Württemberg darum bemühen, dass wir Fehlentwicklungen der letzten 50 Jahre gegen das Subsidiaritätsprinzip in Deutschland korrigieren können, die Länder wieder stärken und vor allem die Landtage stärken. Wir sollten da in Deutschland durchaus in einen Verfassungsprozess eintreten, wie auch immer er gestaltet ist, und zwar mit gleicher Kraft und mit gleicher Gemeinschaft und Übereinstimmung. Das Ziel wäre es wert.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Punkt 1 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

- a) **Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – Auswirkungen der geplanten Verwaltungsreform auf die Beamtinnen und Beamten – Drucksache 13/2083**
- b) **Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – Beabsichtigte Eingliederung der Polizei in die Regierungspräsidien, Land- und Stadtkreise – Drucksache 13/2093**
- c) **Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Auswirkung der geplanten Verwaltungsreform auf die Schulverwaltung – Drucksache 13/2121**
- d) **Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Schwächung des Denkmalschutzes in Baden-Württemberg durch die von der Landesregierung geplante Verwaltungsreform – Drucksache 13/2138**
- e) **Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – Beabsichtigte Neugliederung der Landesverwaltung in den Bereichen Landwirtschaft, Forst und Verbraucherschutz – Drucksache 13/2070**
- f) **Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – Auswirkungen der Verwaltungsreform auf die Straßenbauverwaltung – Drucksache 13/2164**

Zusätzlich rufe ich zu Punkt 2 b den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2256, und zu Punkt 2 d den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/2254, auf.

Meine Damen und Herren, wir haben im Präsidium vereinbart, dass freie Redezeit gilt. Bis zur Mittagspause, die aus gegebenem Anlass spätestens um 12:50 Uhr beginnen muss, sollen aber alle Fraktionen und die Regierung noch zu Wort kommen. Deshalb gilt zunächst für die erste Runde eine Redezeit von sechs Minuten je Fraktion.

(Abg. Drexler SPD: Das hatten wir nicht vereinbart!)

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

**Abg. Drexler SPD:** Das hatten wir nicht vereinbart.

**Präsident Straub:** Doch.

**Abg. Drexler SPD:** Herr Präsident, ich muss Sie da leider korrigieren. Wir haben freie Redezeit vereinbart, aber wir sind, weil der Herr Ministerpräsident uns zugesagt hat, maximal 40 Minuten zu reden, von einer anderen Zeitfolge ausgegangen. Jetzt hat der Herr Ministerpräsident aber über 70 Minuten geredet und damit den Tagesordnungspunkt 2 systematisch auf knapp 40 Minuten reduziert.

(Unruhe)

Wir hatten vereinbart, die restliche Zeit aufzuteilen. Das biete ich den anderen Fraktionen an. Die Regierung muss

(Drexler)

vor der Ordensverleihung nicht mehr zu Wort kommen. Herr Innenminister, Sie können ja am Nachmittag zur Verwaltungsreform reden.

(Zurufe von der SPD: So ist es!)

Aber dass die Kolleginnen und Kollegen vor der Mittagspause zu Wort kommen, hatten wir vereinbart, und so sollten wir das auch halten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Verwaltungsreform entwickelt sich zunehmend – –

(Unruhe – Abg. Pfister FDP/DVP: Was gilt jetzt? – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Moment, Herr Abg. Drexler!

Wir hatten uns die Frage gestellt, ob wir Punkt 2 vor der Mittagspause aufrufen.

**Abg. Drexler SPD:** Ja.

**Präsident Straub:** Da haben wir gesagt: Wir wollen es tun.

**Abg. Drexler SPD:** Ja.

**Präsident Straub:** Und wir haben gesagt: Die Zeit, die zwischen dem Abschluss von Punkt 1 und 12:45 Uhr übrig bleibt – davon sind wir im Präsidium ausgegangen –, wird durch fünf geteilt, nämlich vier Fraktionen plus Regierung.

**Abg. Drexler SPD:** Verzichtet die SPD auf ihre freie Redezeit und gibt Zeit an andere Fraktionen ab?

(Unruhe)

**Präsident Straub:** Nein. Nein, Herr Drexler, dann können wir das – –

(Unruhe)

**Abg. Drexler SPD:** Das geht doch gar nicht anders!

**Präsident Straub:** Wenn wir uns daran nicht mehr halten, dann treten wir jetzt in die Mittagspause ein und führen die Aussprache über Punkt 2 nach der Mittagspause.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Fischer SPD)

**Abg. Drexler SPD:** Ich kann dann nur feststellen, dass im Präsidium Verabredungen mit der Regierung offensichtlich nicht mehr möglich sind

(Zurufe von der SPD: So ist es!)

und ein durch Tagesordnungen geordneter Parlamentsablauf nicht mehr möglich ist, Herr Präsident.

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CDU)

– Natürlich ist das so! – Die Regierung bringt ein Thema ein, man verabredet mit ihr Redezeiten, die Regierung hält sich aber nicht daran und macht dadurch die Möglichkeit, Punkt 2 am Vormittag zu behandeln, systematisch kaputt. Das haben Sie gemacht! 40 Minuten waren ausgemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, da wir darüber keine Einigung mehr erzielen können, schlage ich vor, jetzt in die Mittagspause einzutreten. Weil in der Mittagspause der Verleihungsakt stattfindet, schlage ich vor, die Sitzung um 14:15 Uhr fortzusetzen.

(Beifall des Abg. Döpfer CDU – Unterbrechung der Sitzung: 12:24 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:17 Uhr)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Aufgerufen ist **Punkt 2** der Tagesordnung.

Hierzu rufe ich zusätzlich den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2083, auf.

Das Wort erhält Herr Abg. Drexler.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ich sage: „Nein, nein, nein!“)

**Abg. Drexler SPD:** Das kommt erst, wenn Kollege Fleischer hier ist.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ich sage: „Nein, nein, nein“ und setze mich wieder!)

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Genauso habe ich mir das jetzt nach der Mittagspause vorgestellt.

(Abg. Oettinger CDU: Kein Fernsehen!)

Aber Sie brauchen keine Angst zu haben. Wir werden die Verwaltungsreform mit vielen Veranstaltungen begleiten, sodass auch die Öffentlichkeit erfährt, welches Geistes Kind diese Verwaltungsreform ist.

Was wir zurzeit erleben, ist Folgendes. Es gibt ein so genanntes Haus von Herrn Teufel, und die Abgeordneten von der Regierungskoalition sagen: Wir machen die Tapeten. Eigentlich müsste es umgekehrt sein. Auf jeden Fall ist es gut, wenn Sie die Tapeten machen. Über das Haus und die Tapeten wollen wir mit Ihnen heute noch einmal sprechen, weil wir den Eindruck haben: Es wird viel Pfusch gemacht, und es wird viel aufgeteilt und irgendwo untergebracht, ohne dass es einen Sinn macht. Ich will Ihnen das nachher an drei Beispielen deutlich machen.

Lassen Sie mich an den Beginn des Jahres erinnern. Zu Beginn des Jahres hatten wir eine große Debatte. Die Verwaltungsreform wurde von allen unisono abgelehnt, auch vom Innenminister, der in einem Interview gesagt hat: Wir brauchen keine Verwaltungsreform. Die Koalitionsparteien hätten sich vielmehr darauf geeinigt, dass man die Strukturen der Verwaltung in dieser Legislaturperiode in Ruhe lässt und sich auf die innere Verwaltungsreform konzentriert. Das war die Aussage, und darauf hatte sich Baden-Württemberg auch eingestellt.

Nach der Debatte im Landtag gab es plötzlich die Frage, ob der Ministerpräsident etwas bringt. Und er hat etwas ge-

(Drexler)

bracht. Das Schlimme an dem, was er gebracht hat, ist, dass er zwei Vorgaben gemacht hat. Die erste Vorgabe war eine Effizienzrendite von 20 % gleich 100 Millionen €. Die zweite Vorgabe war: Der Aufbau von Gemeinden, Kreisen und Regierungspräsidien muss erhalten bleiben; daran wird nicht gerührt.

Was man jetzt versucht, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist keine Reform. Sie machen im Grunde genommen eine Neuorganisation; mehr ist es nicht. Sie machen eine Neuorganisation der Ämter, die Sie hin und her schieben. Sie gehen überhaupt nicht an irgendwelche Strukturen heran. Das muss man einfach einmal festhalten. Insofern ist Ihr Verhalten in der ganzen Zeit auch logisch. All das, was Sie hin und her schieben, ist auch durchaus logisch.

Dass eine Effizienzrendite von 20 % erreicht werden kann – das eine Dogma –, glaubt auch der Wirtschaftsminister nicht, wie er sagt. Er will die Effizienzrendite ins Gesetz schreiben. Wenn Sie mit Landräten reden, dann sagen Ihnen alle: „20 % sind nie zu erreichen, vielleicht 8 oder 9 %.“ Nur noch Herr Wais vom Landkreistag erzählt den Unsinn, dass man 20 % erreichen könne.

Wo ist die Aufgabenkritik, wo ist die Aufgabenanalyse, die am Anfang eines Reformprozesses stehen müsste? Die haben Sie nicht vorgenommen. Auch sind Sie nicht der Frage nachgegangen, wie eine Landesverwaltung aussehen muss. Es ist eigentlich ziemlich entlarvend, dass Sie das erst im September machen wollen. Zuerst verschieben Sie Ihre Ämter, und dann wollen Sie diese Aufgabenkritik angeblich im September nachholen. Das Konzept bleibt ein Verschiebebahnhof, und zwar ohne Aufgabenkritik, ohne Strukturreform.

Den Vorschlägen wird überhaupt nicht widersprochen. Ich möchte nachher darauf aufmerksam machen, welche Rolle die Minister in der gesamten Periode der Diskussion spielen.

Forstverwaltung: Sagt Herr Stächele dazu noch das, was er früher gesagt hat? Herr Stächele ist ruhig.

Herr Müller hat vor dem Februar dieses Jahres zum Thema Straßenbauämter noch ganz tolle Aussagen gemacht. Die macht er heute auch nicht mehr.

Denkmalschutz: Dazu hat das Wirtschaftsministerium vor dem Februar tolle Aussagen gemacht. Seither wird überhaupt nichts mehr diskutiert.

Ich frage mich: Warum haben wir hoch bezahlte Minister und Ministerinnen und hoch bezahlte Mitarbeiter in den Fachabteilungen, wenn genau deren Ergebnis der Arbeit überhaupt nicht in die Verwaltungsreform eingearbeitet wird? Warum brauchen wir Fachminister?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Halten Sie sich einmal vor Augen, wie das mit der Polizei war. Wenn es so ist, dass Sie jetzt aus guten, aus sachlich nachvollziehbaren Gründen die Polizeidirektionen nicht in die Landratsämter eingliedern wollen – wir haben schon

seit Februar gesagt, dass die Eingliederung eine Schnaps-idee ist –,

(Zurufe von der CDU)

dann ist es ja gut. Wenn das aber nur auf den Widerstand der Gewerkschaft der Polizei oder auf unsere Anhörungen zurückgeht,

(Zurufe von der CDU)

dann wäre es falsch. Also, ich gehe einmal davon aus: Die Entscheidung geht auf Überzeugungsarbeiten zurück. Wenn das stimmt, hoffe ich, dass Sie auch auf anderen Gebieten noch zu überzeugen sind. Dann kann man mit Ihnen möglicherweise noch diskutieren. Wir haben im Februar gleich gesagt, dass man die Polizeidirektionen nicht eingliedern kann, und wir haben das im April in einer Debatte gesagt. Was haben Sie gemacht? Jetzt, zum Schluss, nachdem es massiven Protest gab, haben Sie beschlossen, dass die Polizeidirektionen nicht eingegliedert werden. Sie hätten eigentlich schon im Februar wissen können, dass die Polizeidirektionen nicht in die Landratsämter passen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich komme gleich noch einmal auf die Polizei zurück. Aus der Polizei muss ja etwas eingegliedert werden. Das ist offensichtlich eine Manie von Ihnen.

Ich komme auf die Lebensmittelüberwachung zu sprechen. Warum Sie die Lebensmittelüberwachung in die Landratsämter eingliedern wollen, ist nun überhaupt nicht nachvollziehbar. Es gibt zwei gute Gründe für den WKD als Einheitsamt. Der eine ist Gefahrenabwehr und Strafverfolgung in einer Hand. Das ist vernünftig. Der zweite Grund: Bei jeder Überprüfung im Bereich der Lebensmittelüberwachung kann die Polizei gleich nachprüfen, ob das Gewerbeaufsichtsamt, ob das Ausländerrecht, ob das Jugendrecht berührt ist. Alles liegt in einer Hand, und das ist vernünftig.

Gerade Baden-Württemberg hat den Wirtschaftskontrolldienst auch mit der Lebensmittelüberwachung in der bestehenden Form organisiert – als einziges Bundesland – und ist deswegen auch so erfolgreich. Was machen Sie? Sie wollen das völlig ändern, weil irgendjemand einen Teil der Polizei, nämlich die Lebensmittelüberwachung, in die Landratsämter eingliedern will. Im Übrigen gibt es überhaupt keinen Grund dafür. Ich kenne keinen Grund für diesen Unsinn.

Lassen Sie mich einfach ein paar Leute zitieren, damit das einmal deutlich wird.

Herr Stächele sagte am Donnerstag, 20. Juni 2002 – da hat er noch nicht gedacht, dass man einmal darüber nachdenkt, die Lebensmittelüberwachung möglicherweise in die Landratsämter einzugliedern –, in der 28. Plenarsitzung:

*Ich will zum Schluss etwas sagen, was für Sie als Parlamentarier auch ganz wichtig zu wissen ist. Die Lebensmittelkontrolle in Baden-Württemberg funktioniert. Ich will ausdrücklich auch in Richtung des Kollegen Innenministers sagen:*

– er hat sich dazu bisher auch nicht geäußert –

(Drexler)

*Gott sei Dank gibt es bei uns den WKD. Ich habe gar nicht geahnt, dass wir das einzige Bundesland sind, das über eine derartige Lebensmittelpolizei verfügt. Der WKD ist effizient, er hat Schlagkraft. Er ist unser Instrument, um sicherzustellen, dass der Verbraucher gesunde Nahrungsmittel erhält.*

(Demonstrativer Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Alles richtig! – Abg. Pauli CDU: Richtig!)

– Warum gliedern Sie dann die Lebensmittelüberwachung in die Landratsämter ein?

*Deswegen ein Kompliment auch einmal an ein anderes Ressort: Der WKD ist unsere Lebensmittelpolizei par excellence.*

(Demonstrativer Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Dann lassen Sie es doch bleiben!

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Das Problem bei Ihrer Reform ist, dass Sie einfach nicht stringent an dem bleiben, was Sie vor einem Monat oder einer Woche einmal gesagt haben. Sie sollten einfach einmal einen Entwurf von der Aufgabenkritik und von den Ämtern machen und sagen, was Sie wollen, und nicht umgekehrt.

Was hat der Herr Innenminister auf dem Höhepunkt der so genannten BSE-Krise gesagt? Innenminister Thomas Schäuble sagte in einer Presseerklärung am 12. März 2001 – Herr Minister, Sie haben es sicherlich im Kopf, aber ich will es Ihnen noch einmal sagen –:

*Nur eine zum Polizeivollzugsdienst gehörende Einheit kann es beispielsweise schaffen, am Samstag, den 23. Dezember des vergangenen Jahres, aufgrund einer Rückrufaktion von Lebensmitteln mit Rindfleischanteilen bis zum 27. Dezember insgesamt 1 500 Betriebe zu kontrollieren.*

Machen Sie das einmal mit Ihren 44 Landratsämtern!

(Beifall bei der SPD)

Ich mache das nur an diesem Beispiel deutlich, aber ich könnte den ganzen Nachmittag über lauter Einzelheiten dieser Verwaltungsreform reden.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wie wollen Sie es mit acht Regionalkreisen machen? – Gegenruf des Abg. Capezuto SPD: Zuhören, Herr Haas!)

– Da stand das gar nicht drin, Herr Haas. Wir können für Sie einmal einen Vortrag halten, damit Sie endlich mitkommen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Weiter sagte der Innenminister: Wir haben zum Beispiel gegenwärtig eine 24-Stunden-Erreichbarkeit über das durchgehend besetzte Führungs- und Lagezentrum der Polizei und deshalb eine kurzfristige Herstellung der Einsatzbereitschaft des WKD.

Das weiß jeder. Das wissen Sie. Auch der Herr Minister – wo ist er jetzt? –

(Abg. Wieser CDU: Sie loben ja unentwegt die Regierung!)

weiß, dass das so ist.

Das MLR musste hiervon schon des Öfteren Gebrauch machen, um zum Beispiel außerhalb der Dienstzeiten authentische Informationen als Grundlage für eine öffentliche Warnung zu erhalten oder an Samstagen Betriebskontrollen zu veranlassen oder umgehend gesundheitsschädliche Erzeugnisse aus dem Verkehr zu ziehen, und zwar nicht in einem Landkreis, sondern in ganz Baden-Württemberg.

Herr Landrat Schneider, um Ihnen das zu sagen, weil Sie gerade so interessiert schauen: Wenn Sie die Lebensmittelkontrolle aus dem WKD herausnehmen, müsste ein zusätzlicher landesweit vernetzter Transport- und Kurierdienst für den Transport von jährlich 55 000 Proben neu aufgebaut werden. Hierbei muss bei eiligen verderblichen Proben in Krankheitsfällen der tägliche Transport zu den vier Chemischen und Veterinäruntersuchungsämtern gewährleistet sein. Der WKD nutzt im Lebensmittelbereich die polizeiliche Kommunikationsstruktur.

Das wissen Sie alle, auch Ihr Polizeisprecher weiß das. Deshalb wundert man sich, warum Sie überhaupt auf die Idee kommen können.

Inklusive der Funkverbindungen der WKD-Fahrzeuge müsste die untere Verwaltungsbehörde dieses Netzwerk neu aufbauen und alle ihre Fahrzeuge neu ausstatten. Diese Kommunikationsstruktur wurde intensiv bei den Affären der letzten Jahre genutzt, zum Beispiel bei der BSE-Affäre, dem Dioxin-Skandal, zuletzt in Belgien, oder zuletzt dem Nitrofen-Skandal. Solche Affären erfordern eine großräumige landesweite Vollzugsstruktur.

Es gibt auch klare Befehlsstrukturen. Dies alles wissen Sie. Ich möchte wissen, wie ein Abgeordneter des Landtags von Baden-Württemberg auf die Idee kommen kann, die Lebensmittelüberwachung aus dem WKD herauszunehmen und den 44 Stadt- und Landkreisen zu unterstellen. Wer? Ihr! Völliger Unsinn! In die Art und Weise und in die Richtung geht ihr mit dem Beschluss, den Sie jetzt gefasst haben.

(Zurufe von der CDU)

– Natürlich ist das so. Die Lebensmittelüberwachung soll heraus. Beschäftigen Sie sich doch einmal mit dem Thema. Das wäre gut.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Tapezieren Sie nicht nur in dem Haus, sondern helfen Sie, das Haus zu bauen. Das wäre besser.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Forstverwaltung, ein ähnliches Drama.

(Abg. Capezuto SPD: Jesses!)

Schade, dass Sie Ihren Kollegen Hauk dazu nicht reden lassen. Der könnte Ihnen das Einheitsforstamt auch unter EU-

(Drexler)

Richtlinien erklären, und zwar mit tollen Beispielen. Leider darf er nicht reden. Er hat gerade das Bundesverdienstkreuz gekriegt. Ich habe ihm gratuliert und gesagt, er solle gleich kommen, weil er mit dem Bundesverdienstkreuz vielleicht auch unabhängig von der Fraktionsdisziplin reden könnte. Dann könnte er vorne hinstehen und sagen, was er zum Forst denkt.

(Abg. Oettinger CDU: So wie Sie auch!)

– Ja, ja, wie ich auch. Ich habe aber kein Verdienstkreuz bekommen. Deswegen ist das eine andere Frage.

Von daher gesehen sage ich noch einmal: Lassen Sie doch den Kollegen Hauk hier einmal zum Forst reden. Er hat nämlich die gleiche Auffassung wie wir. Er ist ein Praktiker. Er will das Einheitsforstamt erhalten und kein Forstamt gründen, das unabhängig von den Eigentumsverhältnissen des Forsts, von der Pflege und vom Anbau der Bäume jetzt plötzlich an Kreisgrenzen zu orientieren wäre, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Abg. Capezzuto SPD: Blödsinn!)

Wir haben hier eine Anhörung durchgeführt. Die hat eigentlich jedem, der dabei war, deutlich gemacht, dass das völlig falsch wäre.

Nun ist der Herr Minister – wenigstens hat er den Mut gehabt – bei den Landräten herumgereist und hat die Idee gehabt, einen einheitlichen Landesbetrieb einzurichten. Das wäre ja auch sinnvoll. Es wäre sinnvoll, alles in einem Betrieb zu organisieren, auch den Verkauf. Dann könnte man im Übrigen den monopolisierten Sägewerksbesitzern usw. die gleichen Zusagen machen wie jetzt in Preisverhandlungen und all dem, was man da macht. Das können die 44 Landräte nicht. Das ist mir schon klar.

(Zurufe der Abg. Scheuermann und Schneider CDU)

Bei dem, was ich in der Zwischenzeit aus Landratsämtern über die staatliche Jagd höre, graust es mir schon. Bei dem, was da passiert, stehen mir die Haare zu Berge. Denn da wird ja nur gesagt: „Wir privatisieren alles, dann gibt es dort Kohle; die Staatsjagd nehmen wir weg.“ Bei all dem kann ja jeder Landrat machen, was er will.

(Abg. Seimetz CDU: Das können Sie doch auch!)

Es ist falsch, wenn Sie dies beim Wald machen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wissen Sie, was ein Forstbeamter – ein ganz einfacher Förster – hier bei unserer Anhörung gesagt hat? Wiebke und Lothar habe der baden-württembergische Wald überstanden, Erwin überstehe er nicht mehr. Genau so ist es.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe der Abg. Rech und Scheuermann CDU)

Ich habe jetzt einmal zwei Beispiele gebracht. Ich könnte noch fünf andere Beispiele bringen. Ich könnte die Straßenbauverwaltung anführen. Herr Minister Müller hat,

(Zuruf des Abg. Rech CDU)

kurz bevor der Herr Ministerpräsident etwas zur Verwaltungsreform sagte, im Ausschuss gesagt, es sei ein Unsinn, die Straßenbauämter auf 44 Landkreise zu verteilen. Wir haben ihre Zahl gerade auf 19 reduziert.

(Abg. Scheuermann CDU: Haben wir doch gar nicht gemacht!)

Es ist falsch, dies zu machen.

(Abg. Scheuermann CDU: So ein Mist! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Ja, ja. Aber ihr macht es trotzdem so.

(Abg. Scheuermann CDU: Erst mal informieren!)

Die Umzugskartons sind überhaupt noch nicht ausgepackt, und trotzdem geht es in diese Richtung.

Ich verstehe nicht, warum Sie zum Beispiel beim Forst keinen einheitlichen Landesbetrieb einrichten.

Lassen Sie mich im Übrigen noch etwas zum Forst sagen. Wenn es keine großen Sturmschäden gibt, dann bringt der Forst – so war es 1999; Sie wissen das, Herr Winckler – fast 50 Millionen € Plus in die Staatskasse.

(Abg. Schneider CDU: So! – Zuruf von der CDU: Und warum?)

– Weil es da keine großen Schäden gab. Erkundigen Sie sich in Österreich, wo der staatliche Forstbetrieb ein einheitlicher Landesbetrieb ist, was dieser Betrieb trotz eines einheitlichen Forstamts alles erbringt.

(Zuruf des Abg. Schneider CDU)

Von daher gesehen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir verstehen das alles deswegen nicht, weil wir nach wie vor – –

(Zurufe von der CDU)

– Ja, wir verstehen es nicht. Und wenn Sie sich einmal damit beschäftigen würden, würden Sie das auch nicht verstehen. Aber Sie sind ja nur mit der Tapetenaufzieherei in diesem Haus beschäftigt und nicht mit den Grundlagen der Verwaltungsreform.

(Abg. Wieser CDU: Sie haben noch keinen einzigen SPD-Vorschlag vorgetragen! – Gegenruf des Abg. Capezzuto SPD: Was?)

– Doch, wir haben einen Vorschlag gemacht, lieber Kollege. Den haben Sie offensichtlich gar nicht mitbekommen. Denn sonst würden Sie sich einmal mit uns auseinander setzen. Aber das machen Sie nicht.

(Abg. Capezzuto SPD: Franz, das habt ihr verschlafen!)

Von daher gesehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, glaube ich einfach nicht, dass diese Neuorganisation der Ämter 20 % bringt oder diesem Land gut tut.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das glaubt kein Mensch!)

(Drexler)

Wir hätten das im Grunde genommen anders machen müssen. Wir hätten nicht die Effizienzrendite an den Anfang stellen dürfen, sondern wir hätten sagen müssen: Was ist die bestmögliche Verwaltung für Baden-Württemberg? Und das hätten wir einmal vom Bürger aus denken müssen: Was für eine Verwaltung braucht der Bürger?

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Dann wären wir darauf gekommen, dass man viel auf die Gemeinden – –

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das tun wir doch!)

– Ach, Sie tun überhaupt nichts. Sie tapezieren. Ich habe bis jetzt noch nichts gehört, was Sie hinuntergeben wollen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Machen Sie doch Vorschläge!)

Wir warten einmal ab. Wir werden auch Fragen dazu stellen. Dann werden wir sehen. Wir haben viele Vorschläge. Wir warten einmal ab, bis das im Parlament debattiert wird und im Ausschuss auf die Tagesordnung kommt, Herr Kollege.

(Zurufe von der CDU)

Bisher machen Sie das ja immer allein. Sie haben uns ja gar nicht beteiligt. Wir wollten das am Anfang der Legislaturperiode ja einmal in einer Enquetekommission machen. Das beruhte auf einem Antrag der Grünen. Dazu haben wir gesagt, das wäre eine vernünftige Idee. Das alles haben Sie weggewischt. Wir wären von der Aufgabeneinteilung und auch von der Veränderung des Bewusstseins der Leute her gekommen: Was brauchen sie von einem Staat? Haben sie regionale Bezüge?

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Jetzt komme ich noch einmal auf die Region. Alle haben sich versteckt. Dann kam am 18. Juni der Herr Wirtschaftsminister an, obwohl schon alles schön klar ist und wir schon über die Regionen debattiert haben – Sie haben das alles abgelehnt, und der Herr Ministerpräsident hat gesagt: „Die Regionen kommen überhaupt nicht in die Debatte“ –: Döring will Kompetenzen der Regionen stärken. Das finde ich stark. Das hätte man alles gleich am Anfang einbeziehen können. Jetzt wird aber nur über die Stärkung der Region Stuttgart gesprochen. Die Region Karlsruhe, die etwas Ähnliches will, hat überhaupt keine Chance. Die Region Bodenseekreis hat überhaupt keine Chance, weil Sie das nicht zulassen. Hätten Sie die Aufgaben von der anderen Seite beschrieben, wären wir möglicherweise zu einer Struktur gekommen, die im ländlichen Raum anders aussieht als im Verdichtungsraum. Auch das wäre eine Möglichkeit.

Deswegen machen wir Ihnen noch einmal das Angebot, gemeinschaftlich die Bedürfnisse von der anderen Seite aus zu formulieren, also nicht unter dem Aspekt der Effizienzrendite 20 % und der Dreigliedrigkeit, sondern indem wir fragen: Was für eine moderne Verwaltung braucht der Bürger Baden-Württembergs, und wie können wir diese moderne Verwaltung zukunftsorientiert in diesem Jahrhundert aufbauen? Das wäre das Angebot ohne Wenn und Aber,

und dazu wären wir auch bereit. Aber zu dem, wie Sie es jetzt machen, sage ich klar und deutlich: Nein, nein und nochmals nein.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Lachen bei der CDU – Abg. Fleischer und Abg. Seimetz CDU: Nein, nein und nochmals nein!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss kann genau das eintreten, was der Herr Ministerpräsident erst neulich gemacht hat und was ich mit Interesse zur Kenntnis genommen habe. Herr Ministerpräsident, jetzt machen Sie die Verwaltungsreform ohne den Sachverstand Ihrer Leute, ohne den Sachverstand der Ministerien, ohne den Sachverstand von außen.

(Abg. Hillebrand CDU: Ohne die SPD!)

– Ja, ja. – Aber ich habe zur Kenntnis genommen, dass Sie sich selbst Briefe schreiben.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich denke, es ist schon eine tolle Leistung des Ministerpräsidenten, dass er einen Brief an sich selbst schreibt, in dem er fordert, die Ausführungsbestimmungen der Bundesregierung – EU-Rahmenrecht – zum neuen Arbeitsschutzgesetz im Staatsministerium nicht anzuwenden. Das muss man sich einmal vorstellen! Das ist eine starke Nummer!

(Heiterkeit bei der SPD)

Im Jahre 1996 hat Herr Kohl mit seiner Bundesregierung die EU-Richtlinie beschlossen. Er hat sie wahrscheinlich durchgewinkt. Die Landesregierung hat es im April 1999 genauso gemacht. Dann ging das langsam in die Bürokratiemühle, und plötzlich hat der Herr Ministerpräsident festgestellt, dass das, was er beschlossen hat, beim Arbeitsschutz offensichtlich großer Mist ist. Er konnte es nicht mehr verhindern, aber er hat sich hingesetzt und hat in Spaichingen an den Bürokratieabbauausschuss einen Brief geschrieben und darum gebeten, das nicht so zu machen.

Also, Herr Ministerpräsident, wenn Sie Ihre Verwaltungsreform so durchziehen, werden Sie sich in ein paar Jahren wieder selbst einen Brief schreiben, um das rückgängig zu machen.

Vielen Dank.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Oettinger.

**Abg. Oettinger** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Alle vier Fraktionen des Landtags und die Regierung befassen sich derzeit parallel und gemeinsam mit der konkreten Ausgestaltung dieser Verwaltungsreform. Deswegen zolle ich eingangs, Kollege Drexler, Ihrer Fraktion meinen Respekt. Ihre Anhörungen jeden Montag sind von Interesse und Fleiß geprägt. Deswegen hatte ich eigentlich recht hohe Erwartungen an Ihre Rede. Sie haben diese Erwartungen bei weitem nicht erfüllt.

(Oettinger)

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Möglicherweise haben Sie diese Debatte am letzten Dienstagmorgen beantragt, bevor Sie wussten, was bei den Fraktionen am Nachmittag Beratungsgegenstand und Ergebnis ist. Möglicherweise sind Sie sehr enttäuscht, dass die Polizeidirektionen nicht mehr auf dem Weg in die Landratsämter sind.

(Zuruf von der CDU: So ist es! – Abg. Drexler SPD: Nein! Überhaupt nicht!)

Möglicherweise wollten Sie ein Volksbegehren starten und haben gehofft, dass die Polizeibeamten hinter Ihnen stehen. Möglicherweise haben Sie unsere innere Arbeitsentwicklung, unsere differenzierte Betrachtung unterschätzt.

(Abg. Drexler SPD: In einem Fall! – Abg. Birgit Kipfer SPD: Haben Sie eine Anregung gemacht? Keine einzige!)

Wir sind heute weiter als im März. Das gebe ich ganz offen zu. Wenn im Juli nächsten Jahres diese Verwaltungsreform in der zweiten Lesung zur Verabschiedung ansteht, wird es weitere Feinsteuerungen gegeben haben, werden wir weitere Erkenntnisse eingearbeitet haben, werden wir weiter Recht, Betriebswirtschaft und Optimierung vorangetrieben haben. Deswegen können wir gut damit leben, dass wir nicht bei den Erkenntnissen vom März stehen geblieben sind, sondern im April, im Juni und im Juli eine richtige Reform weiter verbessert haben.

Meine Aufforderung ist: Machen Sie mit und lehnen Sie die nicht kabarettreife ab!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Verwaltungslehre kennt zwei Grundzüge von Struktur- und Landesämtern, und der andere heißt, dass die Bündelung zweigliedrig oder dreigliedrig die einräumige, einhäusige klare Verantwortung einer Verwaltung bringt. Bisher hatten wir in Baden-Württemberg ein Mischsystem. Der grundlegende Reformansatz sieht vor, dass die Bündelung der Verwaltung auf allen Ebenen – auf der mittleren Ebene und auf der unteren Ebene – unser tragendes Grundprinzip werden soll. Dazu bekennen wir uns ausdrücklich. Dies setzen wir um, weil wir glauben, dass dies bürgernah und effektiv ist, dass dies beschleunigend wirkt und eine klare Verantwortung für Wirtschaft und Bürger in Baden-Württemberg – wer berät, wer entscheidet, wer bündelt – auf mittlerer und unterer Ebene schaffen kann.

Deswegen haben wir mit 16 Eckpunkten zu allen Sonderbehörden, um die es geht, klare Vorschläge vorgelegt,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da ist das letzte Wort noch nicht gesprochen!)

die jetzt einen Auftrag für die Administration zur Erarbeitung von Gesetzestexten bilden werden – Vorlage im späten Herbst. Dann geht das Ganze im Winter/Frühjahr in die Anhörung. Das Parlament berät darüber abschließend im Mai/Juni/Juli 2004. Rechtskraft: 1. Januar 2005.

Damit Sie sehen, dass unsere Fraktion und die Kolleginnen und Kollegen von der FDP/DVP nicht nur Malerarbeiten ausführen, sondern dass wir gemeinsam Bauherren sind,

(Abg. Alfred Haas CDU: Genau!)

die Regierung und die Regierungsfractionen in Gesamtverantwortung für das gesamte Gebäude, für die gesamte Reform stehen, sei mir erlaubt, anhand von acht Stichworten aufzuzeigen, wo die Handschrift der CDU-Fraktion – ergänzt um die der Kolleginnen und Kollegen von der FDP/DVP – seit März und April bis zum 8. Juli konkrete Weiterentwicklung betrieben und erreicht hat.

Erstens: die Straßenbauverwaltung. Wir glauben, dass es Sinn macht, wenn man Kreisstraßen, wenn man Gemeindestraßen in die volle Verantwortung der Landratsämter und der Landkreise gibt. Wir glauben, dass es Sinn macht, Betrieb und Unterhalt dieser Straßen in den Meistereien und Landratsämtern anzusiedeln. Aber wir haben uns dafür entschieden, dass neben den Autobahnen und Bundesstraßen auch die oft kreisüberschreitenden Landesstraßen im Regierungspräsidium ordentlich aufgehoben sind. Diese Aufgabenteilung in einer klaren Struktur, einräumig, einhäusig mit gestärktem Regierungspräsidium und einem klar zuständigen Landratsamt haben wir heute vorzulegen. Hier erwarte ich Ihre sachbezogene Kritik. Die blieb leider in Ihrem Redebeitrag völlig aus.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Die kriegen Sie alle noch!)

Zweitens: Wir haben Rechtsfragen geprüft und prüfen sie erneut vertieft. Stichwort: Versorgungsverwaltung. Wir glauben, dass die Aufgaben der Versorgungsverwaltung in den Landratsämtern hervorragend aufgehoben sind. Diese Aufgaben werden auslaufen. Die Zahl der Anträge von Mitbürgern, die vom Versorgungsamt zu bearbeiten sind und dort klassisch angesiedelt waren, geht „entlang“ der Kriegsgeneration und mit der Entfernung zum Krieg mit jedem Jahr zurück. Die Synergieeffekte mit dem Sozialamt auf dem Landratsamt nehmen zu. Wenn die Rechtsprüfung trägt, dass das Landratsamt geeignete Behörde im Sinne des Bundesrechts ist, halten wir die Eingliederung für sachgerecht. Deswegen haben wir Ihnen dies auch so vorgelegt.

Drittens: die Landwirtschaftsämter. Wir haben bisher in Baden-Württemberg 35 Landwirtschaftsämter, und wir haben in Zukunft 35-mal die Zuständigkeit: Berate den Bauern, entscheide über Anträge, setze Förderprogramme um! Nur geschieht dies nicht mehr im Landwirtschaftsamt, sondern im Landratsamt. Wir haben nicht durch 44 geteilt. Die Landratsämter bleiben der Stückzahl nach gleich. Die Kompetenz geht ins Landratsamt hinein. Landwirtschaft wird damit auch weiterhin hervorragend beraten, und der Synergieeffekt und die Kostenrendite kommen hinzu.

(Abg. Zeller SPD: Das glaubt bloß niemand!)

Zum Vierten: Wir setzen bei der Vermessung nicht primär auf die Eingliederung. Unser Ziel heißt, dass neben der Eingliederung der private Markt gestärkt wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

(Oettinger)

Wir wollen, dass 80 % der Aufgabe „Vermessung in Baden-Württemberg“ durch freiberufliche Ingenieure und nicht durch Staatsbeamte oder Kommunalbeamte wahrgenommen werden. Deswegen kommt als ein Akzent der Fraktionen nochmals ausdrücklich die Aufforderung an die Regierung „80 % als erstes Ziel und daneben Übergangsregelungen“ in unserem Eckwertebeschluss hinzu.

Fünftens: die Flurneuordnung. Auch da haben wir nicht nur tapeziert. Wir haben in den letzten Wochen vertieft beraten. Eine Eingliederung in den Stadtkreis geht nicht, weil der Stadtkreis als Gemeinde Grundstücks- und Stadtplanungsinteressen hat. Also haben wir eine Entwicklung vorzuschlagen, die die Integration in die Landratsämter vorsieht, wenn das Bundesrecht es erlaubt. Ein Gutachten wird dies zu prüfen haben. In Auftrag geht es in den nächsten Tagen. Parallel halten wir eine große Zahl von Teams in den Regierungspräsidien vor, damit große Zweckflurmaßnahmen, die Neuordnung einer Schienentrasse, einer Straßentrasse, einer Messe zeitnah und leistungsfähig im Regierungspräsidium Aufgabenwahrnehmung erfahren können.

Zu all diesen Differenzierungen, die nicht im Gegensatz, sondern im Grundsatz enthalten sind, die eine Weiterentwicklung bedeuten, bleibt Ihre Stellungnahme völlig aus. Ich erwarte mir hierzu von dem Kollegen Kretschmann sehr viel mehr.

(Lachen des Abg. Drexler SPD – Abg. Hofer FDP/DVP: Großer Erwartungsdruck! – Abg. Wieser CDU zu Abg. Kretschmann GRÜNE: Wenn du zweimal gelobt wirst, wirst du abgewählt!)

Zu den Forstdirektionen und Forstämtern: Die Forstdirektionen nehmen ihre Aufgabe wie bisher wahr. Die Forstdirektionen haben zwei Gebietszuständigkeiten in Baden-Württemberg. Ich glaube sehr wohl, dass die Forstdirektion im Flächenmanagement Wald im Regierungspräsidium in Abgrenzung und Ergänzung zur Natur, Landwirtschaft und Landschaft, Landschaftsplanung generell, hervorragend aufgehoben ist, die Aufgaben gut wahrgenommen werden können und trotzdem Synergieeffekte möglich sind.

Und warum soll denn das Forstamt nicht unten im Landratsamt angesiedelt sein? Wir verringern die Zahl der Ämter. Es kommt auf eines entscheidend an: Für die Vermögensverwaltung, für den Wirtschaftsbetrieb brauchen wir eine Steuerung. In unserem Beschluss steht ausdrücklich drin, dass die Forstdirektionen für die Koordination, die Steuerung und die überregionale Vermarktung, für den Holzverkauf verantwortlich sind.

(Abg. Drexler SPD: Und das Personal stellt das Landratsamt zur Verfügung!)

Auch dazu bleibt Ihre sachliche Stellungnahme aus. Ihre Äußerung von Lothar, Wiebke und Erwin war Blödsinn. Das können Sie beim Esslinger Fasching bringen, aber nicht im Landtag von Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Drexler SPD und Rech CDU)

Ein letzter Punkt kommt hinzu. Jetzt prüfen wir noch die Frage, ob es umsatzsteuerliche Konsequenzen gibt. Die räu-

men wir, je nachdem, aus. Dann kommt die ganz konkrete Gesetzgebung hinzu.

Bei den Schulverwaltungen haben wir auch gesagt, dass wir deren Eingliederung in die Landratsämter für sinnvoll halten. Eine Eingliederung in die Stadtkreise geht nicht. Deswegen kommt dort, wo es gewünscht ist, die Angliederung. Das ist eine sachgerechte, differenzierte Lösung. Ich glaube, dass einige Stadtkreise mit Staatlichem Schulamt angegliedert gut aufgehoben sind – Stuttgart und Mannheim gehören dazu – und kleinere Stadtkreise gut beraten sind, wenn sie vom Landratsamt die Unterrichtsversorgung und die Lehrerbetreuung sichergestellt bekommen, weil so eine schlagkräftige und richtige Einheit daraus werden kann.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Kollege Oettinger, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Zeller?

**Abg. Oettinger** CDU: Ja, gerne.

**Stellv. Präsident Birzele:** Bitte schön, Herr Zeller.

**Abg. Zeller** SPD: Herr Kollege Oettinger, können Sie mir bestätigen,

(Zuruf von der CDU: Frage!)

dass die bisherige Planung der Kultusbürokratie anders aussah? Die Kultusbürokratie wollte größere Einheiten schaffen, um eine größere Effizienz im Bereich der Schulverwaltung zu erreichen,

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

und Sie schlagen nun genau den umgekehrten Weg vor. Worin liegt die sachliche Begründung für die abweichende Vorgehensweise gegenüber der ursprünglichen Planung?

(Beifall eines Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Drexler SPD – Abg. Blenke CDU: Doppelter Applaus! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

**Abg. Oettinger** CDU: Herr Kollege Zeller, bevor Gerhard Schröder im Deutschen Bundestag die Agenda zu Ihrer aller Überraschung verlesen hat, waren Sie auf einem ganz anderen Sozialtrip. Wir haben hier eine überholende Reform.

(Zurufe von der SPD, u. a.: Eine wiederholende? – Eine überholte! – Wann überholen Sie? – Rechts oder links?)

Völlig klar ist doch, dass die Fachressorts davor noch nicht auf diesem Kurs gewesen sind, sonst wäre es ja keine Reform, die die gesamte Verwaltung erfasst. Ich habe damit gar kein Problem. Landwirtschaft, Schule, Vermessung und, und, und. Da waren andere Arbeiten in der Gegenwart dran. Diese Reform hat im Grunde genommen eine neue Dimension. Warum denn nicht? Stimmt!

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Wir glauben, dass diese Reform schulpädagogisch und organisatorisch hervorragend begründet werden kann. Dies gilt auch für den Bodenseekreis.

(Beifall bei der CDU)

(Oettinger)

Bleibt der letzte Punkt: Polizei. Wir gliedern die Landespolizeidirektionen in die Regierungspräsidien ein. Wir halten dies für sehr, sehr sachgerecht. Hier haben wir kommunalnahe Aufgaben, die man im Landratsamt erfüllen kann. Es geht nicht um den WKD in toto. Es geht primär um das Thema „Lebensmittel in Baden-Württemberg“.

(Zurufe der Abg. Drexler und Birgit Kipfer SPD)

– Ich lese es Ihnen wörtlich vor:

*Folgende kommunalnahe Aufgaben gehen von den PDen auf die Landratsämter und Stadtkreise über:  
– Lebensmittelüberwachung . . .*

– und nicht WKD generell.

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD – Abg. Drexler SPD: Das habe ich auch überhaupt nicht behauptet!  
– Gegenruf des Abg. Blenke CDU)

– Sie haben dreimal den WKD erwähnt. Lesen Sie es nachher bitte im Protokoll nach.

Beim Thema Lebensmittel, Nahrungsmittel generell, hat das Landratsamt schon jetzt eine hervorragende Kompetenz und Verantwortung.

(Abg. Drexler SPD: Macht alles!)

Da entstehen große Synergieeffekte. Ich glaube, dass gerade in den Bereichen Gesundheit, Lebensmittel, Nahrungsmittelkette, Überwachung der Landwirtschaft, Überwachung der Gastronomie eine hervorragende, optimale Aufgabenwahrnehmung im Landratsamt zugunsten guter Lebensmittel für unsere Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg möglich wird.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/  
DVP)

Es bleibt das Thema der klassischen Polizeidirektion und der Präsidien, wenn man nach Mannheim, Karlsruhe und Freiburg schaut. Hier haben wir dem Druck nicht nachgegeben; bitte nehmen Sie uns das ab. Wir sind schon ganz anderen „Druckwellen“ ausgesetzt gewesen und trotzdem in der Umsetzung von unserem Kurs überzeugt geblieben.

Nein, in der Güterabwägung haben wir gesagt: Es entstehen Synergieeffekte zwischen dem Landratsamt und der Polizeidirektion. Dem steht gegenüber, dass der klare Fachstrang, die schnelle Verantwortung – kreisüberschreitend – und die Wahrnehmung landesweiter Bekämpfung von Kriminalität möglicherweise in der herkömmlichen Struktur – mit eigenständigen Behörden – parallel, in Nachbarschaft zum Landratsamt mehr Effekt und somit mehr Argumente für sich haben.

(Abg. Blenke CDU: So ist es! – Abg. Birgit Kipfer SPD: Das gilt doch auch für Lebensmittel!)

Ich sage für mich und meine Fraktion: Wir sind lernbereit, wenn uns im nächsten Jahr jemand noch weitere Argumente bringt. Ich sage nicht, dass die 16 Eckpunkte schon jetzt dem Text des Gesetzentwurfs entsprechen. Aber wir gehen mutig an die Reform unserer Verwaltung heran.

(Lachen der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Lieber Herr Kollege Drexler: In schwierigen Haushaltszeiten ist eine Einsparung von 20 % ein herausragendes Argument.

(Abg. Drexler SPD: Dann schreiben Sie es im Gesetz fest!)

Wir wollen, dass die Aufgaben genauso gut wie bisher erfüllt werden. Wir erreichen, dass über sieben Jahre hinweg eine Kosteneinsparung, eine Entlastung des Landeshaushalts um 20 % der diesbezüglichen Personal-, Sach- und Gebäudeunterhaltskosten möglich wird. Einen besseren Vorschlag zur Haushaltskonsolidierung haben Sie uns im Verwaltungsbereich bisher jedenfalls nicht vorgelegt.

Abschließend vier weitere Stichworte, die es zu bearbeiten gilt.

Im Herbst beschäftigen wir uns mit dem Thema § 16. Wir werden eine Reihe von Aufgaben finden, die bisher im Landratsamt angesiedelt sind und dann den Großen Kreisstädten und Verwaltungsgemeinschaften übertragen werden. Geben Sie uns dafür bis zum Oktober oder November Zeit.

Das zweite Stichwort lautet Finanzverwaltung. Wir werden bis zum Herbst Lösungen bezüglich der Frage, wie es mit den Oberfinanzdirektionen in Karlsruhe und Stuttgart weitergeht, vorschlagen. Mit wie vielen Finanzämtern, mit welcher Aufgabenteilung, an welchen Standorten sind wir im Bereich der Steuerverwaltung auf unterer Ebene optimal aufgestellt?

Ich sage hierzu ergänzend: Meine Fraktion legt dabei großen Wert darauf, dass die Finanzverwaltung, die Sachbearbeitung stärker im ländlichen Raum und etwas weniger als bisher in Stuttgart, Heidelberg, Mannheim und Karlsruhe wahrgenommen wird.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/  
DVP – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Zur Justizreform ein klares Wort: Wir gehen parallel und zeitgleich ins Parlament. Wenn es um Notariate, Gerichte, Gerichtsvollzieher und die gesamte Justizverwaltung in Baden-Württemberg geht, wird die erste Lesung in der gleichen Arbeitswoche im nächsten Jahr stattfinden. Nur steht im Moment die Verwaltungsreform im Vordergrund, und die Umsetzung beginnt. Im September kommt die Justizreform, und im Frühjahr nächsten Jahres gehen wir zeitgleich mit der ersten Lesung ins Parlament.

Ich glaube, dass die Ministerin eine gute Konzeption vorgeschlagen hat, die für uns Richtschnur und Maßstab ist, die aber nicht 1 : 1 umgesetzt werden muss, sondern nach differenzierter Betrachtung durch die beiden Fraktionen im September oder Oktober aufgerufen und gemeinsam beraten werden wird.

Zur regionalen Entwicklung: Warten Sie es doch bitte ab! Ich rate Ihnen zu etwas mehr Geduld. Auch hier werden wir im Oktober, Herr Kollege Hofer, gemeinsam mit der Regierung zu prüfen haben, bei welchen Aufgaben die Trägerschaft besser bei den Landkreisen bzw. dem Stadtkreis Stuttgart, wie bisher, oder möglicherweise beim Verband

(Oettinger)

Region Stuttgart angesiedelt werden könnte, wenn die Aufgaben besser und kostengünstiger als bisher wahrgenommen werden können. Eines nach dem anderen.

(Zurufe von der SPD und der Abg. Theresia Bauer  
GRÜNE)

Wir sind im Zeitplan. Sie sind aus dem Takt. Wir sagen Ihnen ausdrücklich: Diese Verwaltungsreform, getragen von der CDU und der FDP/DVP, wird ein starkes Stück unserer Bilanzen dieser Legislaturperiode sein.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Drexler SPD: Ein starkes Stück! – Zuruf von der SPD: Und was für ein starkes Stück!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Hofer.

**Abg. Hofer** FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich in meiner beruflichen Tätigkeit mit unterschiedlichen Beziehungspunkten der öffentlichen Verwaltung und der Verwaltungsreform beschäftigt. Ich erwähne das, um zu sagen, von welchen Seiten aus man das zu betrachten hat. Ich habe vor vielen Jahren beim Innenministerium unter dem damaligen Innenminister Karl Schiess in der Kommission für eine effektive und bürger-nahe Verwaltung mitgewirkt und war danach im Landratsamt in verschiedenen Ämtern tätig, als die Kreisreform durchgeführt worden ist. Übrigens kann ich inzwischen seit 20 Jahren als Kreisrat beobachten, welche Auswirkungen die Kreisreform bis heute noch hat. 25 Jahre lang hatte ich die Möglichkeit, in einer typischen Gemeindereformkommune den Zusammenschluss von fünf Dörfern zu einer Großen Kreisstadt zu begleiten. Da hat man die Auswirkungen der Gemeindereform gesehen. Im Gemeindetag und im Vorstand des Städtetags war das Thema Verwaltungsreform immer ein Thema. Ich war von Anfang an dabei, als der Nachbarschaftsverband Stuttgart gegründet wurde, und bin von Anfang bis jetzt Mitglied im Regionalverband Region Stuttgart.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Warum sage ich das? Wenn ich die jetzt beabsichtigte Verwaltungsreform von allen Seiten betrachte, komme ich von allen Seiten meiner beruflichen Tätigkeit zu dem Ergebnis, dass diese Reform Sinn macht, ja, dass sie meines Erachtens ein großer Wurf sein wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Ein großer Wurf deshalb, weil hier sehr wohl vom Bürger ausgegangen wird

(Abg. Drexler SPD: Wo denn?)

und nicht etwa nur der Gesichtspunkt der Haushaltskonsolidierung im Vordergrund steht; ich komme noch darauf zu sprechen. Wenn man dem Bürger so wie jetzt im Rathaus künftig auch in einem Landratsamt als Anlaufstelle die Erledigung all dieser Aufgaben aus einer Hand ermöglichen kann und dort eine Vereinheitlichung stattfindet, dann hat der Bürger einen großen Vorteil. Wenn verhindert wird, dass, wenn die Fachmeinung einer entsprechenden Sonder-

behörde von der einer allgemeinen Behörde abweicht, das eine Stufe höher gezont wird, dann hat das Beschleunigung zur Folge – alles im Sinne des Bürgers.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Wenn man einen einheitlichen Kommunikationsstrang hat, der übrigens hervorragend durch einen elektronischen Kommunikationsstrang unterstützt wird, dann hat das für die Bürger große Vorteile. Meine Meinung ist: Selbst wenn es keine Effizienzrendite geben würde – ich bin aber der Meinung, es wird eine Effizienzrendite geben –, wäre diese Reform für sich allein immer noch sinnvoll und gut.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Wieser CDU)

Nun habe ich mehrfach vernommen, auch aus der Mitte der SPD-Fraktion, dass Sie für sich in Anspruch nehmen, durch das Initiieren einer notwendigen Reform den Ministerpräsidenten schließlich dazu gebracht zu haben, auf diesem Gebiet tätig zu werden.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Ja! – Lachen des Abg. Wieser CDU)

Sie wissen, dass wir von der FDP/DVP uns Ähnliches zurechnen aufgrund unserer langjährigen Forderungen, aufgrund des letzten Dreikönigstagsbeschlusses, aufgrund unserer engen Zusammenarbeit mit Professor Hesse. Nur, eines unterscheidet uns schon: Von Ihren Vorstellungen ist in dieser Reform nichts zu finden, während wir froh sind, dass sich unsere Vorstellungen nahezu deckungsgleich dort wiederfinden. Darüber sind wir sehr froh.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn der Ministerpräsident mit Konsequenz und mit Geschick diese Reform mit seinem Namen verbunden hat, dann stört uns das nicht, denn erstens möchten wir gerne einen konsequenten und geschickten Ministerpräsidenten, und zweitens interessiert uns hier das Ergebnis, und davon gehen wir aus.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Meine Damen, meine Herren, natürlich musste noch differenziert werden. Einer der Punkte, bei denen noch differenziert worden ist – das ist ja mehrfach angesprochen worden –, ist die Frage, ob man die Polizeidirektionen in die Landratsämter eingliedern kann. Wir haben das nie gewollt.

(Abg. Stickleberger SPD: Aber begrüßt, einstimmig begrüßt!)

– Moment, warte doch mal! – Übrigens hat auch Hesse gesagt, er würde das nicht tun; er würde stattdessen auf die Landratsämter Aufgaben übertragen, die nicht unbedingt beim Polizeivollzugsdienst sein müssen,

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

den wir ja stärken wollen. Der Polizeivollzugsdienst soll nicht noch mit Aufgaben belastet werden,

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

(Hofer)

die auch jemand anders, der nicht zur uniformierten Polizei gehört, erledigen kann. Das ist übrigens ein allgemeiner Trend. Das ist gar nicht nur auf die Polizei bezogen.

Deshalb begrüßen wir es, dass es zu dem erreichten Ergebnis gekommen ist. Denn wir hatten durchaus die Gelegenheit, uns in die Beratungen einzuschalten. Ich habe auch nirgends Beratungsresistenz festgestellt. Jedenfalls habe ich ein Stück weit großes Verständnis dafür, dass man, wenn man ein Verwaltungsreformgebäude aufbaut, nicht bei der ersten tragenden Wand durch eine Ausnahmeregelung einen Stein herauszieht,

(Abg. Drexler SPD: Habt ihr doch bei der Polizei gemacht!)

sondern sich erst dann, wenn das Gebäude fest gefügt ist, überlegt, ob man dann noch etwas herausnimmt und eine Alternative anbietet, wenn die Fraktionen es wollen. Ich halte das für sehr klug und für ein gutes Ergebnis.

Ich möchte nun gern auf das Thema Vermessungsverwaltung eingehen. Das ist für mich kein Kompromiss, sondern genau das Ergebnis, welches meines Erachtens konsequent in die Richtung führt, die übrigens auch Sie in der großen Koalition mit einem gemeinsamen Beschluss, 80 % der Tätigkeit auf private Büros, also auf die öffentlich bestellten Vermessungsingenieure, zu verlagern, für richtig gehalten haben.

(Abg. Drexler SPD: Ist doch richtig!)

Dies hat für uns weiterhin Vorrang.

(Abg. Drexler SPD: Dann brauchen Sie doch aber nicht auf die Landratsämter verlagern!)

Der Landesbetrieb hat eine hervorragende Arbeit geleistet.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Moment! – Er hat bereits Effizienz bewiesen. Es sind eine ganze Menge Einsparungen gemacht worden. Aber für uns war ein Landesbetrieb immer eher eine Vorstufe für die Privatisierung. Für uns ist die Privatisierung das obergelagerte Thema und nicht die Frage, wie ich Behörden effizient etwas tun lasse, was Private besser erledigen können. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Natürlich wird das nicht so schnell gehen. Es gibt übrigens ein Problem, und da müssen wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, die wir in der Koalition ja jetzt ans Gestalten gehen, aufpassen: Die öffentlich bestellten Vermessungsingenieure sind natürlich entzückt über diese Lösung, weil sie so natürlich schneller an diesen 80-%-Anteil kommen. Sie haben jetzt nur die Sorge, dass ihnen die Landratsämter, um Einnahmen zu erzielen,

(Abg. Drexler SPD: Natürlich!)

statt den Privatisierungseffekt weiter voranzutreiben, plötzlich auf Teufel komm raus, sage ich jetzt mal so salopp, Konkurrenz machen.

(Abg. Drexler SPD: Also, warum machen Sie es dann?)

Dies ist aber – das sieht man, wenn man einen Blick auf Vermessungsgesetze anderer Bundesländer wirft – sehr leicht auszuschließen, und im Übrigen glaube ich auch nicht, dass das der Wille der Kommunen sein wird. Zum Beispiel hat man in der Stadt Stuttgart im Zuge des notwendigen Abbaus zur Haushaltskonsolidierung die Vermessungsverwaltung um mehr als die Hälfte zurückgeschraubt, indem man alles, was man an private Vermessungsbüros vergeben konnte, dorthin vergeben hat.

(Zuruf des Abg. Gall SPD)

Das muss unser Weg sein. Solange das aber, bei aller Hochachtung, nicht der Fall ist – bis zu zwei Dritteln –, wollen wir unseren bewährten Landesbetrieb in dem Bereich, in dem Landesaufgaben erfüllt werden, behalten.

(Abg. Stickelberger SPD: Wozu brauche ich dann Landratsämter?)

Bei der Forstverwaltung haben wir immer gesagt: Der eigentliche Synergieeffekt, die eigentliche Effizienzrendite liegt in der Übertragung von hoheitlichen Aufgaben. Das ist ja klar. Wenn nicht jedes Forstamt selbst noch einmal eine Stellungnahme zu einem Bebauungsplan abgeben muss, dann ist außerordentlich viel Verwaltungsvereinfachung erreichbar.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Einen Landesbetrieb hätten wir uns vorstellen können, aber es kommt doch nicht auf die Frage an, in welcher Rechtsform die betriebliche Form ausgestaltet wird, sondern es kommt darauf an,

(Abg. Drexler SPD: Ob es sinnvoll ist!)

dass wir inhaltlich eine betriebliche Form bekommen. Nun kennen wir alle die Neuen Steuerungsinstrumente.

(Abg. Stickelberger SPD: Eben!)

Wir wissen, dass Behörden – –

(Unruhe)

Sie kennen es hier beim Land viel weniger, als man es bereits in den Landratsämtern und den Kommunen kennt. Da haben Sie Recht.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Wir haben doch etwas ganz Neues gekauft! – Zuruf des Abg. Stickelberger SPD)

Dort kennt man das, und dort weiß man, dass Behörden sehr wohl betriebliche Formen anwenden können. Wenn man mit zwei Vor-Ort-Stellen, nämlich in Tübingen und Freiburg mit den eingegliederten Forstdirektionen, das macht, was man landeseinheitlich und wohl auch nach Wettbewerbsrecht und EU-Recht und den Erfordernissen des Holzmarkts entsprechend gemeinsam zu tun hat, dann wird das eine ganz hervorragende Lösung. Das geht. Da erwarte ich von Ihnen nur einmal ein bisschen Phantasie und nicht nur immer: Das kennen wir nicht; das machen wir nicht. Das ist nicht der richtige Weg.

(Hofer)

Ich will an diesem Punkt auch etwas zur Schulverwaltung sagen. Natürlich werden die Schulämter, wenn sie eingliedert sind, nicht mehr die gleichen Schulämter sein, wie wir sie bisher hatten. Darüber bin ich froh.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Das wird in erster Linie in eine Beratung gehen. Auch ich habe gelesen, welche Vorgabe die Kultusministerin hatte. Das lässt sich aber sehr wohl einbauen. Man muss mit den Lehrerseminaren, mit den Akademien für Lehrerfortbildung und mit dem Landesinstitut für Erziehung und Unterricht ein Netz der Beratung machen, und dann gibt es da unten Beratende. Wir brauchen keine Schulaufsicht durch das Landratsamt, die in die Schulen geht, weil wir die Schulen durch Qualitätssicherung in die Lage versetzen wollen, eigenständig und erstverantwortlich zu handeln.

Ich nenne Ihnen einmal ein Beispiel aus der Sonderschulverwaltung. Die Feststellung der Sonderschulpflicht geschieht durch das Schulamt, und ich habe gehört, dass allein das die Hälfte der Kräfte bindet. Das Ergebnis ist für die Eltern übrigens nicht verbindlich, und sie richten sich auch gar nicht unbedingt danach. Die Feststellung kann eine Schule heute selber machen; da wird außerordentlich viel eingespart. Diesen Vorschlag erlaube ich mir, auch wenn das nicht mein Fachthema ist.

Im zweiten Teil möchte ich auf einiges hinweisen, was meines Erachtens zu kurz gekommen ist oder möglicherweise auch bewusst missverstanden wird. Ich komme einmal zum Eckpunktepapier. In ihm steht mehrfach: Kooperationen werden ausdrücklich ermöglicht. Wenn Sie in das Papier des Landkreistages schauen, sehen Sie, dass an vielen Stellen steht: Wir werden das gar nicht auf einen Landkreis bezogen machen, sondern wir werden kooperieren. Insbesondere wurde das beim Straßenbau, bei den Versorgungsämtern und bei der Gewerbeaufsicht angesprochen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Nun sind Landkreise durchaus in der Lage zu kooperieren. Das Einzige, was wir dazu sagen, ist aber: Wenn die Landkreise oder, salopp gesagt, die Landräte schon die so genannten Gewinner der Reform sind – ich habe die Reform nicht den blauen Augen der Landräte zuliebe befürwortet; aber dieses Ergebnis ergibt sich so –, werden wir sie auch in die Verantwortung zu nehmen haben, entsprechende Kooperationsmodelle vorzulegen, und das wird ein ganz schönes Stück Arbeit für die Landräte sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Das ist die Dreieinhalb-Ebene!)

Wenn diese Art Business-Modelle einmal vorgestellt werden, wird sich übrigens eine ganze Menge Versachlichung ergeben. Wir werden da viel mehr Fragen prüfen müssen, als Sie gestellt haben; das liegt aber in der Natur der Sache. Fragestellungen sind auch keine unlösbaren Probleme, sondern wir haben daran zu arbeiten, die Fragen zu lösen, die lösbar sind.

(Abg. Göschel SPD: Die machen alles kompliziert, damit sie nachher etwas zu tun haben!)

Ich möchte an dieser Stelle nur auf eines hinweisen. Man muss sich überlegen, ob es überhaupt noch einer gesetzlichen Grundlage für die Landkreise bedarf, um zu besseren Kooperationen zu kommen. Einen Zweckverband können sie bilden. Sie können auch eine öffentliche Vereinbarung machen. Aber im kommunalen Bereich, in kleinen Bereichen, ist zum Beispiel eine Verwaltungsgemeinschaft ein wunderbarer Weg, um gemeinsam zu arbeiten. Man muss sich überlegen, ob die Landkreise nicht das Gleiche können.

Unter Umständen muss man eine Kooperation auch einmal zur Pflicht machen, vielleicht bei der Versorgungsverwaltung oder dann, wenn wir später einmal zu den Landeswohlfahrtsverbänden kommen. Das muss geprüft werden.

In der Theorie sagt jeder: Hurra, hurra, hurra! Zuerst wird einmal geprüft und eine kritische Aufgabenprüfung vorgenommen.

(Abg. Stickelberger SPD: Das hat doch der Ministerpräsident angekündigt!)

Wenn sie fertig sei, so wird häufig gesagt, komme gewissermaßen wie ganz von selber automatisch die entsprechende Verwaltungsstruktur heraus.

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Die Praxis sieht doch ganz anders aus.

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Sie machen jahrelang Aufgabenkritik, und am Ende haben Sie mehr Aufgaben als vorher – das ist der Erfolg der Kritik – und haben überhaupt keine Verwaltungsreform.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Jeder, der es leid ist, jahrelang nur über eine Verwaltungsreform zu diskutieren, und auch einmal ein Ergebnis sehen möchte, muss eine Vorgabe mit einem Gerippe machen. Das ist aber konsequent und gut gemacht worden.

Jetzt möchte ich noch ein Wort zur Region sagen. Ich bin nach wie vor der Meinung: Regionalentwicklung ist im ganzen Land außerordentlich wichtig.

(Beifall des Abg. Stickelberger SPD)

Aber ich habe immer gesagt: Die Regionen dürfen sich nicht zu einer Verwaltung ausbilden. Sie sind keine Verwaltungsbehörden, um das einmal klar zu sagen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Deshalb: Auch der Verband Region Stuttgart sollte sich nicht zu einer Verwaltungsbehörde hochstilisieren. Das wäre für die ganzen innovativen Kräfte, die dort vorhanden sind, viel zu schade.

(Zurufe von der SPD und den Grünen)

– Entschuldigen Sie, Herr Palmer: Sie sind ja noch nicht bei irgendeinem Amt. Das kommt wahrscheinlich noch, weil Sie sich beleidigt fühlen. Ich weiß es nicht. – Das tut er auch nicht.

(Hofer)

Natürlich bin ich dankbar dafür, dass man in dem Eckpunkt Papier nicht nur auf den Koalitionsbeschluss hingewiesen hat, wonach zu fragen ist, ob die Zuständigkeiten der Regionen und insbesondere des Verbands Region Stuttgart richtig gelöst sind. Vielmehr wird das – wenn auch mit dürren Worten – zu einem Teil der Verwaltungsreform gemacht, und rechtzeitig vor der nächsten Regionalwahl im Juni des kommenden Jahres ist allen klar, ob noch Zuständigkeiten bestehen. Ich mache mir keine großen Hoffnungen, dass sich da allzu viel tun kann.

(Abg. Drexler SPD: Das befürchte ich auch! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das ist aber schade!)

– Daran sind aber ganz andere Punkte schuld. Das ist zum Beispiel das Problem mit den SSB in Stuttgart. Aber das sind ganz anders gelagerte Probleme.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Die haben mit dem Landtag nichts zu tun.

Ich bin froh, dass das drin ist. Denn auch wenn Regionen keine Verwaltungsbehörden sind: Schnittstellen gibt es allemal. Diese Schnittstellen müssen hier an dieser Stelle mit geprüft werden.

Noch eines, was komischerweise niemand erwähnt hat – ich möchte es aber an dieser Stelle noch einmal sagen –: Das ist das Thema Effizienzrendite. Ob 20,0 % oder 19,5 % erreicht werden,

(Abg. Drexler SPD: Oder 8!)

interessiert mich nicht. Es geht vielmehr um eine Größenordnung.

(Abg. Drexler SPD: Egal, ob sie eingehalten wird!  
– Zuruf des Abg. Stichelberger SPD)

– Wenn Sie das buchhalterisch angehen wollen, dann tun Sie es.

(Abg. Drexler SPD: Ihr Wirtschaftsminister macht das!)

Ich tue das nicht. Es geht um eine Größenordnung. Übrigens wird sich diese Größenordnung gar nicht gleich haushaltskonsolidierend auswirken, weil man die 7 500 Beamten, die auf die Landratsämter und vielleicht auf die Stadtkreise übergehen, gegenrechnen muss. Für ihre Versorgungsansprüche muss ja zunächst einmal eine entsprechende Entschädigung erfolgen. Übrigens: Die Verbände und die Kommunen haben ihre Hausaufgaben gemacht, indem sie längst für die Altersversorgung ihrer Bediensteten vorsorgen. Deshalb muss hier ein Ausgleich erfolgen. Wenn wir aber Versorgungslasten langfristig reduzieren können, ist das für uns im Landtag wohl eine prima Angelegenheit.

Nur, eines wollen wir nicht – das will niemand –: dass wir die Effizienzrendite über den Umweg einer Erhöhung der Kreisumlage erwirtschaften.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Drexler SPD: Wie wollen Sie das verhindern? Wie dann? – Abg. Dr. Caroli SPD: Genau so kommt es! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Wenn Sie von mir ein bisschen Nachhilfe wollen: Stellen Sie mich als Berater ein. Ich berate Sie gern. Wenn Sie fragen: „Wie dann?“, dann erkläre ich Ihnen das einmal. Ich bin nur erstaunt, wie wenig Kenntnis Sie haben, dass man das machen kann.

(Abg. Drexler SPD: Gehen Sie einmal nach Mannheim! Die können Ihnen das erklären! – Zuruf des Abg. Stichelberger SPD)

Es gibt als Erstes ein ganz probates Mittel: Fragen Sie einmal die Betroffenen. Der Gemeindetag und der Städtetag werden Ihnen schon entsprechende Modelle vorlegen.

Aber es gibt auch einen Ansatz. Sie werden gar nicht umhinkommen, in transparenter Weise Kostenstellenrechnungen zu machen.

(Abg. Schneider CDU: Haben wir schon!)

– Ja,

(Abg. Drexler SPD: Noch bessere!)

aber bezogen auf diese Kostenstellenrechnungen. Unter Umständen müssen Sie für die erste Zeit auch einen Sonderhaushalt für diese Behörden aufstellen. Dann bekommen Sie das hin. Ich kann Ihnen vielleicht noch ein paar andere Antworten auf die Frage geben, wie man etwas hinbekommt.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Ich komme zum Schluss meiner 18 Minuten. Ich will Ihnen nur einmal sagen, wie das kommende Prozedere aussieht. Wir haben hier – darauf freue ich mich eigentlich, weil ich zum Arbeiten und nicht nur zum Schwätzen hier im Parlament bin –

(Beifall des Abg. Seimetz CDU – Oh-Rufe von der SPD – Zurufe von der SPD)

einen dezidierten, eng beschriebenen Terminkatalog. Darin steht zum Beispiel, dass wir selbstverständlich – –

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Den hat aber nicht die FDP/DVP ausgearbeitet!)

– Nein, nein. Wir haben alle unsere Gespräche mit den kommunalen Landesverbänden längst hinter uns gebracht. Wir haben dort bereits deutlich gesagt, wann zum Beispiel die Frage der Kommunalisierung von Aufgaben geprüft wird. Dabei nehmen wir immer das beste Beispiel, das jeder kennt, die Führerscheinstelle und die Kfz-Zulassungsstelle.

(Abg. Drexler SPD: Das sind die kleinsten Stellen!)

Da wird nicht nur geprüft, ob deren Aufgaben auf die Kommunen übergehen können. Vielmehr werden die Städte von sich aus prüfen, ob die Aufgabe überhaupt noch öffentlich gemacht werden muss oder ob sie nicht privat gemacht werden soll. Da haben sie eine klare Lösung.

Diese Dinge werden nach einem vorgefertigten Plan zeitgemäß exakt durchgeführt und werden nicht irgendwann einmal gemacht. Da ist natürlich viel zu tun.

(Hofer)

Es gibt eine ganze Reihe von Einzelpunkten. Ich nenne nur einmal drei. Man könnte die Reihe endlos fortsetzen. Wir haben eine Gleichstellungsregelung für die Mitarbeiterinnen bei uns in der Staatsverwaltung. Die dürfen sich nicht schlechter stellen, wenn übertragen wird. Wir haben eine Stellenobergrenzenverordnung, die möglicherweise nicht mehr hält, wenn eingegliedert wird. Das muss an dieser Stelle überprüft werden. Tarifregelungen, die nur für den Staat gelten, müssen überprüft werden. Ich sage Ihnen das nur an diesem Beispiel.

Dann wird unsere Rollenverteilung so aussehen: Diese Hälfte des Hauses wird an die Arbeit gehen. Sie wird schaffen und gestalten, eine sehr schöne, eine sehr lohnenswerte Aufgabe. Sie werden uns bis dahin mehr oder weniger lautstark mit Kritik begleiten, eine viel weniger schöne Aufgabe. Und wenn das am 1. Januar 2005 fertig ist, stoßen wir auf Akzeptanz – davon bin ich überzeugt – und vielleicht nach kurzer Zeit auf die Frage: Leute, warum habt ihr das alles nicht schon viel früher gemacht?

Ich danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Kretschmann.

(Abg. Drexler SPD: Hohe Hürde, mein Lieber!)

**Abg. Kretschmann GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Fünf Hauptkritikpunkte an dieser Verwaltungsreform.

Erstens: Ihnen fehlte der Mut, grundsätzliche Reformen anzupacken und eine Verwaltungsreform zu machen, bei der eine Ebene wegfällt und Gebietskulissen geschaffen werden, die europatauglich, effizient und leistungsfähig sind. Stattdessen haben Sie hier ein Machtspiel betrieben und mit aller Gewalt sachfremde Lösungen durchgedrückt, nur um diese Machtstrukturen zu zementieren. Das, was sich hier im Parlament abgespielt hat, ist ein beredtes Zeugnis dafür, und das schöne schwäbische Wort „gwalttätig“ habe ich wieder einmal gut verstanden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zweitens: De facto wird es durch diese Reform weniger und nicht mehr Bürgernähe geben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Drexler SPD: Genau! So ist es! – Zurufe von der CDU: Oh! – Abg. Wieser CDU: Warum?)

– Durch unklare Zuständigkeiten, durch weniger Transparenz. Sie müssen in fast jedem Bereich Hilfskonstruktionen machen, um Ihr kleinkariertes Modell überhaupt zu retten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Drexler SPD: Kooperation, Zweckverbände und alles!)

Der Kollege Hofer hat sehr breit und ausführlich schon über diese Zwangskooperationen gesprochen.

Drittens: Den Kommunen wird durch die Hintertür in die Tasche gegriffen.

Viertens: Es erfolgte keine Aufgabenanalyse, keine Aufgabenkritik und keine Aufgabenreduktion, wie das Grundlage jeder sinnvollen Verwaltungsreform sein sollte.

Und schließlich fünftens: Durch diese Verwaltungsreform wird nichts besser, aber vieles schlechter.

(Widerspruch bei der CDU)

Das gilt es jetzt im Einzelnen einmal darzulegen.

Erstens: Die 20-prozentige Effizienzrendite ist völlig illusionär.

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP: Abwarten!)

Wie ist die überhaupt zustande gekommen?

(Abg. Stickelberger SPD: Per Dekret!)

Der Ministerpräsident hat durch dieses Präfektenmodell, das für die Landräte und die Oberbürgermeister der Stadtkreise einen enormen Machtzuwachs bedeutet, diese besoffen gemacht, weil sie jetzt Präfekten werden, und dann haben sie in Form von Herrn Wais dieser Effizienzrendite von 20 % einfach zugestimmt. So ist diese Zahl zustande gekommen.

In Wirklichkeit schaffen Sie ja auf der unteren Ebene mehr Behörden als jetzt, nämlich bei den Gewerbeaufsichtsämtern, bei den Schulämtern usw. usf.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das stimmt doch gar nicht! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Natürlich stimmt das!)

Dienstaufsicht und Fachaufsicht sind getrennt. Es entsteht ein höherer Koordinierungsbedarf. Das alles treibt die Kosten hoch, anstatt sie zu reduzieren. Schließlich übergeben Sie ja schon getrimmte Verwaltungen.

(Abg. Drexler SPD: Zum Verteilen!)

Das haben Sie gerade alle stolz dargelegt.

Jetzt frage ich Sie einmal: Die Polizeidirektion Esslingen hat über 1 000 Polizisten, davon elf in der Verwaltung. Im Forst ist es ähnlich. Wie wollen Sie bei solchen Modellen zu solchen Effizienzrenditen kommen? Woher soll das kommen?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Bei der Polizei war es nicht geplant! Das wissen Sie ganz genau!)

Woher sollen 20 % Effizienzrendite kommen, wenn man nur Behörden verschiebt und keine Aufgabenkritik und Aufgabenreduktion macht? Das ist eine völlig gegriffene Zahl.

Aber das Schlimme daran ist Folgendes – das hat der Finanzminister klipp und klar im Finanzausschuss gesagt –:

(Abg. Capezzuto SPD: Wo ist der?)

(Kretschmann)

Er betrachtet diese 20 % als einen Vertrag mit den Kreisen, und er hat gesagt: Das geht uns weiter nichts an. Machen sie es gut oder besser, dann haben sie sogar einen Profit. Machen sie es schlechter, sind sie selbst schuld.

(Abg. Drexler SPD: Kreisumlage! – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Was heißt „selbst schuld“? Kreisumlage erhöhen. Das ist es. Verstehen Sie? Die Landräte konnten diese Zusage nämlich leicht machen. Wenn es hakt, müssen nicht sie blechen, sondern die Bürgermeister über die höhere Kreisumlage. Das ist der Punkt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Hofer FDP/DVP: Ausgeschlossen!)

Also lautet der erste ganz harte Vorwurf, dass Sie hier auf Kosten der Kommunen ein Modell mit einer Effizienzreserve machen, die Sie selbst, solange die Verwaltung in Ihrer Zuständigkeit lag,

(Abg. Fischer SPD: Nicht hingebacht haben!)

nicht hingebacht haben. Und jetzt sollen das auf einmal die Landratsämter schaffen, und zwar ohne Reduktion der Aufgaben.

(Abg. Fischer SPD: So ist es! Genau!)

Das ist ein Modell, das nichts anderes tut, als das Konnexitätsprinzip zu verletzen.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Das ist alles daran.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Zweiter Kritikpunkt: Bürgernähe. Sie haben ja jetzt dieses grandiose Modell mit mehr Bürgernähe verkauft. Schaut man sich das einmal genau an, dann stellt man fest:

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Bürgernähe!)

Aus unserem Modell von zwölf Regionen werden auf breiter Front vier Regionen. Schauen Sie sich Ihre eigenen Punkte einmal an. Ich lese das jetzt einfach einmal vor:

Landesgesundheitsamt: RP Stuttgart, Vor-Ort-Lösung. Landesversorgungsamt: noch zu benennendes RP, Vor-Ort-Lösung.

(Abg. Drexler SPD: Vor Ort ist gut! Vor Ort ist toll! – Abg. Göschel SPD: Das ist „Bürgernähe“!  
Der neue Zentralismus ist das! – Zuruf des Abg. Stickerberger SPD)

Landesversorgungsämter sollen über Landkreise hinaus kooperieren. Zuständigkeiten für Planung, Bau und Erhalt der Bundesautobahnen, Bundes- und Landesstraßen auf die RPs. Gewässerdirektionen: zum größten Teil auf die vier RPs. Fachtechnische Aufgaben im Umweltschutz: in die vier RPs. Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau: RP Freiburg, Vor-Ort-Lösung.

(Abg. Drexler SPD: Vor Ort!)

Landesdenkmalamt: vier RPs und Wirtschaftsministerium. Landesvermessungsamt: noch zu benennendes RP, Vor-Ort-Lösung.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Einmal!)

Eichverwaltung: Vor-Ort-Lösung. Bezirksstellen für Naturschutz und Landschaftspflege: vier RPs. Landesamt für Flurneuordnung: noch zu benennendes RP, Vor-Ort-Lösung. Landesforstdirektionen: RPs Tübingen und Freiburg, Vor-Ort-Lösung. Schulämter sollen über die Landkreise hinaus kooperieren. Die Lösung mit den Polizeidirektionen ist bekannt.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ja, da sind sie gut!)

Was erkennt man an diesen beiden Dingen? Erstens: Ein Großteil dessen, was Sie als Bürgernähe versprochen haben, geht noch eine Ebene höher bis hinauf in die Ministerien.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Das nennen Sie eine „bürgernahe Verwaltung“. Herzlichen Glückwunsch! Dabei haben auch wir als Parlament auf die Regierungspräsidien, die keinen demokratischen Unterbau haben, einen geringen Einfluss.

(Abg. Drexler SPD: Ganz geringen!)

Die Regierungspräsidien sind die Gremien, die am wenigsten überhaupt vom Bürger kontrolliert werden können. Das nennen Sie eine „bürgernahe Verwaltung“. Da kann man doch nur lachen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Zudem zeigen die vielen Vor-Ort-Lösungen, die Sie machen müssen, die Kooperationszwänge, die damit einhergehen: Sie müssen, um Ihr Modell durchzuhalten, alles in ein Prokrustesbett zwingen. Das macht die Sache unübersichtlicher und intransparenter und nicht etwa transparenter. Das ist der Punkt.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Jetzt führe ich das einmal an zwei Beispielen aus. Bei diesen zwei Beispielen geht es mir um Folgendes: Jemand, der eine solche Reform macht wie Sie, muss glaubwürdig und erkennbar nachweisen, dass die Reform die Zustände besser macht als vorher. Wenn er das nicht nachweisen kann, ist es besser, er belässt es so, wie es ist. Das ist dann immer noch besser; denn der ganze Reformaufwand kostet nur Kraft, Zeit, Energie und Geld. Also ist es logisch: Wenn man solch tief greifende Reformen macht, sind Sie nachweislich verpflichtet, dass es nachher besser wird als vorher.

Betrachten wir jetzt erstens einmal den Forst. Da hatten wir bisher eine eigene Behörde, bei der Sachlösungen im Vordergrund standen. 870 000 Hektar Staats- und Körperschaftswald und 9 Millionen Kubikmeter Holz werden von ihr bewirtschaftet. Dem stehen heute internationale Firmen gegenüber, die Chargen von bis zu 1 Million Kubikmeter Holz auf den Markt schmeißen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig!)

*(Kretschmann)*

Die beiden Stürme haben gezeigt, dass wir eine schlagkräftige Forstverwaltung haben, die das bewältigen kann, indem sie zum Beispiel völlig unabhängig von irgendwelchen Grenzen Nasslager im Land konzipiert, die dafür sorgen, dass der Markt nicht kaputtgeht. Das hat funktioniert, und man kann der Forstverwaltung nur ein großes Lob aussprechen, wie sie zwei so rabiate Naturkatastrophen gemeistert hat.

Es kommt hinzu, dass die 163 Forstämter bei der kleinteiligen Struktur zwischen Privatwald, Körperschaftswald und Staatswald genau die dienstleistungsnahen Forstämter sind, die angesichts einer so kleinteiligen Struktur in einer einheitlichen Forstverwaltung die Effizienz erbringen können, die wir hier erfreulicherweise sehen.

Die hoheitlichen Aufgaben, die der Grund für eine Eingliederung der Forstämter sein könnten, machen gerade 5 % aus. Wenn man dann noch die Gemeinwohlaspekte der Forstverwaltung hinzunimmt, nämlich Naturschutz, Freizeit, Tourismus und alles, was damit zusammenhängt, und die nachhaltige Forstwirtschaft, dann müssen Sie nachweisen, dass das mit Ihrer Reform auf einmal besser funktionieren soll. Das können Sie nicht! Das ist nämlich nicht der Fall, sondern gerade die kleinteiligen Forstämter in der einheitlichen Forstverwaltung haben bisher hervorragend gewährleistet, dass wir eine nachhaltige Forstwirtschaft haben und dass Erholung und Ökologie als gemeinwohlorientierte Aufgaben gewährleistet werden können.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wird sich nichts ändern!)

Solch eine Forstverwaltung zerschlagen Sie, und zwar gegen das gemeinsame Ziel, das wir alle verfolgen. Aber das, was man sich hätte vorstellen können, um noch mehr Effizienz zu bekommen, nämlich einen eigenständigen Landesbetrieb, das gerade haben Sie nicht gemacht.

Resümee: Alle Argumente sprechen dagegen, dass die Forstverwaltung nach der Reform besser sein wird als jetzt. Sie sind also auf der ganzen Linie gescheitert.

(Abg. Drexler SPD: Es geht auch nicht ums Besserwerden, es geht um die Effizienzrendite!)

Jetzt kommt mein zweites großes Beispiel, die Schulverwaltung. Sie machen aus 30 Staatlichen Schulämtern 44.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Nein, 35! Keine Stadtkreise!)

– Bei den größeren Stadtkreisen wollen Sie es auf jeden Fall. Das haben wir gerade gehört. Das ist an sich schon völlig grotesk, nachdem sich die Kultusverwaltung gerade bemüht hat, die Schulämter zu konzentrieren. Die vier Oberschulämter gehen an die Regierungspräsidien. Das steht zunächst einmal allen Wünschen nach Aufhebung einer Zweistufigkeit in der Schulverwaltung entgegen. Diesbezüglich waren wir uns mit der FDP/DVP immer einig. Das hat sich in Luft aufgelöst.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Nein!)

Ich frage mich: Wie sollen dabei Stellen eingespart werden, vielleicht abgesehen von den Schreibkräften? Das würde mich schon interessieren. Bitte legen Sie das einmal dar, damit 20 % nicht so eine gegriffene Zahl bleibt.

Wie sollen diese kleinen Schulämter in den Kreisen ein umfassendes, schulübergreifendes Beratungs- und Unterstützungssystem gewährleisten, nachdem man gerade von den Kleinstschulämtern weggekommen ist, weil diese das nicht leisten können? Es kann sich doch nicht jedes Schulamt einen Schulpsychologen leisten. Ich meine, das ist doch grotesk. Wollen Sie denn die Zahl der Stellen vermehren?

Wie soll das Land seine zentrale Aufgabe Bildung als Kernbereich der Landeskompetenz in so einem System wahrnehmen, das nur eine Türschildlösung ist, bei der sich also jetzt alles unter anderen Dächern befindet, aber inhaltlich nichts geändert hat? Während nach PISA die Aufgabe ganz vorn stehen müsste, den Unterschied zwischen höheren Schulen und so genannten niederen Schulen in der Schulverwaltung einzuebrennen, wird die Tatsache, dass die Oberschulämter für die Gymnasien und die Schulämter für den Rest verantwortlich sind, noch weiter zementiert.

Wenn man sich das anschaut, stellt man fest, dass das eine Schulverwaltungsreform ohne jede Vorstellung von der Zukunft der Schulen und des Bildungswesens ist. Es wird gar nicht danach gefragt, wie sich so eine Reform auf die Qualität der Ausbildung auswirkt, sondern es wird einfach so gemacht. Fehlen von Aufgabenkritik!

Was wäre die Alternative? Selbstständigkeit der Schulen einerseits,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Kommt!)

staatliche Qualitätssicherung und Standards auf der anderen Seite.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Kommt doch alles!)

Was bekommen wir mit Ihrem Modell? Eine weitere Verrechtlichung des Schulwesens.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Wieso das?)

– Ja klar! – Jetzt bringen Sie die Schulämter in Behörden, in denen alle Abteilungsleiter und Chefs bekanntermaßen Juristen sind, die auch so denken. Das heißt, das, was eh schon schlimm genug ist in unserem Schulwesen – zu viel Verrechtlichung, zu wenig pädagogische Freiheit –, wird dadurch, dass man dies in klassische Rechtsbehörden eingliedert, noch verstärkt.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das ist doch keine Rechtsbehörde!)

Eine Rolle rückwärts ist das!

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir sagen dagegen: Kompetenzverlagerung auf die Einzelschule einerseits, eine zweistufige Verwaltung, eine stärkere Einbindung in die Kommune und bestimmte wichtige Aufgaben wie Lehrerfortbildung, Bildungsstandards festlegen, in eine Institution aus dem Kultusministerium ausgliedern.

Das ergäbe eine schlanke Verwaltung mit Standards und Qualitätsvorgaben durch den Staat. Damit nähme er seine Kernkompetenz wahr. Wir haben einen Wettbewerb „selbstständige Schulen“. Das ist genau das, was wir brau-

(Kretschmann)

chen. Wir haben eine bürgernahe Verwaltung, weil in dieser Schule Elternschaft und Lehrerschaft viel enger unter dem Dach der Gemeinde zusammenarbeiten müssen.

Jetzt sage ich Ihnen meine Prognose: Wenn man das so macht, dann verringert man die Schulverwaltung nicht um 20 %, sondern auf 20 % in 10 bis 15 Jahren. Das sage ich Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ich habe Ihnen wohl klar machen können: Wenn man ein Schulreformmodell wählt, das sich an den Aufgaben ausrichtet, und dann eine Aufgabenkritik vornimmt – Dezentralisierung einerseits, Reduktion der staatlichen Verwaltung auf Sicherung der Standards –, dann kommen Sie auf 20 % dessen, was wir heute an Schulverwaltung haben. Daran sieht man, wohin man mit wirklichen Reformanstrengungen kommen kann.

Ich habe natürlich noch viel zu den anderen Gebieten zu sagen. Das lasse ich jetzt weg.

Aber schauen Sie: Wenn Sie aus 9 Gewerbeaufsichtsamtern 44 machen,

(Widerspruch bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Das ist eine Verschlankung!)

ist das schon wirklich – – Dass Sie da nicht rot werden, kann ich gar nicht verstehen.

(Unruhe)

Selbst die Industrie beklagt sich darüber. Ich zitiere: „Kompetenzverlust“, „noch mehr externe Gutachten mit höheren Kosten“, „sehr hoher Abstimmungs- und Koordinationsbedarf“, „die gesamten Anstrengungen der letzten Jahre zur Beschleunigung und Optimierung von Genehmigungsverfahren werden damit zum Teil konterkariert“. Das sind Zitate aus der Industrie.

Hinzu kommt dann noch, dass Sie Fachteile aus der Gewerbeaufsicht herausbrechen und in die Regierungspräsidien eingliedern. Den Beweis dafür, wie da noch umweltgerechte Fachaufsicht stattfinden soll, bleiben Sie völlig schuldig.

(Unruhe)

Ich kann zum Schluss kommen: Nicht wir müssen nachweisen, dass diese Reform besser ist. Nicht unsere Reform wird ja durchgeführt, sondern Ihre. Sie – alle Redner von Ihrer Seite – sind diesen Nachweis schuldig geblieben.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Einverstanden!)

Dem entspricht auch das Verfahren, das wir erlebt haben: Der Ministerpräsident gibt eine Regierungserklärung ab, in der das, was wir dann über eine Presseerklärung bekommen, nicht enthalten ist. Wir als Parlament werden also stückchenweise über die Presse informiert. Wie das Verfahren, so das Ergebnis: „Gwalttätig!“

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, bevor ich weiter das Wort erteile, will ich noch den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/2267, aufrufen.

Dann will ich noch darauf hinweisen, dass der Herr Ministerpräsident Kolleginnen und Kollegen des Landtags den vom Bundespräsidenten verliehenen Bundesverdienstorden heute in der Mittagspause ausgehändigt hat. Der Kollege Gerd Teßmer erhielt das Verdienstkreuz Erster Klasse. Das Verdienstkreuz am Bande erhielten die Kolleginnen und Kollegen Jörg Döpper, Richard Drautz, Peter Hauk, Hans Heinz, Ursula Lazarus, Max Nagel, Dr. Wolfgang Reinhart, Dr. Dieter Salomon, Claus Schmiedel, Christa Vosschulte, Jürgen Walter, Dr. Walter Witzel und Marianne Wonnay. Meine Damen und Herren, ich gratuliere Ihnen im Namen des ganzen Hauses zu dieser hohen Auszeichnung.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich darf jetzt Herrn Innenminister Dr. Schäuble das Wort erteilen.

(Abg. Hofer FDP/DVP zu Minister Dr. Schäuble: Geben Sie mal ein bisschen Nachhilfe!)

**Innenminister Dr. Schäuble:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Diese Verwaltungsreform ist zweifellos eine große und natürlich teilweise auch eine komplizierte Aufgabe, aber sie lohnt sich.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ja!)

Ich bitte Sie deshalb ganz herzlich um Ihre Unterstützung.

Wir haben uns ja im Landtag schon oft über das Thema Verwaltungsreform unterhalten. Die Grundaussagefrage lautet: Welche Verwaltungsstruktur wollen wir in Baden-Württemberg, einen zweistufigen oder einen dreistufigen Verwaltungsaufbau? Ich habe an die Adresse der Opposition immer gerne zugestanden – Sie erinnern sich sicherlich daran –: Auch der zweistufige Verwaltungsaufbau ist ein in sich schlüssiges Modell. Wir haben uns dann aber in der Abwägung – nicht 100 : 0, aber nach einem Abwägungsprozess – für den dreistufigen Verwaltungsaufbau entschieden. Die CDU war in ihrer großen Mehrheit schon immer dafür, und die FDP/DVP, Herr Kollege Hofer, hat sich – –

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Richtig. Das ist übrigens auch der Grund, Herr Kollege Drexler. Als die FDP/DVP noch nicht den Auffassungen von Herrn Hesse gefolgt war, haben wir natürlich zunächst einmal sagen müssen: Dann können wir die Strukturen in dieser Periode nicht verändern; das ist ja ganz klar.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Absolut richtig! Richtig dargestellt!)

So ist es. Daraus braucht man auch überhaupt kein Geheimnis zu machen. Aber nachdem sich die FDP/DVP, Hesse folgend, dem dreistufigen Verwaltungsaufbau angeschlossen hat, konnten wir an diese große Verwaltungsreform herangehen.

(Abg. Drexler SPD: Der CDU gefolgt! – Gegenruf des Abg. Pfister FDP/DVP: Hesse!)

Wenn wir jetzt einmal – Herr Kollege Stickelberger, Sie lächeln so freundlich –

(Abg. Stickelberger SPD: Noch, noch!)

(Minister Dr. Schäuble)

– Sie lächeln immer freundlich, weil Sie gar nicht anders können –

(Heiterkeit – Abg. Stickelberger SPD: Sie kennen mich noch nicht! – Abg. Drexler SPD: Er redet nachher! – Abg. Oelmayer GRÜNE: Das ist wie bei Ihnen mit der Verwaltungsreform, Herr Minister!)

die Frage Zwei- oder Dreistufigkeit – diese Grundsatzfrage können wir noch 100 Jahre lang diskutieren – außen vor lassen und den dreistufigen Verwaltungsaufbau als gegeben annehmen, wenn wir so weit sind, dann bitte ich doch ganz herzlich von aller Logik her gesehen,

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

uns in dem weiteren Schluss zu folgen, nämlich dass wir diesen dreistufigen Verwaltungsaufbau optimieren müssen und die bisherigen Sonderbehörden in die Regierungspräsidien und in die unteren Verwaltungsbehörden möglichst hineinnehmen müssen, damit diese ausgewucherte Sonderbehördenlandschaft zurückgestutzt wird. Das ist einfach logisch.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Herr Kollege Drexler – und auch schon im Vorgriff auf Ihren Beitrag, Herr Kollege Stickelberger –

(Heiterkeit – Abg. Stickelberger SPD: Den kennen Sie doch noch gar nicht!)

– präventiv,

(Abg. Stickelberger SPD: Gefahrenabwehr!)

in kollegialer Verbundenheit präventiv –: Es ist schon so – das hat der Ministerpräsident damals in der ersten Debatte im Rahmen der Nachtragshaushaltsberatungen und auch bei der Regierungserklärung gesagt; das hat auch immer der Kollege Vetter gesagt, der ähnlich wie der Kollege Hofer große persönliche Erfahrung bei Verwaltungsreformen hat –: Mit diesem Modell – Dreistufigkeit und Integration, Einräumigkeit und Einhäusigkeit – entsprechen wir auch dem großen Teil der verwaltungswissenschaftlichen Literatur, nicht nur Professor Hesse.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es! – Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig!)

Wir stehen also keinesfalls allein, sondern es gibt kaum jemanden, der Ihren Gedankengängen folgt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Nun ist mit Recht gesagt worden – ich glaube von Ihnen, Herr Kollege Drexler –: Wenn wir die Verwaltung aufbauen, wenn wir sie organisieren und wie jetzt, in diesem Fall, reformieren, müssen wir dies aus der Sicht des Bürgers sehen. Die entscheidende Frage ist also: Was braucht der Bürger? Was ist gut für ihn? Was ist auch gut für die Wirtschaft, für den Mittelstand? Wenn man diese Fragen stellt, ist die Antwort doch eigentlich ganz klar: Aus der Sicht des

Bürgers, der Wirtschaft und der Verwaltung ist es doch geradezu ideal und ein großer Fortschritt, wenn die Behörden integriert sind,

(Abg. Drexler SPD: Wenn sie sinnvoll integriert sind!)

wenn in einem Landratsamt möglichst alle Fachrichtungen vorhanden sind und wenn der Bürger, der Hilfe suchende Mittelständler sich nicht an x Sonderbehörden wenden muss, wenn er nicht von Pontius bis Pilatus laufen muss, sondern alles unter einem Dach vorfindet.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD: So ein Unsinn! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Wir sollten das zweifellos notwendige Spezialistenwissen und Spezialistentum – manchmal nicht ganz ohne Grund auch kritisch „Fachbruderschaften“ genannt – sich nicht immer stärker auswachsen lassen, sondern wir sollten in Deutschland und in Baden-Württemberg künftig auch den Generalisten wieder etwas stärker fördern. Das ist aus der Sicht des Bürgers richtig und notwendig.

(Beifall bei der CDU – Abg. Schmiedel SPD: Die Gewerbeaufsicht! – Zurufe der Abg. Drexler und Stickelberger SPD)

– Das ist bei jedem Genehmigungsverfahren so. Es ist doch viel besser, wenn bei einem Behördentermin, bei dem hochkomplizierte Fragen zu erörtern sind, nicht acht oder neun Sonderbehörden ins Spiel kommen und die Wiesen voll stehen von Dienstwagen. Wenn das integriert und in den Landratsämtern wie auch in den Regierungspräsidien gebündelt wird, dann kann doch kein Mensch im Grundsatz etwas dagegen haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Das ist aber nicht die Frage! – Abg. Birgit Kipfer SPD: Sachverstand! – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Kollege Schäuble, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Schmiedel?

**Innenminister Dr. Schäuble:** Gerne, Herr Schmiedel. Bitte schön.

**Abg. Schmiedel SPD:** Herr Minister, . . .

**Innenminister Dr. Schäuble:** Herr Schmiedel.

**Abg. Schmiedel SPD:** . . . können Sie mir erklären, weshalb der Innenminister des Landes Baden-Württemberg besser weiß als die Wirtschaft selbst, was in Bezug auf die Gewerbeaufsicht für die Wirtschaft gut ist?

**Innenminister Dr. Schäuble:** Wenn Sie diese Frage stellen, dann ziehe ich die Antwort vor – ich wäre sonst später noch darauf eingegangen. Das hat nämlich auch Herr Kollege Kretschmann angesprochen. Nun lasse ich einmal die Motive, warum manche Unternehmen zu diesem Thema geschrieben haben und wer sie dazu ermuntert hat, einfach einmal außen vor.

(Minister Dr. Schäuble)

Wir sind beim Thema Gewerbeaufsichtsamt – das war Ihre Frage – folgender, nach meiner Überzeugung absolut zwingender Lösung gefolgt: Schon heute haben die Landratsämter, aber auch die Regierungspräsidien Sachkompetenzen, etwa beim Wasserrecht oder vor allem auch beim Immissionsschutz. Wir haben gesagt: Die Aufgaben der Gewerbeaufsichtsämter – darauf komme ich noch zurück – und das entsprechende Personal übernehmen wir dorthin, wo schon heute die Zuständigkeit für die Entscheidung in der Sache liegt, damit auch hier Einhäusigkeit stattfindet und der technische Sachverstand dorthin verlagert wird, wo schon die Entscheidungskompetenz liegt. Das ist absolut richtig, und das wird auch der Wirtschaft zugute kommen. Davon bin ich hundertprozentig überzeugt – egal, was jetzt geschrieben wird –, weil es einfach logisch ist.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/  
DVP – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Wo die Entscheidungskompetenz liegt, muss auch der technische Sachverstand angesiedelt sein. Deshalb kommt es zu dieser Lösung.

Jetzt komme ich zu einem Punkt, Herr Schmiedel, bei dem auch ich selbst immer wieder aufpassen muss, dass es präzise formuliert wird. Der Kern besteht darin, dass wir Aufgaben übertragen – Aufgaben, die bisher bei Fachbehörden, nachgeordneten Behörden von Ministerien angesiedelt sind.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Und Sachverstand! –  
Abg. Drexler SPD: Mit Personal!)

Wir übertragen solche Aufgaben entweder auf die Regierungspräsidien oder auf die unteren Verwaltungsbehörden. Man muss in der Diskussion immer wieder betonen: Es geht eben nicht im eigentlichen Sinne und in erster Linie darum, dass irgendwelche Behörden eingegliedert werden – deshalb gibt es hinterher auch nicht mehr Behörden, Herr Kretschmann –, sondern wir übertragen Aufgaben, die bisher bei Fachbehörden angesiedelt sind, auf die mittlere und die untere allgemeine Verwaltungsebene.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Das ist das Grundprinzip dieser Reform.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hofer FDP/  
DVP – Abg. Drexler SPD: Mit dem Personal!)

– Das Personal folgt in einem gewissen Umfang nach,

(Abg. Schmiedel SPD: Was macht der Rest?)

weil wir für das Personal ja auch irgendwo eine Verwendung finden müssen.

Deshalb bitte ich noch einmal, in den kommenden Diskussionen ganz präzise zu formulieren. Sie haben ja in Aussicht gestellt, dass Sie über das Thema Verwaltungsreform noch oft sprechen werden.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Das liegt ja auch an Ihnen. Wir können dann gerne auch im Detail darüber sprechen, wenn die Gesetzentwürfe vorliegen usw. usf. Aber ich bitte für die kommende Diskussion –

auch ich muss mich immer, wie gesagt, dazu zwingen –, präzise zu formulieren und zu sehen: Wir übertragen Aufgaben, die eben bisher beim Staat, bei Fachbehörden angesiedelt sind, auf die allgemeinen Verwaltungsbehörden.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Das ist ein Grundprinzip unserer Verwaltungsreform. Dieser Übertragung folgt dann das Personal, jedenfalls in einem gewissen Umfang, am Anfang sogar weitestgehend.

Jetzt komme ich zu einem weiteren Punkt, der für mich eigentlich die zentrale Bedeutung hat und von dem man, wenn man an die Situation denkt, die wir insgesamt in Deutschland haben – wir sitzen alle in einem Boot –, glaube ich, sagen darf: Die Wichtigkeit dieses Punktes, auf den ich jetzt gleich komme, kann man nicht hoch genug ansiedeln. Wenn wir Aufgaben, die bisher staatliche Fachbehörden oder Sonderbehörden wahrnehmen, auf untere allgemeine Verwaltungsbehörden – Landratsämter oder Stadtkreise – übertragen, dann müssen wir uns bewusst machen: Wir müssen dann auch das Vertrauen haben, dass die unteren Verwaltungsbehörden diese Aufgaben genauso gut und vermutlich sogar effizienter als die staatlichen Sonderbehörden wahrnehmen. Wenn dieses Vertrauen nicht vorhanden wäre, müssten wir die Hände von dieser Reform lassen. Aber wir haben dieses Vertrauen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/  
DVP)

In den vielen Diskussionen, die ich mit allen Fachministerien hatte, ist mir aufgefallen – da mache ich gar keinen Vorwurf; wir alle sind ja gut beraten, wenn wir uns da in die Rolle des anderen hineinversetzen –: Dieses Vertrauen ist natürlich in der Fachministerialbürokratie nicht so vorhanden. Deshalb können Sie viele Anhörungen durchführen, Sie werden da natürlich immer die Leute auf Ihre Seite bekommen, weil die Fachministerialbürokratie eben dieses Vertrauen nicht hat, sondern sagt: Das machen unsere nachgeordneten Sonderbehörden viel besser als die allgemeinen Verwaltungsbehörden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ein normaler Vorgang!)

Aber das ist ein ganz billiger Effekt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist halt so!)

Es ist von zentraler Bedeutung, dass wir dieses Vertrauen haben.

Übrigens ist wahrscheinlich eines der größten Probleme in Deutschland – ich darf hier auch das Thema Aufgabenabbau mit einbeziehen –, worüber wir mit Recht klagen, die zu groß gewordene Bürokratie – das ist ein Standortnachteil –, die Paragrafenflut, die vielen Behörden usw. usf. Eigentlich ist es ganz einfach, aber man muss es, glaube ich, immer wieder sagen, man kann es nicht oft genug sagen: Wir brauchen in der Politik auf allen Ebenen, auch auf der Bundesebene, und zwar bei allen Parteien, bei den Sozialdemokraten, bei der FDP, bei den Grünen, auch bei der CDU und bei der CSU, das Vertrauen, dass zum Beispiel

(Minister Dr. Schäuble)

die Kommunen, die unteren Verwaltungsbehörden wie jetzt bei unserer Verwaltungsreform, die Aufgaben genauso gut wahrnehmen wie etwa die staatliche Sonderverwaltung. Dieses Vertrauen muss übrigens noch größer werden. Wir müssen auch das Vertrauen haben, dass letztendlich die Bürger ihre Angelegenheiten ohne Bevormundung eigenverantwortlich regeln.

(Abg. Rech CDU: Das ist der Punkt!)

Wenn dieser Grundsatz nicht endlich einmal in der Praxis Anwendung findet, werden wir nie Bürokratieabbau in Deutschland leisten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich nenne folgendes Beispiel: Gestern hatten wir bei uns in der CDU-Fraktion eine lange Diskussion über das herrliche Thema „barrierefreies Bauen“. Nun wird es wahrscheinlich irgendwo wieder einen Kompromiss geben. Ich will das jetzt gar nicht im Einzelnen beleuchten. Aber mir fällt auch in unserer Verwaltungsreformdebatte Folgendes auf: Solange wir nicht das Vertrauen haben, dass zum Beispiel die Baurechtsämter von Städten und Gemeinden oder die Landratsämter die Belange von behinderten Menschen genauso wahrnehmen und beachten wie die Ministerialbürokratie und die Sonderverwaltung, so lange kommen wir nicht von dieser Riesenbürokratie herunter, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Das ist nicht das Problem!)

– Doch! Es ist das entscheidende Problem.

(Abg. Drexler SPD: Da geben wir Ihnen ja Recht!)

– Herr Kollege Drexler, wir schätzen uns sowieso. Aber Deutschland ist in einer Situation, in der es einem die Sprache verschlägt. Ich mache jetzt überhaupt keine parteipolitische Polemik. Wir müssen konstruktiv zusammenarbeiten, und wenn wir nicht endlich – und ich habe mich seit 1996 mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern abgemüht und Vorschläge gemacht, auch zum barrierefreien Bauen und was weiß ich alles – dieses Vertrauen entgegenbringen, auch auf Bundesebene, wenn zum Beispiel auch bei der Frage, wie die private Altersvorsorge gestaltet wird, nicht das Vertrauen in den Bürger gesetzt wird, dass er es schon richtig macht, dann kommen wir von der Bürokratie nicht herunter!

Deshalb hat der Verwaltungsaufbau ein ganz wesentliches Element: Wir haben Vertrauen in die Leistungsfähigkeit unserer allgemeinen Verwaltung und vor allem auch in die der unteren Verwaltungsbehörden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Drexler, ich darf übrigens in aller Freundlichkeit an Ihre Adresse sagen: Das, was Sie vorhin gemacht haben, war ein bisschen Politikparodie,

(Abg. Drexler SPD: Nein!)

das waren kabarettistische Versuche. Herr Kollege Drexler und auch Herr Kollege Kretschmann, ich sage ganz offen – und die Kolleginnen und Kollegen meiner Fraktion, des Ka-

binetts und auch unseres Koalitionspartners, der FDP/DVP, können mich darin bestätigen –: Die Diskussionen in meiner Fraktion, im Kabinett, mit dem Ministerpräsidenten, mit unserem Koalitionspartner, der FDP/DVP, zu diesen vorhin zum Teil dargestellten 16 Punkten und zu anderen Fragen der Verwaltungsreform waren in der Sache wesentlich härter und tiefer gehend als Ihre Beiträge, Herr Drexler und Herr Kretschmann. Das will ich einmal ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Ja, ja! Sie haben doch zur Polizei gar nichts gesagt! Der Innenminister knickt ein! – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP – Weitere Zurufe)

Herr Kretschmann, nun noch ein Wort an Sie: Erwecken Sie doch nicht den Eindruck, wir würden jetzt gewissermaßen Sparmaßnahmen, die wir entweder nicht hinbekommen oder nicht hinbekommen wollen, auf die kommunale Seite abdrücken. Sie werden sich verrennen. Die Kommunen, der Städtetag, der Gemeindetag, der Landkreistag, stehen hinter der Verwaltungsreform, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Die Kommunen wollen diese Verwaltungsreform, und zwar auch deshalb, weil sie die Chancen sehen und weil sie sich vor allem zutrauen, die Aufgaben so, wie vorhin dargestellt, zu unserer vollen Zufriedenheit und vor allem – und das ist das Entscheidende – zur Zufriedenheit unserer Bürgerinnen und Bürger auszuüben.

Noch ein Wort zu dem, was Sie, Herr Kretschmann, gesagt haben: Ich bin manchmal ein bisschen erstaunt, was Sie alles von sich geben, weil Sie ja von vielen, auch von der veröffentlichten Meinung, als ein außerordentlich intelligenter und tief denkender Mensch eingeschätzt werden.

(Unruhe bei der SPD – Abg. Stickelberger SPD: Der Beginn einer wunderbaren Freundschaft!)

Aber wie können Sie denn guten intellektuellen Wissens sagen, die Regierungspräsidien seien ohne demokratische Kontrolle?

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

Wie kann man eigentlich so etwas sagen? Die Antwort ist doch ganz einfach. Die Regierungspräsidien sind Landesbehörden, sind dem Innenministerium zugeordnet und stehen damit automatisch unter der Kontrolle des Landtags.

(Lachen des Abg. Drexler SPD)

Trauen Sie dem Landtag so wenig zu? Machen Sie sich doch nicht unnötig klein, Herr Kretschmann! Das ist doch ganz einfach.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Das war die Argumentation von CDU-Abgeordneten mit der Eingliederung!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein Wort zum Thema Aufgabenabbau sagen.

(Abg. Stickelberger SPD: Ja!)

(Minister Dr. Schäuble)

Der Aufgabenabbau ist ein wichtiges, ein Kernanliegen. Aber ich sage auch, Herr Kollege Stichelberger, dass man sich natürlich vor illusionären Erwartungen hüten muss. Vom Aufgabenabbau, vom Bürokratieabbau wird schon seit Jahren in der ganzen Republik in Sonntagsreden gesprochen. Aber – auch Herr Kollege Hofer hat es kurz gestreift; Stichwort Aufgabenkritik – die Realität ist doch ganz anders: Beim Thema Aufgabenabbau sehe ich bisher weder beim Bund noch bei anderen Ländern – von Berchtesgaden bis Flensburg – irgendwelche nennenswerten Erfolge. Wenn es uns gelänge, hier in Baden-Württemberg im Rahmen der Verwaltungsreform Nennenswertes hinzubringen, dann wären wir republikweit die Ersten und die Einzigen, die das geschafft haben. Das muss man sehen. Ich verspreche Ihnen: Ich habe den Mut und die Härte dazu, aber ich brauche dann auch die Unterstützung dieses hohen Hauses, und ich brauche dann auch die Zustimmung dazu – denn Aufgabenabbau geht nicht anders –, denjenigen Vertrauen entgegenzubringen, die die Aufgaben dann in reduziertem Umfang wahrnehmen, und vor allem auch das Vertrauen zu haben, dass die Aufgaben nicht mehr in der bisherigen Intensität wahrgenommen werden müssen. Das hat den einfachen Grund – darum geht es doch –, dass wir uns das nicht mehr in der gleichen Exzessivität wie heute leisten können. Deshalb ist der Aufgabenabbau notwendig. Aber wir brauchen Mut und Vertrauen.

(Beifall bei der CDU)

Wie geht es weiter? Das Gebäude steht. Bis zum Herbst kommen die Gesetzentwürfe. Ich mache mir keine unrealistischen Vorstellungen darüber, was noch alles im Detail zu tun sein wird. Wir haben noch den ganz großen Brocken der Landeswohlfahrtsverbände vor uns, dessen Bewältigung zeitlich etwas nachhinkt, weil sie so kompliziert ist, die wir aber in den Geleitzug aufnehmen wollen. Ich sehe schwierige Finanzgespräche und Finanzverhandlungen mit der kommunalen Seite auf uns und in Sonderheit auf meinen Kollegen Staatssekretär Rückert zukommen. Aber wir werden dabei auch zusammenarbeiten.

(Staatssekretär Rückert: So ist es!)

Wir hoffen – wenn alles so gut wie bisher weiterläuft, wird es auch gelingen –, dass wir die Gesetzgebungsarbeiten bis zum Juli 2004 abgeschlossen haben werden, sodass die Verwaltungsreform zum 1. Januar 2005 in Kraft treten kann.

Meine Damen und Herren, mir ist zum Schluss noch eine Bemerkung wichtig. Auch jetzt vermeide ich jede Polemik und darf mich noch einmal speziell an die SPD wenden. Jeder in Deutschland spricht von der Notwendigkeit von Reformen, und jeder in Deutschland spricht von der Notwendigkeit des Sparens. Die Wahrheit ist konkret; aber immer dann – das ist übrigens ein Wort von Lenin –, wenn es konkret wird, gibt es Ärger und Widerstände – bei jeder Reform, bei jeder konkreten Sparmaßnahme.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Herr Drexler, kommen Sie doch nicht immer wieder mit dem alten Ladenhüter! Ich will auf etwas anderes hinaus, was mir wie vielen anderen, die in der Politik Verantwortung tragen, zunehmend Sorgen macht und was auch die Bürger irgendwie bedrückt.

Auch Sie als Opposition tragen Verantwortung. Aber ich rede nicht darum herum: Die Verantwortung der Opposition auf der Bundesebene ist bei den Reformen, die dort zu machen sind – dort sind wir, die wir hier in Stuttgart in der Regierung sind, nämlich CDU und FDP/DVP, in der Opposition –, noch größer, weil man uns aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat braucht, um notwendige Reformen auf der Bundesebene durchzusetzen. In dieser großen Verantwortung stehen Sie zum Glück nicht, weil wir im Land keine vergleichbare Verfassungslage haben.

Ich habe eine ganz herzliche Bitte. Ich habe vorhin nicht umsonst das Beispiel gebracht, dass die Ministerialbürokratie von ihrer Sonderverwaltung natürlich völlig überzeugt ist und nicht das Vertrauen hat, dass andere ihre Aufgaben wahrnehmen können. Hetzen Sie uns die Leute nicht unnötig auf! Das sind billige Taschenspielertricks.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hofer FDP/  
DVP – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Angesichts der sehr problematischen Situation, in der wir uns in der Republik befinden, haben wir in ganz Deutschland und so auch in Baden-Württemberg allen Grund, an den notwendigen Reformen konstruktiv mitzuarbeiten. Dazu will ich Sie herzlich einladen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Stichelberger.

**Abg. Stichelberger SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Innenminister, das war ja eine engagierte Rede. Sie können ja richtig laut werden.

(Abg. Blenke CDU: Engagiert und qualifiziert!)

Das kenne ich von Ihnen gar nicht. Ich verstehe es nicht ganz; aber ich verstehe es doch auch wieder. Ich verstehe es insofern nicht ganz, als Sie noch zu Beginn des Jahres hier ganz anders gesprochen haben. Wir haben unser Reformkonzept vorgelegt und zur Diskussion gestellt. Da haben Sie gesagt: „Strukturelle Reformen brauchen wir nicht. Wir machen NSI, wir erneuern die Behörden.“ Sie haben darauf verwiesen, dass bei den Regierungspräsidien Stellen abgebaut wurden. Sie haben darauf hingewiesen, dass Sie in einem permanenten, immanenten Reformprozess stünden. Strukturelle Reformen haben Sie nicht für nötig gehalten. Jetzt sind Sie ein vehementer Befürworter dieser Verwaltungsreform. Warum diese überraschende Mutation? Aber

(Abg. Dr. Schäuble CDU meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– wenn Sie noch gestatten – sie überrascht mich natürlich deshalb nicht, weil Ihnen mittlerweile ein großer Stein vom Herzen gefallen ist. Man sieht das ja am Leuchten in Ihren Augen. Die Polizei bleibt, jedenfalls was die Frage der Eingliederung der Polizeidirektionen in die Landratsämter an-

(Stickelberger)

geht, außen vor. Damit ist Ihnen ein Stein vom Herzen gefallen, und damit sind Sie auch etwas aus der Kritik gekommen.

Ich hätte mir gewünscht, dass Sie mit der gleichen Vehemenz, mit der Sie vorhin die Opposition zum Teil etwas abgekanzelt haben, in diesem Prozess für den Erhalt der funktionsfähigen Polizeidirektionen gekämpft hätten.

(Beifall bei der SPD – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abg. Stickelberger, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Schäuble?

**Abg. Stickelberger SPD:** Gern.

**Abg. Dr. Schäuble CDU:** Herr Kollege Stickelberger, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich vorhin in meinem Beitrag als Minister sehr dezidiert erklärt habe, warum ich Anfang des Jahres noch sagen musste

(Lachen bei der SPD)

– ja –, dass die Strukturen in dieser Legislaturperiode so bleiben werden? Weil nämlich die jetzige Verwaltungsreform erst möglich wurde – wie ich es erklärt habe –, nachdem die FDP/DVP, Professor Hesse folgend, ihre Auffassung änderte.

(Abg. Drexler SPD: Die FDP/DVP war schon vor über einem Jahr auf einem anderen Dampfer!)

– Aber jetzt fahren wir zusammen.

**Abg. Stickelberger SPD:** Ja, Herr Innenminister, ich nehme das gern zur Kenntnis. Gestatten Sie, dass ich dann gleich etwas anfüge: Herr Oettinger hat vorhin davon gesprochen, die CDU hätte am Reformhaus massiv mitgebaut. Da habe ich schon meine Zweifel. Ich habe eher den Eindruck, Ihnen wurde über Nacht ein Fertighaus Marke „Spaichingen“ geliefert.

(Abg. Rüeck CDU: Das sind nicht die Schlechtesten! – Beifall des Abg. Döpfer CDU – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Haben Sie eines daheim? – Vereinzelt Heiterkeit)

– Man wird noch sehen, wie lange das Haus hält. Sie haben jedenfalls ein Fertighaus bekommen, und dann wurde ein wesentliches Element des Fundaments herausgeschlagen, nämlich die Eingliederung der Polizeidirektionen.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Im Übrigen beschränkt sich das, was Sie uns jetzt mit Ihren Anträgen vorlegen, im Grunde darauf, den Gartenzaun zu streichen – mehr nicht.

(Beifall bei der SPD)

Sie sollten nicht so tun, als hätten Sie dieses Konzept –

(Abg. Pfister FDP/DVP: Nur Sprüche!)

wie immer man im Detail dazu steht – in den letzten Wochen noch massiv verändert.

Aber lassen Sie mich auf einige Punkte konkret eingehen.

Der Herr Ministerpräsident – Sie gestatten, dass ich zitiere – hat, wie heute Morgen nachzulesen war, gegenüber den „Stuttgarter Nachrichten“ in einem Interview gesagt – Herr Innenminister, Sie sind auch darauf eingegangen –:

*Außerdem geht es mir darum, weitere Aufgaben auf die Gemeinden zu verlagern. Schließlich prüfen wir, welche Aufgaben ganz abgebaut werden können.*

(Abg. Fischer SPD: Frau Präsidentin, da hinten im Saal laufen Leute herum, die da nichts zu suchen haben!)

Herr Innenminister, Sie haben das Thema Aufgabenabbau kritisch angesprochen. Ich gebe Ihnen da zum Teil auch Recht. Nur meinen wir: Die Frage des Aufgabenabbaus muss am Anfang der Reform stehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich muss fragen: Welche Aufgaben kann ich abbauen? Dann muss ich mir für die verbleibenden Aufgaben die passende Ämterstruktur schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Da kommt nichts heraus!)

Sie machen es umgekehrt. – Herr Haas, wenn man es Ihnen überlässt, gebe ich Ihnen Recht.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Herr Innenminister, Sie haben vorhin die Redebeiträge der Opposition kritisiert. Wer hat denn die Anhörungen mit Hunderten von Polizisten, Forstleuten und anderen Bediensteten der Landesverwaltung durchgeführt? Sie haben das verpasst. Das haben Sie nämlich nicht gemacht.

(Abg. Scheuermann CDU: Oh lieber Gott!)

– Ja, Herr Scheuermann. Den lieben Gott brauchen Sie nicht zu bemühen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: War jemand für die Eingliederung? War jemand bei den Anhörungen für Veränderungen? Kein Mensch! – Weitere Zurufe)

– Wir hätten ja noch mehr kompetente Leute gehabt, wenn ihnen die Ministerien nicht einen Maulkorb verpasst hätten.

(Beifall bei der SPD)

Herr Scheuermann, es wäre wichtig gewesen, die Bediensteten und den Sachverstand der Behörden einzubeziehen.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Die Bediensteten des Landes kommen in Ihren Reformvorschlägen

(Abg. Alfred Haas CDU: Gut weg!)

(Stickelberger)

überhaupt nicht vor. Ohne die Bediensteten des Landes werden Sie die Reform auch nicht erfolgreich durchführen können.

(Beifall bei der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Die wollen in die Landratsämter!)

Konkret vielleicht noch zu einzelnen Behörden, zum Beispiel zur Vermessungsverwaltung. Die Vermessungsverwaltung funktioniert. Sie befindet sich auf einem hohen technischen Stand. Wieso wollen Sie diese Verwaltung schwächen, und was bringt es für Vorteile, wenn Sie diese Verwaltung in der vorgesehenen Weise eingliedern?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das weiß niemand!)

Wo liegen da die Synergieeffekte? Wo liegen die Einsparungen? Sagen Sie es uns. Herr Wirtschaftsminister, Sie neigen skeptisch Ihr Haupt. Ich werte das als verhaltene Zustimmung. Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Oder, Herr Haas, weil ich Sie gerade im Blick habe: Die Sozialverwaltung weist in einer Stellungnahme an das Innenministerium darauf hin, dass schon die Eingliederung des Landesversorgungsamts rechtlichen Bedenken unterliegt. Außerdem wird ausgeführt, dass die Eingliederung der Versorgungsämter in alle Landkreise in vielen Fällen dort zu Kleinsteinheiten führen wird, die mit dem vorhandenen Personal nicht arbeitsfähig sind. Sie führen eine Kleinstaaterei in Verwaltungsbereichen ein und schwächen diese Verwaltungen gerade dadurch. Das ist für uns nicht nachvollziehbar. Worin soll denn der Vorteil liegen, wenn die Versorgungsämter oder die Vermessungsämter bei den Landratsämtern angesiedelt werden?

(Abg. Alfred Haas CDU: Sie müssen unterscheiden zwischen Verwaltungstätigkeit und Dienstleistung!)

Oder, weil ich gerade Frau Schavan, unsere Kultusministerin, sehe: Worin liegt denn der Vorteil der Behördenstruktur, die für die Schulverwaltung vorgesehen ist? Alle Fachleute sprechen sich dagegen aus. Ihr eigenes Konzept sieht anders aus. Ich vermisse Ihre vehemente Position in dieser Sache. Sie sind auf diesem Gebiet so ruhig. Ich kenne Sie, obwohl ich kein Schulpolitiker bin, als Verfechterin einer modernen Bildungspolitik. Wir sind ja in Baden-Württemberg angeblich Milchstraßen voraus.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Frau Kultusministerin, wo bleibt Ihre kritische und zu Recht dann wohl auch laute Stimme, wenn Ihre eigenen Vorschläge so auf der Strecke bleiben? Worin sehen Sie denn die Synergieeffekte? Wo erzielen Sie Einsparungseffekte? Passt das zu Ihrem Bild von einer modernen Schule? Erklären Sie es uns doch bitte einmal.

(Abg. Alfred Haas CDU: In der Verwaltung liegen die Synergieeffekte, Herr Stickelberger! Sie wechseln etwas! Dienstleistung und Verwaltung müssen Sie einmal auseinander halten!)

Bisher sehen wir davon nichts.

Lassen Sie mich zum Schluss noch auf eines hinweisen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja, ja! – Abg. Drexler SPD: Herr Pfister sollte einmal eine Anhörung machen, damit er weiß, was die Leute denken! Er hat ja überhaupt keine Ahnung!)

– Ja, Herr Pfister, Ihre romantisierende Betrachtungsweise kann ich nicht nachvollziehen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ich habe überhaupt nichts gesagt! Ich habe nur gesagt, dass Sie zum Schluss kommen!)

Wir befürchten, dass Ihre Reform im Wesentlichen zulasten der Kommunen geht. Herr Wirtschaftsminister Döring wollte ja die 20 % Effizienzrendite gesetzlich festschreiben.

(Abg. Drexler SPD: Darauf warten wir! – Abg. Pfister FDP/DVP: So etwas Ähnliches kommt auch!)

Was passiert denn, wenn die Kommunen bei gesetzlicher Festschreibung oder auch bei einer Regelung auf anderem Wege dieses Ziel nicht erreichen? Was machen denn die armen Landräte und Kreisräte? Sie werden die Kommunen über die Kreisumlage zur Kasse bitten. Den Letzten beißen die Hunde.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Das ist doch wahr! Staatliche Aufgaben!)

Die Übertragung staatlicher Aufgaben vom Land auf die Landkreise zur Entlastung des Landeshaushalts, uns als Reform verkauft, geht zulasten der Kommunen, die dies im Ergebnis bezahlen, und die Aufgabenkritik, die nach unserer Auffassung am Anfang stehen müsste, fehlt bisher völlig. Wir sind gespannt, wann sie nachgeliefert wird.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das machen wir beim nächsten Mal! – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Meine Damen und Herren, Herr Innenminister, Sie haben den Zeitplan vorgegeben. Wir freuen uns auf weitere spannende Debatten, um viele, viele Ungereimtheiten, die noch bestehen, hoffentlich eingehender diskutieren zu können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Erledigung der Anträge.

Ich lasse zunächst über die Änderungsanträge abstimmen. – Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2256, zum Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2093, ab.

Herr Kollege Stickelberger.

**Abg. Stichelberger SPD:** Frau Präsidentin, zu unserem Antrag beantragen wir namentliche Abstimmung.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Herrmann CDU:  
Da kommt nichts anderes heraus! – Gegenruf des  
Abg. Drexler SPD: Aber man kann es ja mal zeigen!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Ich gehe davon aus, dass der Antrag auf namentliche Abstimmung die notwendige Unterstützung hat. – Das ist der Fall.

Es findet also eine namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag Drucksache 13/2256 statt. Meine Damen und Herren, wer dem Änderungsantrag Drucksache 13/2256 zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten. Wer ihn ablehnen möchte, der möge mit Nein antworten. Wer sich der Stimme enthalten möchte, der antworte mit „Enthaltung“.

Ich bitte Frau Schriftführerin Berroth, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben Z.

(Unruhe)

Während der Abstimmung darf ich Sie um Ruhe bitten, damit wir zügig abstimmen können.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Namensaufruf)

Die Abstimmung ist abgeschlossen. Ich bitte die Schriftführer, das Abstimmungsergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt nunmehr vor:

An der Abstimmung haben sich 115 Abgeordnete beteiligt.

*Mit Ja haben 50 Abgeordnete gestimmt,  
mit Nein haben 65 Abgeordnete gestimmt,  
enthalten hat sich kein Abgeordneter.*

Der Antrag Drucksache 13/2256 ist abgelehnt.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sehr gut!)

\*

Mit J a haben gestimmt:

Katrin Altpeter, Theresia Bauer, Bayer, Birzele, Braun, Carla Brengener, Capezzuto, Dr. Caroli, Heike Dederer, Drexler, Fischer, Gall, Gaßmann, Göschel, Rosa Grünstein, Gustav-Adolf Haas, Haller, Rita Haller-Haid, Ursula Haußmann, Junginger, Käppeler, Kaufmann, Birgit Kipfer, Knapp, Kretschmann, Brigitte Lösch, Maurer, Moser, Nagel, Boris Palmer, Margot Queitsch, Renate Rastätter, Christine Rudolf, Rust, Sakellariou, Schmid, Regina Schmidt-Kühner, Schmiedel, Seltenreich, Edith Sitzmann, Stichelberger, Teßmer, Inge Utzt, Ruth Weckenmann, Wichmann, Alfred Winkler, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

Mit N e i n haben gestimmt:

Behringer, Heiderose Berroth, Dr. Birk, Blenke, Dr. Carmina Brenner, Elke Brunnemer, Döpfer, Dr. Döring, Drautz, Beate Fauser,

Fleischer, Dr. Glück, Dr. Inge Gräßle, Friedlinde Gurr-Hirsch, Alfred Haas, Hauk, Heinz, Herrmann, Hillebrand, Hofer, Kiefl, Kleinmann, Klenk, Dr. Klunzinger, Kurz, Dr. Lasotta, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, Mack, Mappus, Müller, Dr. Noll, Oettinger, Dr. Christoph Palmer, Pauli, Pfister, Pfisterer, Rau, Rech, Dr. Reinhart, Röhm, Rückert, Rüeck, Dr. Schäuble, Dr. Annette Schavan, Schebesta, Dr. Scheffold, Scheuermann, Schneider, Dr. Schüle, Schuhmacher, Seimetz, Sieber, Stächele, Dr. Steim, Stratthaus, Straub, Teufel, Theurer, Dr. Vetter, Christa Vosschulte, Wacker, Wieser, Clemens Winckler, Zimmermann.

\*

Ich lasse nunmehr über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/2267, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/2254, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Antrag ist mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, damit sind alle Anträge unter Tagesordnungspunkt 2 erledigt.

Punkt 2 der Tagesordnung ist damit abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

### **Aktuelle Debatte – Der deutsche Meisterbrief – Qualitätssicherung für Ausbildung – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtdauer von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich auf § 60 Abs. 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

(Abg. Fischer SPD: Aha! Oh, Frau Fauser, da haben Sie aber viele Zettel!)

Das Wort erhält Frau Abg. Fauser.

(Abg. Fischer SPD: Sie haben aber viele Zettel! – Abg. Dr. Caroli SPD: Freie Rede!)

**Abg. Beate Fauser FDP/DVP:** Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir können feststellen, dass die Bundesrepublik Deutschland und insbesondere Baden-Württemberg froh sein können, bei den Jugendlichen eine Arbeitslosenquote zu haben, die – mit der Schweiz und mit Österreich – weltweit am geringsten ist.

(Abg. Schmiedel SPD: Gute Bundesregierung!)

(Beate Fauser)

Meine Damen und Herren, es gibt ganz klar eine signifikante Korrelation zwischen der Jugendarbeitslosigkeit und dem dualen Ausbildungssystem.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wohl wahr!)

Ich möchte Ihnen dazu einige Zahlen vorlesen:

(Abg. Schmiedel SPD: Was? Freie Rede!)

In Griechenland beträgt die Jugendarbeitslosenrate über 25 %, in Spanien zwischen 25 und 30 %. Im hoch gelobten Finnland – was das dortige Schulsystem anlangt – beträgt sie über 21 %. In allen Bereichen, in denen wir eine gut funktionierende Handwerksstruktur haben, gibt es gerade auch für schwächere Jugendliche, die einen Hauptschulabschluss haben, die Möglichkeit, eine Ausbildungsstelle zu bekommen, in einer dreijährigen Lehrzeit ausgebildet zu werden und anschließend auf dem Arbeitsmarkt unterzukommen.

(Unruhe)

Wir haben das Glück, dass heute unsere Handwerksbetriebe zum Teil weit über ihren Bedarf hinaus ausbilden; sie bilden das Dreifache gegenüber den anderen Firmen aus.

(Abg. Wintruff SPD: Das ist aber zurückgegangen!)

Dadurch kommen wieder Arbeitskräfte in die Produktion, die hervorragend für ihren Beruf vorbereitet sind.

Diese Situation prägt auch ganz hervorragend das gute Qualitätsprodukt „Made in Germany“. Ohne diese wirklich gut ausgebildeten Menschen hätten wir größere Probleme als heute. Ich war mit dem Herrn Wirtschaftsminister in Amerika.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Wintruff SPD: Jetzt kommt es heraus! – Abg. Schmiedel SPD: Auf wessen Einladung? – Zuruf von der SPD: So wird das Geld verbubelt! – Abg. Wintruff SPD: Wieso in den USA? Da gibt es überhaupt kein duales System! – Unruhe)

Dort sagte ein deutscher Unternehmer, dass die Amerikaner zwar alles machen würden, aber sie würden auch alles nicht können. Meine Damen und Herren, wir haben den großen Vorteil, dass unsere Arbeiter in den Firmen wirklich Hervorragendes leisten.

Es ist erfreulich, dass wir in 200 000 Handwerksbetrieben 530 000 Lehrlinge ausbilden. Wir können sagen, dass gerade diese Firmen sehr stabil sind.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, ich darf um mehr Ruhe im Saal bitten.

**Abg. Beate Fauser FDP/DVP:** Im Vergleich zum Durchschnitt von 145 Insolvenzen pro 1 000 Betrieben sind es bei Handwerksunternehmen gerade einmal 6,8 Insolvenzen. Wir haben eine hervorragende Struktur im Handwerk. Gerade Baden-Württemberg muss darüber froh und dafür dankbar sein.

Wir hoffen, dass die SPD-Bundesregierung diese Struktur nicht abgräbt und eine instabile Drehtürfunktion schafft,

(Zurufe von der SPD: Was? – Abg. Dr. Caroli SPD: Welche Funktion?)

die instabile Unternehmen auf Gesellenbasis initiiert, die mit Dumpingpreisen, weil sie nur an Wochenenden arbeiten, auf den Markt gehen. Wir haben heute die Situation, dass sich unsere kleinen Betriebe aufgrund der hohen Belastungen, die ihnen die Politik aufgelastet hat, nicht mehr vergrößern können.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Meine Damen und Herren, die grundsätzliche Struktur der Handwerksordnung darf nicht angegangen werden.

(Abg. Capezzuto SPD: Was?)

Sie war seit Jahren stabil. Sie hat viel zu unserer wirtschaftlichen Prosperität beigetragen. Das Einzige, was wir angehen können, ist, dass wir das so genannte Inhaberprinzip abschaffen; denn es kann nicht angehen, dass eine Personengesellschaft diskriminiert wird. Wir können gleichwertige Qualifikationen akzeptieren, sodass der Techniker oder der Ingenieur selbstverständlich als Meister anerkannt werden könnte. Es muss zum Teil Ausnahmeregelungen geben. Wir brauchen auch einen kostengünstigeren und unbürokratischen Erwerb des Meisterbriefs.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut! – Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Darüber hinaus kann man sich eine qualifizierte Altgesellenregelung vorstellen; das ist keine Frage.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Genau das wird doch gemacht! Das tun wir doch!)

Gerade wir in Baden-Württemberg müssen alles tun, damit wir weiterhin diese stabilen, hoch qualifizierten Handwerksstrukturen erhalten. Wir haben das Glück, dass heute die sozial Schwächeren an die Hand genommen werden und eine gute Ausbildung erhalten.

Ich möchte noch einmal auf die eminent hohe Jugendarbeitslosigkeit in anderen Ländern hinweisen. Dass wir hier besser dastehen, können wir auf die Handwerksbetriebe zurückführen, die ein breites Ausbildungsspektrum anbieten.

(Abg. Capezzuto SPD: Was hat das mit dem Meisterbrief zu tun? – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD – Unruhe)

Ich darf Sie wirklich nur bitten, dafür zu sorgen, dass der Meisterbrief weiterhin als hohe Qualitätsanforderung anerkannt wird.

(Zurufe der Abg. Dr. Witzel GRÜNE und Dr. Caroli SPD)

Meister sind nicht nur in ihrer Fertigkeit hoch qualifiziert, sondern haben darüber hinaus auch betriebswirtschaftliche und berufspädagogische Qualifikationen.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

(Beate Fauser)

Dies müssen wir aufrechterhalten. Niemand würde auf die Idee kommen, zu sagen, . . .

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Voßschulte:** Frau Abg. Fauser, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen. Ihre Redezeit ist überschritten.

**Abg. Beate Fauser FDP/DVP:** . . . in Zukunft sollte die Bilanzbuchhalterin gleichermaßen auch als Steuerberaterin anerkannt werden. Wir müssen dies vielmehr als Fort- und Weiterbildung betrachten. Der Meisterbrief ist eine verbesserte Ausbildung über den Gesellenbrief hinaus.

(Abg. Fischer SPD: Frau Fauser, seien Sie Ihrer Kollegin gegenüber doch fair! – Zuruf von der SPD: Was haben Sie gegen Gesellen?)

– Herr Fischer, Ihnen möchte ich dazu noch sagen:

(Abg. Fischer SPD: Sie werden lachen, ich habe den Meisterbrief, ich weiß, wovon ich rede!)

Ich hoffe, dass wir uns in Karlsruhe bei der Schreinerinnung sehen. Dann können Sie sich davon überzeugen, dass der Meisterbrief . . .

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Voßschulte:** Frau Abgeordnete, bitte kommen Sie zum Ende.

**Abg. Beate Fauser FDP/DVP:** . . . nicht überflüssig ist, sondern eine wichtige Fort- und Weiterbildung.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Das war aber zaghafter Beifall!)

**Stellv. Präsidentin Christa Voßschulte:** Das Wort erhält Herr Abg. Fleischer.

**Abg. Fleischer CDU:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen, meine sehr geehrten Kollegen! Dieses Thema ist, wenn man die bundespolitische Szene der letzten Wochen betrachtet, in der Tat außerordentlich aktuell. Deswegen ist es auch angemessen, eine Debatte über Sinn und Wert des Meisterbriefs in einer veränderten Gesellschaft zu führen.

Ich möchte vorweg sagen, dass unter dem, was die Bundesregierung hierzu auf den Weg gebracht hat, aus der Sicht von Baden-Württemberg, dem mittelstandsintensivsten Bundesland dieser Republik, einige Dinge sind, die absolut richtig gesehen und angegangen werden, dass es aber einige andere, zentrale Punkte gibt, die auf unseren schärfsten Widerstand stoßen müssen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD: Das hilft nur nichts!)

Ich möchte daran erinnern, dass es sicherlich richtig ist, wenn die Inhaberbefähigung jetzt entfallen soll.

(Abg. Wintruff SPD: Ausbildereignungsverordnung heißt das!)

Die Wartezeit zwischen Gesellenprüfung und Meisterprüfung kann geändert werden; auch das ist etwas Vernünftiges. Auch die Öffnung der Handwerksrolle für Ingenieure und Hochschulabsolventen wird aus unserer Sicht sehr ähnlich gesehen.

(Beifall des Abg. Dr. Witzel GRÜNE – Abg. Alfred Winkler SPD: Seit 30 Jahren überfällig!)

Wir meinen aber, dass die Bundesregierung derzeit unter dem Stichwort der Entbürokratisierung eine umfassende Novellierung der Handwerksordnung betreibt und dass sie diese Reform entgegen früherer Zusagen nicht in enger Abstimmung mit dem Handwerk, sondern gegen das Handwerk auf den Weg gebracht hat. Deshalb ist es verständlich, wenn gerade bei uns in Baden-Württemberg die Vertreter des Handwerks außerordentlich verstimmt und verärgert sind.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Beim Handwerk, gerade auch hier in Baden-Württemberg, bestand nämlich durchaus Gesprächsbereitschaft und auch die Bereitschaft, einige Dinge entsprechend zu verändern.

Wenn die Bundesregierung nunmehr sagt, dass sie mit ihrer Reform beabsichtige, neue Arbeitsplätze zu schaffen, dann geht sie am Ziel vorbei. Das Problem liegt nicht in der Zahl fehlender Arbeitskräfte, sondern in den viel zu hohen Lohnnebenkosten.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau!)

Wenn es der Bundesregierung um die Schaffung neuer Arbeitsplätze geht, muss sie endlich von ihrer völlig verfehlten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik abrücken und dafür sorgen, dass es wieder Bewegung in diesem Land gibt.

Wir verkennen nicht einen gewissen Bedarf an Reformen im Handwerksrecht, aber eine Reform muss dann eben auch vernünftig durchgeführt werden.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Abgelehnt!)

Zu den Vorschlägen im Einzelnen darf ich Folgendes bemerken: Zentraler Bestandteil der rot-grünen Koalitionsvorschlüsse ist die Anlage A der Handwerksordnung, betrifft also diejenigen Handwerksberufe, für deren selbstständige Ausübung der Meisterbrief Voraussetzung ist: Sie sollen auf so genannte gefahrgeneigte Gewerbe beschränkt werden.

(Abg. Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Von den bislang 94 meisterpflichtigen Berufen sollen noch ganze 32 in Anlage A verbleiben.

(Abg. Capezzuto SPD: Das reicht! – Abg. Schmiedel SPD: Das reicht völlig!)

Dies ist ein massiver Kahlschlag beim Meisterbrief, und diesen Kahlschlag, Herr Capezzuto, lehnen wir ab.

Das Problem des Handwerks – das muss deutlich gesagt werden, meine sehr verehrten Damen und Herren – ist nicht der Meisterbrief, sondern eine falsche Wirtschaftspolitik von Rot-Grün.

(Fleischer)

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Minister Dr. Döring: Genau! – Widerspruch bei der SPD – Abg. Carla Bregenzer SPD: Das hat aber lange gedauert!)

– Dass Ihnen von Rot-Grün das unangenehm ist, ist mir klar. Aber das ist die Realität.

(Minister Dr. Döring: So ist es!)

Die Einsortierung allein nach dem Kriterium der Gefahrengeignetheit greift entschieden zu kurz. Sie ist zum einen teilweise nicht nachvollziehbar, ja geradezu willkürlich. Vor allem aber lässt sie die große Ausbildungsleistung des deutschen Handwerks außer Betracht. Wer in 65 Berufsbildern den Meisterbrief als Zugangsvoraussetzung für die selbstständige Betriebsführung abschafft, der muss wissen – und jetzt folgt die Antwort auf das gerade geäußerte Warum –, dass er damit auch die Zahl derjenigen, die in diesem Berufsbild ausbilden dürfen, drastisch reduziert.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Abg. Fleischer** CDU: Nein, keine Zwischenfrage. Die Zeit reicht mir sonst nicht.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Herr Fleischer, das hätte ich nicht von Ihnen erwartet!)

Bislang war mit dem Meisterbrief automatisch die Ausbildungsberechtigung verbunden. Macht sich künftig jemand in einem dieser Gewerbe selbstständig, ohne Meister zu sein, so muss er, um ausbilden zu können, eine zusätzliche Prüfung ablegen. Wer wird diese Hürde freiwillig, meine sehr verehrten Damen und Herren, überspringen,

(Abg. Schmiedel SPD: Österreich liefert das Gegenbeispiel!)

wenn es ihm darauf ankommt, sich möglichst rasch und ohne großen Befähigungsnachweis selbstständig zu machen?

(Abg. Nagel SPD: Er liest wörtlich ab!)

Die neuesten Zahlen des Handwerks in Baden-Württemberg beweisen, dass bereits die Art der Diskussion dazu geführt hat, dass die Bereitschaft zur Ausbildung um 7 bis 8 % zurückgegangen ist. Das sollte selbst Sie zum Nachdenken bringen.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Also ich bitte Sie! Wie können Sie denn das belegen, Herr Fleischer?)

Das Handwerk, besser gesagt, die Handwerksmeister bilden bisher weit über den eigenen Bedarf bei uns aus

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Lassen Sie doch meine Frage zu?)

und leisten damit einen wichtigen Beitrag für die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie können doch nach der Frage weiterreden!)

Aber wer wird, frage ich, noch über Bedarf ausbilden, wenn der „frisch gebackene“ Geselle zukünftig jederzeit und ohne Meisterbrief einen Konkurrenzbetrieb an der nächsten Ecke eröffnen darf?

(Abg. Capezzuto SPD: Nach fünf Jahren und zehn Jahren!)

– Nein, nein, das ist ein anderes Thema.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Abg. Fleischer** CDU: Eine Abschaffung der Meisterpflicht in den Berufen, die in hohem Maße zur Ausbildung unserer jungen Menschen beitragen, ist daher abzulehnen. Die zusätzlichen Vorschläge der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, wonach der Schutz wichtiger Gemeinschaftsgüter wie zum Beispiel der Umweltschutz und der Verbraucherschutz als weitere Kriterien zur Gefahrengeignetheit herangezogen werden sollten, sind erörterungswürdig. Dies sollte bei den weiteren Diskussionen auch im Bundesrat beachtet werden.

Der zweite – damit komme ich zum Schluss – herausragende Baustein der rot-grünen Reformschläge

(Abg. Capezzuto SPD: Na, na!)

– ja, es sind auch Schläge –,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Freud lässt grüßen!)

Reformvorschläge ist die so genannte kleine Handwerksnovelle, die in einem gesonderten Gesetzentwurf vorsieht, eine gesetzliche Definition einfacher Tätigkeiten einzuführen,

(Abg. Schmiedel SPD: Sehr gut!)

nämlich dann, wenn sie in einem Zeitraum von zwei bis drei Monaten erlernbar sind. Es gibt nichts, was, wenn es entsprechend aufgeteilt wird, im Handwerk nicht in zwei bis drei Monaten erlernbar wäre. Also wäre das eine Atomisierung und eine Unterhöhnung des Meisterbriefs, ein Unterlaufen à la longue gesehen, und muss deshalb von uns abgelehnt werden.

Zusammenfassend: Es sind einige richtige Ansätze vorhanden, die man auch weiterverfolgen sollte. Aber bei den entscheidenden tragenden Bausteinen dieser rot-grünen Vorschläge finden Sie unsere erklärte Gegnerschaft und unsere erklärte Ablehnung.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD: Nicht regierungsfähig, die CDU!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Capezzuto.

**Abg. Capezzuto** SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Fleischer, ich habe natürlich Verständnis für Ihre Haltung, aber wenn Sie mir

(Capezzuto)

nun wenigstens ein Ohr leihen, dann werde ich versuchen, Sie vom Gegenteil zu überzeugen.

(Abg. Fleischer CDU: Sie können wählen!)

– Das linke wäre mir lieber.

(Abg. Seimetz CDU: Da wäre Herr Fleischer schön dumm, wenn er dir ein Ohr leihen würde!)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wir müssen in der Tat feststellen, dass eine Reform des Handwerks – das haben Sie selbst gesagt, Herr Kollege Fleischer – aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit und im Hinblick auf eine zunehmende Öffnung des Europäischen Binnenmarkts notwendig ist. Das bestreitet inzwischen auch aus Ihren Reihen kaum mehr jemand. Denn nur durch eine wirkungsvolle Reform, wie wir sie vorschlagen,

(Abg. Fleischer CDU: Nicht Reform, Ergänzung!)

werden wir mehr Existenzgründer bekommen und Arbeitsplätze sichern und auch neue Arbeitsplätze schaffen können.

(Beifall der Abg. Schmiedel und Wintruff SPD – Abg. Fleischer CDU: Sie müssen mehr Arbeit schaffen! Das ist der Drehflügeleffekt!)

Herr Kollege Fleischer, Gott sei Dank ist das nicht nur die Meinung der Sozialdemokraten. Zum Beispiel sagt der Leiter des Bereichs Industrieökonomik am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Georg Licht – ich zitiere mit Erlaubnis der Frau Präsidentin –

(Abg. Döpfer CDU: Wie heißt der?)

– hören Sie doch zu, dann lernen Sie etwas –:

*Es entstehen mit Sicherheit Arbeitsplätze durch das Abschaffen der Meisterprüfung für Betriebsgründungen.*

Wörtlich führt er weiter aus:

*Die Meisterprüfung ist eine Schranke für den Markteintritt und mitverantwortlich für die geringe Gründungsdynamik im Handwerk.*

(Abg. Seimetz CDU: Wenn er das seinen Meistern erzählt, kriegt er den Frack voll!)

In kaum einem anderen Land, nur noch in Luxemburg sei die Eröffnung eines Handwerksbetriebs so schwierig wie in Deutschland.

Der Geschäftsführer des Tübinger Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung

(Abg. Fleischer CDU: Welches Handwerk übt der aus?)

geht sogar noch einen Schritt weiter, Herr Kollege Fleischer. Er führt aus: Die jetzige Handwerksordnung treibt in die Schwarzarbeit.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Aha! – Zurufe von der CDU)

Herr Minister, Sie haben ja letzte Woche darauf hingewiesen, dass wir – –

(Zurufe von der CDU)

– Ja, Gott, wofür haben wir dann die Wirtschaftsforschung, wenn Sie ihr keinen Glauben schenken?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, viele Gesellen machen sich, Herr Kollege Fleischer, bereits heute jenseits jeglicher Legalität selbstständig.

(Abg. Kurz CDU: Wie geht denn das?)

Das wollen wir unterbinden, Herr Minister. Der Vorsitzende des Sachverständigenrats, Wolfgang Wiegand, sagt hierzu:

*Die geltende Handwerksordnung stellt eine massive Marktzutrittsbeschränkung dar. Sie erschwert Neugründungen und die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze.*

(Abg. Schmiedel SPD: So ist es!)

*Weiter schränkt sie den Wettbewerb ein und führt zu übersteuerten Handwerksleistungen. Sie fördert ein Ausweichen in die Schattenwirtschaft. Statt teurer Handwerksleistungen werden unsachgemäße Do-it-yourself-Arbeiten durchgeführt.*

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kurz?

**Abg. Capezzuto SPD:** Wenn es nicht von meiner Redezeit abgezogen wird. Nur dann!

(Unruhe)

**Abg. Kurz CDU:** Herr Kollege Capezzuto, ist Ihnen bekannt, dass das Handwerk heute unter mangelnder Auslastung leidet?

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Wie kann der Wegfall eines Qualifikationsmerkmals neue Arbeitsplätze schaffen? Das müssen Sie mir einmal erklären. Was uns fehlt, ist Arbeit. Die Beseitigung von Qualifikationen bringt keine Aufträge für das Handwerk.

**Abg. Capezzuto SPD:** Herr Kollege Kurz, ich merke bei mir im Wahlkreis von einer zu geringen Auslastung nichts. Ich muss, wenn ein Fenster kaputt ist, zehn Tage auf einen Handwerker warten. Daher kann davon nicht die Rede sein.

(Zurufe von der CDU: Doch!)

– Bitte, jetzt möchte ich meine Rede weiterführen.

Herr Kollege Fleischer, mit der Berliner Gesetzesnovelle – Herr Minister, regen Sie sich nicht auf; Sie können mir ja nachher entsprechend antworten –

(Abg. Fleischer CDU: Das wird er tun!)

eröffnen wir den Existenzgründern neue Perspektiven und geben dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt eine Chance.

(Capezzuto)

Diese Novelle, die nach 50 Jahren wirklich notwendig ist, greift auch empfindlich in die Freiheit der selbstständigen Berufsausübung ein.

(Abg. Fleischer CDU: Sie kippen das Kind mit dem Bade aus!)

– Herr Kollege Fleischer, noch einmal: Wir haben einen Bedarf bei den Ausbildungsplätzen. Das haben Sie vorhin erklärt, und Frau Fauser hat hier etwas vorgeschwärmt, was gar nicht sein kann. Denn von 1996 bis 2001

(Abg. Ruth Weckenmann SPD unterhält sich mit Abg. Beate Fauser FDP/DVP.)

– Frau Fauser, hören Sie genau zu! – haben wir einen Rückgang der Zahl der Ausbildungsplätze um 65 000 – in ganz Deutschland natürlich – zu verzeichnen.

(Minister Dr. Döring: Warum wohl?)

– Was heißt da: „Warum?“ Herr Minister, 1996 war die rot-grüne Bundesregierung doch noch gar nicht dran. Mit dem Argument können Sie mir nicht mehr kommen.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Ich möchte noch einmal der Behauptung widersprechen, Rot-Grün wolle den Meisterbrief abschaffen.

(Abg. Fleischer CDU: Natürlich!)

Das ist doch überhaupt nicht wahr. Gott sei Lob haben Sie wenigstens die Differenzierung zwischen der A-Gruppe und der B-Gruppe – gefahreneigelt oder nicht – vorgenommen. Meine Damen und Herren, wieso soll eigentlich jemand – ein Frisör beispielsweise oder ein Maler –

(Abg. Kurz CDU: Metzger!)

Wo ist da Gefahr im Verzug, Gefahr für Leib und Leben? Vielleicht beim Kollegen Döpper – das könnte sein –: Wenn der Frisör die Haare sucht, findet er keine.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Abg. Fleischer CDU: Dann eher bei Ihnen, bei Ihrem vollen Haar! Lieber beim vollen Haar vom Capezzuto! Ihnen droht der Glatzkopf!)

Wir sind nach wie vor der Meinung, dass durch die Gesetzesnovelle der Bundesregierung Existenzgründungen und – das ist in Baden-Württemberg besonders wichtig – Unternehmensnachfolgen ermöglicht oder zumindest erleichtert werden. Wir werden in den kommenden sieben Jahren 60 000 Unternehmensnachfolgen haben.

(Zuruf des Abg. Kurz CDU)

Dadurch gibt es Erleichterungen, Herr Kollege Kurz –

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen. Ihre Redezeit ist überschritten.

(Abg. Schmiedel SPD: Die Zwischenfrage muss abgezogen werden!)

**Abg. Capezzuto SPD:** Jawohl.

Gleichzeitig wird unserer Meinung nach durch diese Maßnahme der Meisterbrief als Qualitätssiegel aufgewertet.

(Zurufe von der CDU: Was?)

Der Meisterbrief kann fakultativ ja jederzeit erworben werden, und ihn wird es daher weiterhin geben. Meine Damen und Herren, wenn ein Frisörgeselle meint, er müsse trotzdem den Meisterbrief erwerben, wird er zum Beispiel durch das Meister-BAföG unterstützt.

(Abg. Fleischer CDU: Dann macht er es doch nie!)

– Doch, das steht in unserer Novelle. Dann haben Sie sie nicht gelesen, muss ich feststellen. Lesen Sie unsere Novelle!

Ich darf ein letztes Zitat bringen, und dann trete ich ab, Frau Präsidentin.

(Heiterkeit)

Es stammt wieder vom Vorsitzenden des Sachverständigenrats. Wolfgang Wiegand

(Zuruf des Abg. Döpper CDU)

– er hat viel gesagt, was Ihnen nicht passt – sagte im „Handelsblatt“:

*Im Übrigen geht es bei der großen Novelle überhaupt nicht um die Abschaffung des Meisterbriefes, sondern lediglich um die Aufhebung des Zwangs zur Ablegung der Meisterprüfung in vielen Handwerksberufen.*

(Abg. Fleischer CDU: Was ist die Wirkung? Genau die gleiche! – Minister Dr. Christoph Palmer: Das ist faktisch das Gleiche!)

Sie, Herr Kollege Fleischer, haben diese Unterscheidung – Gott sei Lob – auch vorgenommen.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, Sie wollten zum Ende kommen.

**Abg. Capezzuto SPD:** Ich wollte gerade Schluss machen. – Ich gehe darauf im zweiten Teil noch ein, Herr Kollege Fleischer.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Witzel.

**Abg. Dr. Witzel GRÜNE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Der Titel der Debatte lautet: „Der deutsche Meisterbrief“, und ich darf Ihnen ganz kurz und knapp die Position der Grünen dazu darlegen.

(Minister Dr. Christoph Palmer: Die haben keine! – Abg. Fleischer CDU: Das wird eine kurze Rede!)

Sie heißt: Der deutsche Meisterbrief bleibt erhalten. Der deutsche Meisterbrief ist ein wichtiger Beitrag zur Qualifi-

(Dr. Witzel)

zierung junger Handwerker. Sie erwerben bei der Ausbildung zum Meister wichtige betriebswirtschaftliche Kenntnisse. Das macht sie dann fit, einen eigenen Betrieb zu führen.

(Minister Dr. Christoph Palmer: Bisher nicht schlecht! – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Niemand denkt daran, das wichtige Instrument des Meisterbriefs abzuschaffen.

(Minister Dr. Christoph Palmer: Das ist bisher nicht schlecht! – Abg. Fleischer CDU: Bis auf den letzten Halbsatz!)

Worum geht denn der politische Streit, Herr Fleischer? Es geht um die Frage, ob jeder, der einen Handwerksbetrieb gründet, einen Meisterbrief haben muss. Dafür, diesen Zwang zu lockern – ihn nicht abzuschaffen, aber zu lockern –, gibt es drei gute Gründe. Die Stichworte lauten: erstens Europa, zweitens Arbeitsmarkt und drittens Verbraucher.

(Abg. Kurz CDU: „Europa“ stimmt nicht! – Abg. Fleischer CDU: „Verbraucher“ ist sicher falsch!)

Ich möchte das kurz erläutern.

Das erste Stichwort ist „Europa“. Den Meisterzwang gibt es außer in Deutschland nach meiner Kenntnis nur in Österreich und in Luxemburg.

(Abg. Capezzuto SPD: In Österreich auch nicht mehr! Das Bundesverfassungsgericht hat ihn in Österreich abgeschafft!)

– Also noch ein Land weniger. – Deutschland steht mit dem Zwang zum Erwerb des Meisterbriefs in Europa ziemlich allein da.

(Abg. Fleischer CDU: Wir haben die besten Erfahrungen gemacht!)

Das hat dazu geführt, dass ein Handwerker aus Frankreich, der nach Deutschland kommt, hier einen Betrieb gründen kann.

(Minister Dr. Christoph Palmer: Aber das spielt keine Rolle! – Gegenruf des Abg. Capezzuto SPD: Was heißt da „spielt keine Rolle“?)

Er braucht keinen Meisterbrief. Aber sein deutscher Kollege kann den Betrieb nur gründen, wenn er einen Meisterbrief hat.

(Minister Dr. Christoph Palmer: Das spielt quantitativ überhaupt keine Rolle!)

Das ist eine Diskriminierung der Inländer.

(Abg. Fleischer CDU: Die 15 italienischen Frisöre machen das Kraut doch nicht fett! – Minister Dr. Christoph Palmer: Das hat doch gar keine Relevanz!)

Wir haben heute Vormittag ausführlich über die EU gesprochen, und hier wurde das Hohelied von der europäischen Einigung gesungen. Und jetzt wollen Sie von der CDU und

der FDP/DVP die Diskriminierung von Inländern verteidigen. Das ist absurd. Ich fordere Sie auf, die Ablehnung aufzugeben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Punkt 2 – darauf hat Herr Kollege Capezzuto schon hingewiesen –: Die geltende Handwerksordnung stellt eine massive Marktzutrittsbeschränkung dar. Sie erschwert Neugründungen und erschwert damit auch die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Die Monopolkommission hat gesagt, bei einer Abschaffung des Meisterzwangs würden eine Million Arbeitsplätze neu entstehen. Herr Fleischer, ich bin mit Ihnen einer Meinung: Diese Zahl ist sicher unrealistisch.

(Abg. Fleischer CDU: Da kommt der Drehtüreffekt bei gleicher Arbeit, die vorhanden ist!)

Aber die Abschaffung der Marktzutrittsbeschränkung und mehr Gerechtigkeit beim Zugang zum Arbeitsmarkt würden mehr Dynamik bringen, und eine solche Dynamik kann dazu führen, dass neue Betriebe gegründet werden. Sie führen auch zu Arbeitsplätzen. Wir haben dafür Beispiele in Europa.

(Abg. Fleischer CDU: Da brauchen wir einen wirtschaftlichen Aufschwung!)

Sehen Sie sich beispielsweise Südtirol an, wo es genau deshalb zu einem Zuwachs an Betrieben im Handwerk gekommen ist. Ich kann nur sagen: In der derzeitigen Situation des Arbeitsmarkts müssen wir alles unternehmen, um auch kleine Effekte im Arbeitsmarkt zu realisieren.

Die FDP/DVP kann ich wahrhaftig nicht verstehen, Frau Fauser und Kollegen.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Sie fordern überall Freiheit, den Abbau von Hürden usw.

(Abg. Schmiedel SPD: Der Wirtschaftsminister jeden Tag dreimal!)

Dann aber stellen Sie sich hier hin und polemisieren, wenn der Meisterzwang liberalisiert werden soll.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Fleischer CDU: Unglaublich! – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Haben Sie schon einmal etwas von Qualität und Qualitätsstandards gehört?)

Ich komme jetzt auf den dritten Aspekt, auf die Verbraucher. Was wollen die Verbraucher haben? Die Verbraucher wollen Dienstleistungen haben, die ihren Problemen angemessen sind. Sie wollen keine Lösungen haben, die nach der Handwerksordnung eingeteilt werden.

Stellen Sie sich vor, Sie haben zu Hause einen Rohrbruch. Dann müssen Sie als Erstes einen Klempner beauftragen.

(Dr. Witzel)

Dann müssen Sie einen Maurer beauftragen, der das Loch wieder zuschmiert, und Sie müssen einen Maler beauftragen, der wieder eine Tapete darüber klebt. Der Verbraucher will aber nicht mit drei Handwerkern zu tun haben; er möchte die Leistungen möglichst aus einer Hand haben. Wenn die Handwerksordnung liberalisiert wird, ist das leichter möglich. Das ist ein Beitrag, mehr auf die Verbraucher zuzugehen,

(Abg. Fleischer CDU: Das war ein Gedanke bei der Verwaltungsreform!)

neue Möglichkeiten zu schaffen. Deshalb wird das den Verbrauchern nützen, und auch deshalb sollten wir die Handwerksordnung liberalisieren.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, ich habe in der Kürze der Zeit einige Gründe dafür genannt, weshalb es wichtig ist, die Handwerksordnung zu novellieren. Das, was die Bundesregierung vorgelegt hat, ist durchaus maßvoll. Nur bei 58 der 94 Gewerke wird der Meisterzwang abgeschafft. Bei allen anderen bleibt er bestehen bzw. kann der Meister durch einen erfahrenen Gesellen ersetzt werden.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Herr Fleischer, für mindestens 60 % der Beschäftigten bleibt es im Wesentlichen bei der alten Regelung. Sie haben ja selbst auch gesagt, die Lockerung des Inhaberprinzips finde Ihre Unterstützung. Da wird also etwas Richtiges gemacht. Deshalb ist es für mich völlig unverstänglich, dass von der CDU am 9. Juli eine Pressemitteilung mit dem Titel „Kahlschlag beim Meisterbrief“ kam.

(Abg. Fleischer CDU: Das ist es, natürlich!)

– Nein, es ist kein Kahlschlag. Es ist eine maßvolle Reform.

Weil meine Redezeit zu Ende ist, darf ich mit Erlaubnis der Präsidentin nur noch ein Zitat vorlesen: Otto Graf Lambsdorff, seinerzeit Wirtschaftsminister der FDP,

(Abg. Capezzuto SPD: Ah ja!)

beurteilt jetzt die vorliegende Reform in der Zeitung „Die Welt“ vom 7. Juli 2003 wie folgt:

*Vor dem Hintergrund der EU-Niederlassungsfreiheit und der Nachfolgeprobleme mancher Handwerksbetriebe erscheint dieser Reformansatz, der historisch gewachsene Marktzugangsbeschränkungen weitgehend aufhebt, durchaus maßvoll und trägt wohl kaum zum Untergang des Abendlandes bei.*

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Oh-Rufe von der SPD)

Meine Damen und Herren von der CDU und der FDP/DVP, geben Sie Ihren Widerstand gegen die Novellierung der Handwerksordnung auf!

(Abg. Schmiedel SPD: Jetzt, Frau Fauser! – Abg. Capezzuto SPD: Jetzt ist Frau Fauser aber enttäuscht!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Döring.

(Abg. Schmiedel SPD: Der Letzte, der etwas von Wirtschaft versteht! – Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Reform, die Sie in Berlin auf den Weg gebracht haben, krankt zum einen daran, dass Sie entgegen der Zusage und entgegen der Ankündigung, diese Reform nur mit und nicht gegen das Handwerk durchzuführen,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist der entscheidende Punkt!)

das glatte Gegenteil gemacht haben. Sie haben sich eben nicht mit dem Handwerk zusammengesetzt, um die Reform – so, wie es vonseiten des Handwerks mehrfach angeboten wurde – mit dem Handwerk durchzuführen, sondern Sie haben die Reform gegen das Handwerk auf den Weg gebracht.

(Abg. Schmiedel SPD: Das ist Blabla!)

Herr Kollege Schmiedel, jetzt müssen Sie, auch wenn es Ihnen schwer fällt, einfach einmal ein paar Minuten zuhören. Ich weiß, dass das für Sie immer eine besonders schwierige Übung ist.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Sie haben einen Punkt angestrengt, den auch Kollege Dr. Witzel angesprochen hat, nämlich die Einteilung in „gefahreneneigt“ und „nicht gefahreneneigt“. Das ist die reine Willkür!

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Das ist der Punkt, warum da natürlich Kritik ansetzen muss.

(Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Herr Kollege Witzel, nehmen Sie einmal zwei Beispiele entgegen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Warum ist das Willkür?)

– Ich will es Ihnen gleich sagen. Das ist willkürlich festgelegt. Nehmen Sie einmal folgendes Beispiel: Die Brücke wird gebaut.

(Abg. Schmiedel SPD: Welche Brücke?)

Nach Ihrem Vorschlag muss der Straßenbauer für den Bau der Straße, die zu der Brücke hin verläuft, den Meisterbrief haben. Der Wasserbauer, der die Pfeiler unten verankern muss, muss ihn nicht haben.

(Abg. Schmiedel SPD: Was für ein Wasserbauer? – Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Das ist glatte Willkür!

(Zurufe von der SPD)

(Minister Dr. Döring)

Zweites Beispiel: Der Zweiradmechaniker muss nach Ihrem Vorschlag den Meisterbrief haben. Der Büchsenmacher muss ihn nicht haben. Von dem Zweiradmechaniker geht wahrscheinlich weit mehr Gefahr aus als vom Büchsenmacher.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Das ist eine Logik, die sich mir auf den ersten Blick nicht erschließt.

(Zurufe von der SPD)

Sie werden mir das nachher sicher auf den zweiten Blick erklären können, Frau Kollegin Bregenzer.

(Zurufe von der SPD)

Die Einteilung in „gefährungeneigt“ und „nicht gefährungeneigt“ ist die glatte Willkür, um es noch einmal ganz deutlich zu sagen.

Der nächste Punkt: Es ist vom Kollegen Fleischer angesprochen worden –

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Sie wissen, was auf Schwäbisch ein Büchsenmacher ist! – Abg. Schmiedel SPD: Ein Büchsenmacher läuft nicht mit Pistolen durch die Gegend!)

– Sie sollten, verehrter Herr Kollege Kretschmann, verehrter Herr Kollege Schmiedel, nicht das Niveau des Herrn Capezzuto erklimmen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit)

Er hat heute mit allergrößter Anstrengung eine Besuchergruppe geradezu in Begeisterung versetzt. Sie wäre beinahe über die Tribüne gefallen, als sie ihn hier bei seinen Ausführungen gesehen hat. Unglaublich!

(Heiterkeit – Abg. Capezzuto SPD: Sie schläfern gerade den Rest ein!)

Verehrter Herr Kollege Capezzuto,

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

noch einmal bezüglich der Einteilung in „gefährungeneigt“ und „nicht gefährungeneigt“: Sie werden, weil das einer der entscheidenden Bestandteile ist, nicht nachweisen können –

(Zurufe von der SPD)

Nehmen Sie doch andere Beispiele. Ich sage es Ihnen gleich, Herr Schmiedel. Es ist doch gar keine Frage, dass hinsichtlich einer Novellierung der Handwerksordnung Bedarf besteht.

Erster Punkt, unstrittig auf den Weg zu bringen: Inhaberprinzip.

(Zurufe von der SPD: Also!)

Zweiter Punkt, auch keine Frage: Zugang für berufsähnliche Abschlüsse bei den Qualifikationen. Auch kein Thema, denke ich.

(Abg. Fleischer CDU: Richtig! – Abg. Schmiedel SPD: Dritter Punkt!)

Dritter Punkt: deutliche Verkürzung der Wartezeit. Es ist völlig unzumutbar, dass man sagt, man müsse 47 Jahre alt sein und Jahrzehnte an Wartezeiten haben. Wenn ein Geselle fertig ist und sagt: „Ich traue es mir zu, ich steige gleich in die Meisterprüfung ein“, soll man den machen lassen. Warum nicht?

Nächster Punkt – auch der ist meiner Meinung nach zwingend notwendig –: die so genannte Altgesellenregelung. Wenn ein Geselle zehn Jahre qualifizierte Arbeit geleistet hat, davon fünf Jahre in besonders verantwortungsvoller Tätigkeit, warum denn nicht?

(Abg. Schmiedel SPD: Na also!)

Das heißt, bei der Novellierung der Handwerksordnung muss ganz selbstverständlich eine Reformbereitschaft, die ja beim Handwerk da ist, abgerufen und konkretisiert werden. Dann muss dies auch der Reihe nach ganz konkret umgesetzt werden; aber es muss bezüglich des Meisterbriefs an den Stellen, an denen er sich ganz eindeutig als Qualitätssiegel und Qualitätsmerkmal erwiesen hat, auch festgehalten werden.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Dies ist ohne Frage auch ein entscheidender Punkt, der die mittelständische Kultur in Deutschland und in Baden-Württemberg prägt. Es ist ein ganz entscheidender Punkt, der zum hohen Ausbildungsniveau bei uns in Deutschland und in Baden-Württemberg beiträgt, und die Handwerksstrukturen sind bei uns in der Regel erfreulicherweise auch intakt.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Weckenmann?

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Ich habe Sie nicht verstanden. Entschuldigung.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Weckenmann?

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Ja, klar.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Bitte, Frau Abg. Weckenmann.

(Unruhe)

**Abg. Ruth Weckenmann SPD:** Herr Minister, wie beurteilen Sie die Situation im Gartenbau? Wissen Sie, dass im Gartenbau der Meisterbrief nicht zwingend vorgeschrieben ist? Wie schätzen Sie es ein, dass trotzdem viele Gartenbauunternehmen mit einem Meister firmieren und Betriebsinhaber den Meister machen?

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Es ist überhaupt keine Frage – das habe ich Ihnen doch eben darzustellen versucht –, dass wir bei dem gesamten Thema der Novellierung der Handwerksordnung eine ganze Reihe von Reformen brauchen. Das habe ich Ihnen eben in einer ganzen Reihe von Punkten aufgezeigt,

(Abg. Schmiedel SPD: Warum haben Sie dann nie etwas gemacht?)

(Minister Dr. Döring)

die angegangen werden müssen und zu denen man auch bereit ist. Aber Sie werden nicht darum herumkommen – um es zum dritten Mal zu sagen –, zuzugeben, dass Sie am Kern bezüglich dessen, wofür noch ein Meisterbrief erhalten bleiben soll, und dessen, was aus der Pflicht zum Meisterbrief herausgenommen werden kann, keine sinnvolle Differenzierung vornehmen, sondern dass Sie die Differenzierung willkürlich vornehmen. Wenn Sie sich bereit erklären – was bei Ihnen gar kein Problem sein dürfte –, den Punkt bezüglich der zehnjährigen Gesellenregelung bei fünf Jahren Verantwortung aufzunehmen, kommen wir dem doch weit entgegen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Elektriker gefährlich, Friseur ungefährlich! Was ist daran schwierig? – Gegenruf des Abg. Fleischer CDU: Ihr Mecki ist gefährdet!)

Beim Inhaberprinzip kommt man weit entgegen, bezüglich der Qualifikation in anderen Bereichen auch.

Strich darunter: Ich würde mir viel mehr wünschen, dass wir jetzt nach Möglichkeit gemeinsam mit dem Handwerk und im Bundesrat auch mit der Bundesregierung und den Ländern eine vernünftige, zeitgemäße Novellierung der Handwerksordnung hinbekommen

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

und dass wir uns dann darüber Gedanken machen, wie wir erreichen können, nicht ständig den Meisterbrief aus einer Defensive heraus verteidigen zu müssen, sondern dass wir einmal in die Offensive gehen und sagen: Wertet ihn auf, auch bezüglich der internationalen Anerkennung! Wertet ihn auf in Bezug auf das, was ein Meisterbrief an Leistung bedeutet, und bringt nicht immer die Diskussion von der anderen Seite her: Dort kann man ohne dies oder jenes diesen oder jenen Beruf ergreifen. Wertet den Meisterbrief auf!

(Abg. Fleischer CDU: Im Elsass beneidet man uns um den Meisterbrief!)

Wer die Anstrengungen in Bezug auf die Meisterprüfung und den Meisterbrief einzuschätzen weiß, der weiß auch, dass wir eine internationale Maßstabsetzung, vergleichbar dem Bachelor, anstreben könnten, damit es beim Meisterbrief eine Aufwertung gibt und keine ständige Abwertung. Das muss das Ziel sein. Dann hätten wir eine Menge für das Handwerk getan.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Minister, gestatten Sie eine Nachfrage des Herrn Abg. Kretschmann?

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Ja. Entschuldigung.

**Abg. Kretschmann GRÜNE:** Herr Minister, können Sie vielleicht zur Kenntnis nehmen, dass wir nicht den Meisterbrief abschaffen wollen, sondern den Zwang? Das heißt, es ist doch jedem, der an den Markt geht, überlassen, einen Meisterbetrieb für seine Handwerksleistung zu nehmen. Es ist doch auch den Betrieben überlassen, zu sagen: Wir sind ein Meisterbetrieb; wir bieten eben mehr. Das heißt, es ist doch eine Chance, dass sich Meisterbetriebe auch als solche am Markt endlich darstellen. Man kann die Sache so sehen

wie Sie, aber – das kann ich nicht verstehen – was ist daran liberal?

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Herr Kollege Kretschmann, ich halte es bezüglich des Qualifikationsnachweises für dringend notwendig, dass dies auch den Verbrauchern gegenüber – dies ist vorhin ein Stichwort gewesen – ganz selbstverständlich da steht.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau!)

Jetzt sagen Sie, das könne auf freiwilliger Basis erreicht werden, es müsse kein Zwang dahinter sein. Aber die Aufteilung – ich sage es noch einmal – nehmen Sie eben sehr unterschiedlich vor.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Elektriker ist halt gefährlich und Frisör nicht! Was ist jetzt daran schwierig?)

Das ist der entscheidende Punkt, der nicht überzeugt. Deswegen wollen wir das insgesamt für alle Handwerksbereiche klar geregelt haben.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Capezzuto.

(Abg. Fleischer CDU: Hat der noch Redezeit?)

**Abg. Capezzuto SPD:** Herr Minister, jetzt muss ich doch noch einmal kurz auf Ihre Ausführungen eingehen. Wenn es so war, wie Sie sagten, dann habe ich wenigstens meine Gruppe begeistert. Sie haben uns mit Ihrer Rede überhaupt nicht begeistern können.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen – Beifall des Abg. Drexler SPD)

Ich habe zu Frau Fauser hinübergeschaut. Frau Fauser hat in der Zwischenzeit genau viermal gähnen müssen.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Mit der Berliner Gesetzesnovelle, Herr Minister, eröffnen wir Existenzgründungen neue Perspektiven – das haben wir vorhin gesagt – und geben dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt neue Impulse.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

– Ja, gut.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

Dabei wollen wir erstens –

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

– Hören Sie jetzt einmal genau zu! Dann lernen Sie etwas bei diesem Thema.

Die Inländerdiskriminierung wird dadurch abgebaut. Vorhin wurde es schon gesagt: Wir haben derzeit 60 000 bis 62 000 Unternehmensübergaben.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

– Seien Sie doch jetzt einmal ruhig!

(Capezzuto)

(Abg. Dr. Birk CDU: Das ist nicht einmal gemeinderatsreif!)

Die Unternehmensübergaben werden erleichtert. – Ach, mein Gott, sind Sie primitiv, Herr Birk. Herr Dr. Birk, Entschuldigung.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

Langjährige Gesellen, Ingenieure und Techniker finden eine erleichterte Eintragung in die Handwerksrolle. Das haben Sie zum Beispiel noch gar nicht bedacht, Herr Dr. Birk.

(Abg. Dr. Birk CDU: Aber Herr Fleischer hat das alles bedacht!)

Zweitens, Herr Dr. Birk, ist vorhin die Rede davon gewesen, Herr Minister,

(Abg. Dr. Birk CDU: Ganz ruhig bleiben!)

dass es eine Liste mit den gefahrengeeigneten Tätigkeiten gibt. Herr Kretschmann hat ja richtigerweise immer wieder dazwischen gesprochen und hat Sie gefragt. Sie haben aber noch keine Antwort darauf gegeben.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das ist das, was Sie auch beherrscht haben, ohne Inhalt!)

Zum Beispiel können wir doch im Nahrungsmittelhandwerk oder bei der Gesundheits- und Körperpflege fragen: Braucht eine Kosmetikerin das? Wen gefährdet sie denn, um Gottes willen?

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Birk CDU: Leute wie den Capezzuto! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Aus anderen Gründen! – Lebhaftige Unruhe)

– Herr Dr. Birk, ich darf für mich in Anspruch nehmen, dass mich das nicht gefährden kann, weil ich keine Kosmetikerin nötig habe.

(Heiterkeit bei den Grünen – Abg. Pfister FDP/DVP: Ein Niveau ist das wieder, Herr Capezzuto! – Zurufe von der CDU – Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort hat Herr Abg. Capezzuto.

**Abg. Capezzuto** SPD: Herr Minister, ich nenne zum Beispiel auch das Reinigungshandwerk. Die haben wir alle aus der Anlage A herausgeholt. Das ist doch in Ordnung. Warum verlangen Sie da zum Beispiel trotzdem, dass die anderen Gewerke wie zum Beispiel Maler oder das Reinigungshandwerk oder der Bereich der Gesundheits- und Körperpflege wieder hineinkommen? Das ist doch absoluter Unsinn.

(Zurufe von der CDU: Also abschaffen!)

In diesen Bereichen wollen wir den Meisterbrief abschaffen.

(Zuruf des Abg. Kurz CDU – Heiterkeit bei der CDU – Zurufe von der CDU)

– Abschaffen, natürlich.

Als Nächstes: Herr Minister, bundesweit ist 2001 die Zahl der jährlich erworbenen Meisterbriefe auf 30 000 zurückgegangen. Der jährliche Bedarf beträgt bei 26 000 bis 27 000 Neugründungen und 6 000 bis 7 000 Übergaben im Jahr 33 000. Sie sehen also, wir sind auf dem Rückmarsch. Und dann sträuben Sie sich noch dagegen.

Ich will Ihnen abschließend noch, weil Sie vorhin die Handwerkspräsidenten genannt haben, zitieren, dass der Präsident des Baden-Württembergischen Handwerkstags mit seinen jüngsten Hinweisen ein Entgegenkommen signalisiert hat. Er sagte, bei der Betriebsgründung und bei den Anforderungen an die Ausbilder müsse nicht notwendigerweise der Meisterbrief vorliegen; die Gesellenprüfung könne durchaus genügen. Das sind die Worte des Herrn Hackert.

Ein letztes Zitat stammt aus dem Bundeswirtschaftsministerium von der Person seines Staatssekretärs Rezzo Schlauch,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sehr gut!)

der bereits verlauten ließ, dass man im Ausbildungsbereich durchaus mit sich reden lassen würde und hier zu einem Konsens kommen könnte – so, wie Sie das dargestellt haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Abschließend: Herr Minister, tragen Sie mit den beiden Fraktionen von CDU und FDP/DVP hier im Landtag und im Bundesrat in diesem Sinne mit dazu bei, dass wir bei diesen notwendigen Reformen vor allem im Dienstleistungsbereich in Deutschland möglichst rasch zu einem Abschluss kommen, damit qualifizierte Dienstleister gefördert werden, damit vor allem die Schwarzarbeit bekämpft wird und damit die Mittelstandsfinanzierung in Zukunft verbessert wird.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Fauser.

**Abg. Beate Fauser** FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mir ist wirklich nicht erklärlich, warum ich mit viel Zeitaufwand einen Meisterbrief erwerben soll, wenn ich einen viel preiswerteren Gesellenbrief erhalte und mich nach einer gewissen Wartezeit genauso selbstständig machen kann.

(Abg. Capezzuto SPD: Fünf bis zehn Jahre! Sagen Sie doch: fünf bis zehn Jahre!)

Meine Damen und Herren, normalerweise brauche ich mindestens acht Jahre, um einen Meisterbrief zu erwerben, und muss dazu Zusatzqualifikationen in nicht unerheblichem Umfang erwerben. Ich sehe die Gefahr, dass durch dieses Gesetz der Meisterbrief über kurz oder lang in vielen Bereichen überhaupt nicht mehr gemacht wird. Das wäre für die Qualifikation, für die Ausbildung in unserem Land nachteilig.

Ich möchte noch einmal mit Nachdruck auf Folgendes hinweisen: Angesichts der Jugendarbeitslosenquote in anderen

(Beate Fauser)

hoch gelobten EU-Ländern müsste Brüssel eigentlich sagen: Wir machen uns Gedanken darüber, in Europa ein System der dualen Ausbildung wie in der Bundesrepublik Deutschland einzuführen. Es sollte nicht so sein, dass wir umgekehrt ein System einführen, das dazu führt, dass wir uns mit einer Jugendarbeitslosigkeit auseinander setzen müssen, die wir nicht in den Griff bekommen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Da müssen Sie in der Schule etwas machen!)

Wir alle kennen die Klagen der Handwerksbetriebe, dass es sehr schwer sei, junge Leute mit geringen fachlichen Kenntnissen und geringen sozialen Kompetenzen so auszubilden, dass sie sich in einer komplexen Arbeitswelt überhaupt behaupten können.

(Abg. Capezzuto SPD: Was hat das mit dem Meisterbrief zu tun? – Abg. Drexler SPD: Das muss doch in der Schule geschehen!)

– Dies hat sehr viel mit dem Meisterbrief zu tun. Das haben Sie leider noch nicht verstanden, meine Damen und Herren.

(Abg. Drexler SPD: Dann tun Sie doch etwas! – Unruhe)

Es ist doch ganz klar, dass nur die vielen stabilen Handwerksbetriebe in der Lage sind, in größerem Umfang auszubilden, und dass diese Betriebe, die ausbilden – bei uns 40 % aller Auszubildenden –, dazu beitragen, dass die Jugendarbeitslosigkeit bei uns relativ gering ist.

(Zurufe von der SPD)

Es muss doch Ursachen dafür geben. Sie bestehen darin, dass im Handwerk die jungen Leute an die Berufe herangeführt werden.

Im Übrigen hat das Bundesverfassungsgericht den großen Befähigungsnachweis ausdrücklich bestätigt, und zwar aus der Erkenntnis, dass die Ausbildungsbereitschaft und der Ausbildungsumfang unserer Handwerksbetriebe wichtig sind.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Frau Abg. Fauser, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wintruff?

**Abg. Beate Fauser FDP/DVP:** Nein.

(Abg. Drexler SPD: Nein, sie ist in einem Zwischensatz! – Abg. Wintruff SPD: Ich hätte Sie doch etwas Schönes gefragt! – Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, es wurde bereits angesprochen, dass das Handwerk bereit ist, gemeinsam mit der Regierung zu arbeiten. Das Handwerk schlägt vor – ich zitiere –, dass über das Kriterium Gefahrengeneigtheit hinaus Kriterien der Ausbildungsleistung sowie der Schutz wichtiger Gemeinschaftsgüter wie Gesundheit, Umwelt, Verbraucherschutz oder Verkehrssicherheit zu ergänzen sind.

Meine Damen und Herren, Sie sagen, Frisör sei ein leichter Ausbildungsberuf, das könne jeder machen. Wie Sie viel-

leicht nicht wissen, ist der Frisörberuf bei den Berufsgenossenschaften als besonders risikoreich eingestuft. Frisöre haben erhebliche Beiträge an die Berufsgenossenschaften zu zahlen.

(Abg. Ruth Weckenmann und Abg. Drexler SPD: Allergien! – Abg. Capezzuto SPD: Meinen Sie, mit dem Meisterbrief kriegen die keine Allergien?)

Daher ist es in Zukunft wichtig, dass die Leute Verbraucherschutz genießen und nicht mit grünen Haaren aus dem Frisörsalon kommen.

(Unruhe bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist mir völlig unverständlich, aus welchen Gründen Metzger kein gefahrengeneigter Beruf sein soll.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Darf ich um mehr Ruhe im Saal bitten?

**Abg. Beate Fauser FDP/DVP:** Ich kann mir nur vorstellen, dass Herr Clement daran interessiert ist, einen breiten bodenständigen Mittelstandsbereich aufzubrechen, weil die Handwerker in vielen Bereichen nicht zu seiner Wählerklientel gehören.

(Abg. Capezzuto SPD: So ein Blödsinn!)

Meine Damen und Herren, das Handwerk ist eine Stütze für unsere Volkswirtschaft, es ist ein Puffer für unseren Arbeitsmarkt. Es ist der wichtigste Träger beruflicher Bildung, und das Handwerk und seine vielfältigen Betriebe tragen einen großen Teil gesellschaftlicher und sozialer Lasten. Es ist ein Leichtsinns, der uns noch teuer zu stehen kommen wird, wenn wir ohne Not 65 Bereiche aus der A-Anlage heraus in die B-Anlage nehmen.

Ich bitte die Regierung, auf das Handwerk zu hören und im Vermittlungsausschuss dafür zu sorgen, dass neue Kriterien mit aufgenommen werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Witzel.

(Zuruf von der SPD: Jetzt müssen wir noch einmal fragen, was die FDP von Lambsdorff hält! – Gegenruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP: In diesem Fall nichts! – Lebhaftige Heiterkeit bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der SPD: Jetzt ist es raus! – Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Wintruff SPD: Das kriegt der schriftlich! – Abg. Capezzuto SPD: Das ist protokolliert! – Glocke der Präsidentin – Abg. Capezzuto SPD: Das Protokoll schicken wir dem zu! – Abg. Drexler SPD: Wir haben nicht nach Möllemann gefragt, sondern nach Lambsdorff! – Lebhaftige Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Abg. Dr. Witzel GRÜNE:** Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren!

(Lebhafte Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort hat Herr Abg. Dr. Witzel!

**Abg. Dr. Witzel GRÜNE:** Wir erleben gerade das große Geschrei um die Aufhebung des Meisterzwangs. Schauen wir nach Südtirol und denken etwa 15 Jahre zurück. Dort hatte man damals genau das gleiche große Geschrei. Dort ist ein Fliesenleger vor Gericht gezogen, weil er keinen Meisterbrief hatte, aber Fliesen verlegen wollte. Er hat Recht bekommen, und deshalb wurde damals in Südtirol der Meisterzwang abgeschafft. Es gab damals kritische Stimmen. Genau die gleichen Argumente, die heute hier vorgebracht werden, gab es damals auch.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Wie viele Arbeitslose gibt es denn in Südtirol?)

Jetzt ist es wichtig, zu schauen, was dort passiert ist. Gut, Südtirol ist kleiner als Baden-Württemberg.

(Abg. Drexler SPD: Ganz Südtirol ist jetzt gefliest! – Heiterkeit)

Aber man sollte sich einmal anschauen, was sich dort ergeben hat.

(Abg. Wintruff SPD: Sogar die Vorgärten sind gefliest!)

Erstens können wir festhalten:

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Die Zahl der Handwerksbetriebe in Südtirol stieg von 12 000 auf über 13 000. Es ist dabei nicht so, dass sich nur größere Betriebe in kleinere zerlegt hätten und alles kleinere Betriebe geworden wären, sondern auch die Zahl der Beschäftigten in den Betrieben ist insgesamt kräftig gestiegen.

(Abg. Capezzuto SPD: Natürlich! Ist ja klar!)

Punkt 1.

Punkt 2: Es ist nicht so, dass der Meisterbrief in Südtirol an Wert verloren hätte und zur Makulatur geworden wäre, sondern er ist erhalten geblieben. Ein großer Anteil der neuen Selbstständigen macht freiwillig die Meisterprüfung.

(Abg. Wintruff SPD zu Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Wer selbst keine Fragen zulässt, kann übrigens auch keine stellen!)

Die Provinzregierung, die damals, vor etwa 15 Jahren, Zeter und Mordio geschrien hat, schwärmt heute von den sehr guten Erfahrungen.

Meine Damen und Herren, ich möchte das nur anfügen, um ein bisschen Sachlichkeit in die Debatte hineinzubringen. Wir wollen hier jetzt nicht nur herumschreien und Argumente, die nicht stimmen, in der Gegend herumwirbeln, sondern wir wollen sachlich über die ganze Angelegenheit diskutieren.

Ich freue mich, dass von Ihnen, Herr Wirtschaftsminister, hier durchaus anerkannt wurde, dass in gewissen Teilen die Novellierung der Handwerksordnung berechtigt ist. Zum Beispiel wurde das Inhaberprinzip genannt sowie die Wartezeit, bis man die Meisterprüfung angehen kann, usw. Das alles sind Punkte, bei denen man sagen kann: Das ist sachlich unbedingt notwendig, und das muss man auf den Weg bringen.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Aber keinen rot-grünen Kahlschlag!)

Sie haben als Nächstes das Kriterium der Gefahreneignung angesprochen. Ich gebe Ihnen Recht: Da besteht noch Diskussionsbedarf. Der Gesetzentwurf befindet sich derzeit in der Beratung. Wir sollten sagen: Beratung heißt, dass darüber beraten wird. Ich fordere das Handwerk auf, von sich aus einmal Vorschläge zu machen, wie denn eine Abgrenzung erfolgen sollte.

(Abg. Fleischer CDU: Geht mal aufs Handwerk zu!)

Gemeinsam mit dem Handwerk wird man das machen.

(Abg. Fleischer CDU: Deswegen: Gehen Sie aufs Handwerk zu! – Gegenruf des Abg. Capezzuto SPD: Ist doch schon passiert!)

– Es ist ja zitiert worden: Rezzo Schlauch als Staatssekretär geht aufs Handwerk zu.

(Abg. Fleischer CDU: Nur in einer bestimmten Wirtschaft!)

Da müssen wir noch zu Regelungen finden.

Aber jetzt zum eigentlichen Thema zurück. Das Thema der Debatte lautet „Der deutsche Meisterbrief“. Unser Ziel ist es, dass der deutsche Meisterbrief als Qualitätssiegel erhalten bleibt. Die Erfahrungen aus Südtirol und anderswo zeigen ja: Es gibt nach wie vor junge Handwerker, die sagen: „Der Meisterbrief ist für mich unverzichtbar. Ich lerne etwas. Das mache ich, und das nutze ich dann hinterher in der Außendarstellung, in der Werbung als Qualitätssiegel.“ Das ist eine sehr wichtige Sache.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch noch einmal das Beispiel, das Herr Döring brachte, mit der Brücke und dem Wasserbauer, der keinen Meisterbrief hat, ansprechen. Wenn eine Investition in eine Brücke getätigt wird, dann wird der Auftraggeber – das wird in der Regel das Land oder die Kommune sein – darauf achten, dass die Arbeit, die dort gemacht wird, auch wirklich Hand und Fuß hat, dass das qualitätsvolle Arbeit ist. Ein Auftraggeber wird gerade bei solchen Bauwerken sagen: „Ich will hier Qualität haben. Es darf nicht sein, dass die ganze Brücke einstürzt, nur weil da unten jemand Pfusch gemacht hat, möglicherweise deshalb, weil er keinen Meisterbrief hat.“

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

In einer solchen Situation, Frau Fauser, wird es natürlich so sein, dass der Auftraggeber sagt: „Ich will Qualität haben.“

(Dr. Witzel)

Dann gucke ich natürlich, ob der Meisterbrief vorhanden ist.“ Jeder Betrieb, der einen Meisterbrief vorweisen kann, hat dann ein Plus bei der Ausschreibung; der kriegt eher die Aufträge. Das ist etwas, was wir wollen. Der Meisterbrief soll ein Qualitätssiegel bleiben, aber wir wollen nicht den Zwang zum Meisterbrief.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 3 der Tagesordnung abgeschlossen.

Ich darf auf der Besuchertribüne die Preisträgerinnen und Preisträger, die beim 45. Schülerwettbewerb des Landtags zur Förderung der politischen Bildung einen ersten Preis gewonnen haben, sehr herzlich begrüßen.

(Beifall im ganzen Haus)

Verehrte Gäste, ich wünsche Ihnen einen angenehmen und informativen Aufenthalt hier im Landtag.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP/DVP und der Fraktion GRÜNE – Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – Drucksache 13/2169**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 13/2224**

**Berichterstatter: Abg. Herrmann**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Reinhart.

**Abg. Dr. Reinhart** CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Alle vier Fraktionen des Landtags haben bereits in der Ersten Beratung diesem Gesetzentwurf übereinstimmend zugestimmt. Auch im Ständigen Ausschuss wurde dem Gesetzentwurf mehrheitlich zugestimmt.

Dies ist auch begründet. Im letzten Jahr sind in Deutschland die Gehälter um 2 bis 4,4 % gestiegen: in der Chemieindustrie um 3,3 %, in der Metallindustrie um 3,5 %, bei der Telekom um 4,4 % und im öffentlichen Dienst um 2,0 %.

Die Diätenanpassung zum 1. August 2003 bedeutet faktisch eine reale Erhöhung des steuerpflichtigen Teils um 1 %. Nominal beträgt die Anhebung 2,4 %, aber sie wird erst im März 2004 wirksam. Und bei der Aufwandsentschädigung erfolgt eine Nullrunde.

Ich denke, es war richtig und angemessen – das hat auch die öffentliche Diskussion über diese Diätenerhöhung gezeigt –, dass wir diesem Gesetzentwurf für eine maßvolle und angemessene Erhöhung übereinstimmend – über alle Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg – zugestimmt haben. Wir werden dem Gesetzentwurf auch heute zustimmen.

Ich möchte wenige Argumente anführen, die dafür sprechen.

Abgeordnete erhalten im Gegensatz zu Angehörigen des öffentlichen Dienstes kein Weihnachtsgeld, kein Urlaubsgeld und auch kein 13. Gehalt, das hier zu diskutieren wäre.

Selbst der Bund der Steuerzahler hat eine reale Erhöhung um 1 % als sehr maßvoll und angemessen gelobt.

Wir baden-württembergischen Abgeordneten befinden uns im Ländervergleich immer noch im unteren Drittel, wenn unsere steuerpflichtigen Diäten nach der Erhöhung bei 4 666 € liegen.

Ich will hier auch einmal einen Blick auf Bundestag und Europaparlament – worüber wir ja heute Morgen diskutiert haben – werfen. Gerade auf europäischer Ebene ist kürzlich eine Erhöhung um 25 % vorgeschlagen worden.

(Abg. Wintruff SPD: Aha!)

Wenn ich vergleichbare Vorschläge in die Debatte bringe, will ich auch an Folgendes erinnern: Manche der jungen Kolleginnen und Kollegen waren damals noch nicht im Parlament, als wir den Landesrechnungshof beauftragt hatten, einmal die Arbeitszeit der Landesparlamentarier zu untersuchen und einen angemessenen Vorschlag für die Höhe der Diäten zu erarbeiten. Der damalige Präsident Lonhard kam zu dem Ergebnis, es wäre – –

(Abg. Birzele SPD: Das war eine Kommission, bei der Herr Lonhard mitgewirkt hat, nicht der Rechnungshof!)

– Es war eine Kommission. Ich danke Ihnen, Herr Kollege Birzele. Dieser Kommission stand aber der Präsident des Landesrechnungshofs vor; so müssen wir es richtig darstellen.

Diese Kommission hat – wohlgemerkt: bezogen auf einen Vollzeitparlamentarier, wie sie vorgeschlagen hat – eine Erhöhung um 30 % für angemessen erachtet.

Meine Damen, meine Herren, wenn wir das alles einmal im Fokus betrachten: Wir wollen unabhängige Abgeordnete haben. Ich will hier ganz persönlich einbringen: Bei meinen 30 Mitarbeitern bekomme ich allein ein Volljurist, den ich in der Zeit vergüte, in der ich parlamentarisch tätig bin, mehr, als die steuerpflichtigen Diäten im Monat ausmachen. Wenn wir noch Freiberufler und Mittelständler im Parlament haben wollen, wenn wir unabhängige Landtagsabgeordnete haben wollen – die übrigens teilweise stärker im Blickpunkt des Bürgers stehen als Bundestags- und Europaabgeordnete, weil sie sich jeden Tag auch im Beziehungsgeflecht Land/Kommune vor Ort bewähren müssen –, dann, meine ich, ist es auch richtig, dass die Parlamentarier eine angemessene Vergütung, angemessene Diäten erhalten.

Wir legen eine Nullrunde bei der Kostenpauschale ein – die übrigens steuerfrei ist – und beschließen eine reale Erhöhung der Diäten um 1 %, die dann ohnehin noch versteuert und zum Teil wieder abgeführt wird. Das ist mehr als maßvoll und angemessen. Ich schlage deshalb vor, dass wir dem

(Dr. Reinhart)

Gesetzentwurf in diesem Haus übereinstimmend zustimmen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Brigitte Lösch  
GRÜNE)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Birzele.

**Abg. Birzele SPD:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen! Ich stimme den Ausführungen meines Vorredners zu

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das ist selten!)

und will sie in einigen wenigen Punkten ergänzen. Erwähnt werden muss noch, dass die steuerfreien Pauschalen, die zur Abgeltung von entstehenden Unkosten gewährt werden, nicht erhöht werden. Dies kommt einer realen Einkommenseinbuße gleich. Die Erhöhung wird also in dem anstehenden Jahr – 1. August 2003 bis 31. Juli 2004 – weniger als 1 % betragen.

Herr Kollege Dr. Reinhart hat auf die Entwicklung der Arbeitseinkommen hingewiesen. Da der Bundesrat am letzten Freitag entschieden hat, will ich doch kurz erwähnen, dass festgelegt wurde, dass die Beamtenbesoldung für die Besoldungsgruppen ab A 12 aufwärts – ausgenommen B 11 – um insgesamt 4,4 % erhöht werden wird: ab 1. Juli 2003 2,4 %, ab 1. April 2004 1 % und ab 1. August 2004 nochmals 1 %. Das ist eine zeitliche Verschiebung gestaffelt nach Einkommen gegenüber dem Tarifabschluss im öffentlichen Dienst.

Ich habe bei der ersten Lesung das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zitiert und will noch einmal darauf hinweisen, dass die Abgeordnetenentschädigung danach so bemessen sein muss, dass sie für die Abgeordneten und deren Familien während der Dauer des Mandats eine ausreichende Existenzgrundlage abgeben kann. Sie muss der Bedeutung des Amtes unter Berücksichtigung der damit verbundenen Verantwortung und Belastung des diesem Amt im Verfassungsgefüge zukommenden Ranges gerecht werden und die Abgeordneten in die Lage versetzen, sich ihrer parlamentarischen Tätigkeit auch um den Preis eines völligen oder teilweisen Verzichts auf berufliches Einkommen zu widmen.

Deshalb ist es schon sinnvoll, auch Vergleiche anzustellen. Ich vermisse diese Vergleiche bei den Kommentaren, insbesondere in den Printmedien. Dort werden Vergleiche völlig weggelassen.

(Beifall des Abg. Dr. Caroli SPD)

Dort heißt es zwar, wir hätten geringe Einkommenssteigerungen und lägen am hinteren Ende der Vergleichsskala, aber was das bedeutet, wird nicht ausgeführt. Deshalb will ich hierzu ein paar Vergleichsdaten nennen: Bayern 5 861 €, Hessen 6 401 €. Ich hätte erwartet, dass uns die Medien wenigstens ein großes Lob dafür erteilen, dass wir auch nach der Erhöhung noch weit unter diesen Sätzen bleiben – nichts!

(Zuruf von der CDU)

Ein Vergleich mit anderen Berufsgruppen: Ich habe bei der letzten Plenarsitzung etwas zu anderen Berufsgruppen ge-

sagt. Wir liegen knapp bei A 14, wenn man das Durchschnittsalter etc. vergleicht. Nach der Erhöhung der Beamtenbesoldung werden wir eher wieder in Richtung A 13 tendieren.

Nehmen Sie jetzt mal einen anderen Bereich, wo man gewählt wird und eine begrenzte Amtszeit hat: Bürgermeister, acht Jahre. Wir haben gemeinsam – wir haben das mitgetragen –

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

die Bürgermeisterbezüge erhöht.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Die Bürgermeister von Gemeinden unter 2 000 Einwohnern erhalten Bezüge nach A 14 oder A 15. Nehmen Sie unser Durchschnittsalter, knapp 50 Jahre. Da sind die Bürgermeister von Gemeinden unter 2 000 Einwohnern alle in A 15. Der durchschnittliche Wahlkreis in Baden-Württemberg – 70 Wahlkreise – umfasst ungefähr 150 000 Einwohner. Dann haben Sie – Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts – Belastung und Verantwortung, wenn Sie das einmal zusammennehmen. Ich habe keinerlei Hemmungen, so viel zu verdienen wie ein Bürgermeister einer Gemeinde mit bis zu 2 000 Einwohnern, und der bekommt eine Besoldungserhöhung.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Brigitte Lösch  
GRÜNE und Hillebrand CDU)

Lassen Sie mich, gerade weil Medienvertreter manchmal so seltsame Vergleiche machen – heute steht in den „Stuttgarter Nachrichten“ ein ganz seltsamer Artikel –, etwas zu den Journalisten sagen. Ich habe mich extra erkundigt.

(Heiterkeit – Abg. Pfister FDP/DVP: Oh! – Abg. Dr. Birk CDU: Bitte laut und deutlich und langsam zum Mitschreiben!)

Ich will Ihnen einmal die Gehaltserhöhungen vortragen: 1. August 2000 Landtag 2,3 %, bei Tageszeitungsredakteuren 3,0 %.

(Abg. Dr. Birk CDU: Aha! – Abg. Pfister FDP/DVP: Oh!)

– Langsam! – 1. August 2001 Landtag 2,3 %, 1. Oktober 2001 Redakteure 2,5 %. 1. August 2002 Landtag 2,8 %, bei Redakteuren 1. Dezember 2002 2,1 %, bei vier Nullmonaten effektiv 1,4 %. Also ich glaube, wir liegen ähnlich.

Jetzt wollen wir einmal betrachten, wie ungefähr die Einkommenskategorien aussehen. Die Abgeordneten haben gegenwärtig 54 684 €, ab März insgesamt 55 992 € im Jahr. Die Landesjournalisten, die über unsere Arbeit berichten, liegen, so wurde mir von sachverständiger Stelle mitgeteilt, zwischen 60 000 und 70 000 €.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Ja sag einmal! – Abg. Pfister FDP/DVP: Hoppla! Die werden alle ganz rot da oben! – Abg. Dr. Birk CDU: Die laufen rot an, weil Sie Recht haben! – Abg. Pfister FDP/DVP: Für das Geld würden die gar nicht aufstehen!)

(Birzele)

Ich schäme mich nicht für die Erhöhung, die wir heute beschließen werden.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Herr Abg. Kleinmann.

**Abg. Kleinmann FDP/DVP:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Vorredner haben alles gesagt. Ich möchte zur Statistik nur noch zwei Dinge hinzufügen. Die Diätenerhöhungen von 1980 bis 2001 betragen 80 %, von 1991 bis 2001 32,6 %. Im Vergleich dazu – Herr Kollege Birzele, das passt zu Ihren Auflistungen – betragen die Erhöhungen der Bruttojahreseinkommen bei den Arbeitern im produzierenden Gewerbe 102,6 %, bei den Angestellten sogar 109,6 % und von 1991 bis 2001 35,6 % bzw. 36,9 %. Man sieht also unsere Bescheidenheit. Wir bleiben immer etwas darunter.

Die FDP/DVP wird dieser Diätenerhöhung zustimmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Birk CDU: Sehr gut! Kurz und bündig! – Abg. Pfister FDP/DVP: Kurz und bündig! – Abg. Fischer SPD: Als Pfarrer bist du jetzt ganz schnell gewesen!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Frau Abg. Lösch.

**Abg. Brigitte Lösch GRÜNE:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung kann man unter drei Gesichtspunkten diskutieren:

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ich werde Journalist!)

erstens Angemessenheit, zweitens gemeinsamer Kompromiss und drittens Vergleichbarkeit.

Die Frage der Angemessenheit der Abgeordnetenentschädigung ist zu beurteilen im Vergleich mit der allgemeinen Einkommensentwicklung. In den Tarifverträgen 2002 und 2003 sind in den meisten Branchen Abschlüsse erzielt worden, die auf eine deutliche Erhöhung der Vergütung hinauslaufen. Beim Zuwachs war meistens eine Drei vor dem Komma. Wir haben ja schon gehört: 3,1 % im Bankgewerbe und in der Metallindustrie, 3,2 % im Baugewerbe und 3,4 % in der Druckindustrie. Auch im öffentlichen Dienst gab es eine Tarifierhöhung, und zwar um 2,4 %.

Wenn man nun eine Gesamtbetrachtung vornimmt, also die Entwicklung der Arbeitseinkommen und die Entwicklung der Lebenshaltungskosten berücksichtigt, stellt man fest, dass die vorgeschlagene Aufwandsentschädigung in der Tat angemessen ist, weil sie sich am unteren Ende der Lohn- und Gehaltsentwicklung in Staat und Gesellschaft bewegt. Der Präsident hat in Absprache mit allen vier Fraktionen eine Nullrunde für 2003 und eine Verschiebung der Diätenanpassung um sieben Monate empfohlen, sodass die Diätenerhöhung nicht am 1. August 2003 in Kraft tritt, sondern erst am 1. März 2004, was letztendlich eine Erhöhung der Grundentschädigung um knapp 1 % bedeutet.

Jetzt komme ich zum zweiten Stichpunkt. Das ist der gemeinsame Kompromiss. Die Forderung nach einer Nullrun-

de war nicht durchsetzbar, und deshalb haben wir uns dafür eingesetzt, dass dieses Mal bei den steuerfreien Pauschalen keine Erhöhung erfolgt – keine Erhöhung der Unkostenpauschale, keine Erhöhung der Reisekostenpauschale und auch keine Erhöhung der Tagegeldpauschale –, obwohl die Preise für Beherbergungsleistungen, der Verbraucherpreisindex und auch die Kfz-Kosten zwischen 1,7 % und 3,9 % gestiegen sind. Das sind für alle Abgeordneten richtig spürbare finanzielle Einschnitte.

Mit dieser insgesamt sehr moderaten Erhöhung können wir gut leben, und deshalb haben wir diesem Kompromiss auch zugestimmt. Ich finde es übrigens wichtig, dass ein so sensibles und auch stark emotional behaftetes Thema wie eine Diätenerhöhung von allen vier Fraktionen einvernehmlich getragen wird.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Gut!)

Die Ablehnung eines solchen Kompromisses, wohl wissend, dass die Erhöhung trotzdem erfolgt, kann leicht als purer Populismus ausgelegt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es waren sehr schwierige Diskussionen, es waren schwierige Entscheidungen, bei Ihnen wahrscheinlich wie bei uns auch, und man kann diese Diskussion über die Diätenerhöhung natürlich auch nicht ganz von der Diskussion über die Funktionszulagen abkoppeln. Deshalb ist es nachvollziehbar und auch verständlich, dass der eine oder die andere – eher der eine –

(Abg. Fischer SPD: Wen meinen Sie da, Frau Kollegin?)

aus grundsätzlichen Überlegungen oder aus verfassungsrechtlichen Gründen diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen kann.

Sie sehen, wir haben sehr intensiv und auch sehr kontrovers diskutiert, und eine große Mehrheit der Fraktion GRÜNE wird dem Gesetzentwurf zustimmen.

Das letzte Stichwort heißt Vergleichbarkeit. Ich habe bereits bei der Ersten Beratung erwähnt, dass im baden-württembergischen Parlament mehr Beamte sitzen als in anderen Landesparlamenten. Das hat sicherlich damit zu tun, dass Menschen, die beruflich selbstständig tätig sind oder aus der Wirtschaft kommen, andere Entschädigungen erwarten. Kollege Birzele hat ja darauf hingewiesen, dass wir Abgeordneten mit 54 684 € im Jahr ein mit dem Einkommen eines Beamten in der Besoldungsgruppe A 14 vergleichbares Einkommen haben, aber ohne eine 41-Stunden-Woche und ohne Sonderzuwendungen.

Wenn wir wollen, dass Abgeordnetenmandate attraktiv bleiben, und zwar nicht nur für Leute aus dem öffentlichen Dienst, sondern auch für andere Bevölkerungsgruppen, vielleicht auch für Journalisten, dann ist auch eine angemessene Aufwandsentschädigung wichtig.

Deshalb denke ich, dass wir mit dem Vorschlag einer einprozentigen Erhöhung, mit der wir unterhalb der Inflationsrate liegen, eine Kompromisslösung gefunden haben, die in

(Brigitte Lösch)

Richtung Nullrunde geht, mit der aber die Abgeordnetenentschädigung nicht völlig von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt wird.

Zum Schluss möchte ich noch eine Bemerkung dazu machen, wie die Diskussion von den Kritikern von außen gesehen wurde. Wir haben einige Mails bekommen, wir haben manche Briefe bekommen, und wir haben auch Anrufe bekommen. Aber in fast allen Fällen konnten die Kritikpunkte im Gespräch völlig ausgeräumt werden. Es war schließlich nichts mehr zu hören von „Abzocke“, von „unmoralisch“ oder von „geschmacklos“. Ich glaube, dieses Verständnis, das Kritiker von außerhalb uns entgegengebracht haben, kann man auch von Mitgliedern dieses Hauses erwarten.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 13/2224. Der Ständige Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

#### Artikel 1

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Artikel 2

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

#### Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 16. Juli 2003 das folgende Gesetz beschlossen:“.

#### Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

#### S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. –

(Abg. Fischer SPD: Alle, die fehlen, kriegen nichts!)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz wurde mehrheitlich zugestimmt.

Das Wort zu einer Erklärung zur Abstimmung erhält Herr Abg. Boris Palmer.

(Unruhe)

**Abg. Boris Palmer GRÜNE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Vorsitzende der Jungen Union in Baden-Württemberg hat die Erhöhung der Diäten als geschmacklos bezeichnet.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wer ist das? – Abg.

Dr. Birk CDU: Das ist aber keine Erklärung zur Abstimmung!)

Solchen populistischen Affekten müssen wir entschieden entgegentreten. Die Diäten der Abgeordneten in diesem Haus – da stimme ich den Ausführungen der Redner für die Fraktionen zu – sind nicht zu hoch, und die soeben beschlossene Erhöhung fällt mit effektiv 1,0 % in der Tat bescheiden aus.

(Abg. Röhm CDU: Rede doch zur Sache!)

– Ich versuche, mein Abstimmungsverhalten zu erklären.

Ich danke ausdrücklich dem Vorsitzenden meiner Fraktion, der durch den Vorschlag einer Nullrunde zu diesem Ergebnis beigetragen hat.

Dass eine Diätenerhöhung keinen Beifall beim Wahlvolk findet, sagt mehr über das zerrüttete Verhältnis zwischen Volk und Volksvertretern aus als über die Höhe der Diäten. Politiker sollen durch gute Arbeit und nicht durch Einkommensverzicht nach Popularität streben.

Ich habe dennoch gegen die soeben beschlossene Gesetzesänderung gestimmt, weil sie die Begründung für die Einsparungen im Personalhaushalt des Landes untergräbt und die Legitimität unseres politischen Handelns infrage stellt.

(Abg. Alfred Haas CDU: Und um in die Presse zu kommen!)

Die desaströse Haushaltslage zwingt dieses Jahr zu bislang ungekannten Einschnitten bei den Bediensteten des Landes:

(Abg. Alfred Haas CDU: Erklärung zur Abstimmung!)

Urlaubsgeld gestrichen, Weihnachtsgeld gekürzt und Wochenarbeitszeit erhöht.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das können Sie in einer Presseerklärung sagen!)

Ministerpräsident Teufel hat den rund 245 000 Landesbediensteten am 11. April brieflich erklärt, warum diese Kürzungen notwendig sind:

*Aus meiner Sicht wäre es gerecht gewesen, wenn im öffentlichen Dienst Arbeiter, Angestellte und Beamte durch eine Nullrunde bei der Vergütung für das Jahr 2003 solidarisch die notwendigen Einschnitte mitgetragen hätten.*

(Glocke der Präsidentin – Abg. Alfred Haas CDU: Keine Erklärung zur Abstimmung!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, sich kurz zu fassen.

**Abg. Boris Palmer** GRÜNE: Ich bin schon fast am Ende.

*Hierzu wird es leider nicht mehr kommen, weil die Gewerkschaft ver.di gegen jede Vernunft und ohne Rücksicht auf die Leistungskraft der Länderhaushalte einen überhöhten Tarifabschluss erzwungen hat.*

Nicht alle Sparmaßnahmen der Regierung halte ich für richtig; aber die Generallinie stimmt. Wer sein Einkommen aus dem Landesetat bezieht, muss begrenzten Verzicht leisten, damit künftigen Generationen ein Minimum an politischer Entscheidungsfreiheit bleibt.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Populist Boris!)

Meine Damen und Herren, diese bittere Wahrheit können wir nur glaubhaft verbreiten, wenn wir sie auch für uns selbst gelten lassen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Verzichten Sie auf Ihre Gehaltserhöhung?)

– Frau Kollegin Bregenzer, ich habe mir vorgenommen, diesem Einwand dadurch zu begegnen, dass ich die Erhöhung, die auch für mich heute beschlossen wurde, an die Aids-Hilfe Tübingen-Reutlingen weitergeben werde.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Gut! – Abg. Alfred Haas CDU: Bis zur nächsten Erhöhung!)

50 € mehr im Monat sind den großen Verlust an Akzeptanz der Sparmaßnahmen bei den Bediensteten des Landes nicht wert. Der politische Preis, meine Damen und Herren, ist zu hoch.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das ist keine Erklärung zur Abstimmung! – Abg. Fleischer CDU: Keine Erklärung zur Abstimmung!)

Deshalb konnte ich heute nicht zustimmen.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort für eine Erklärung zur Abstimmung erhält Herr Abg. Oelmayer.

(Zurufe von der SPD und der CDU)

**Abg. Oelmayer** GRÜNE: Was ich sage, ist kein Populismus.

(Abg. Dr. Birk CDU: Jetzt geht es los! Macht euch nicht lächerlich! Die machen sich in die Hose! – Abg. Alfred Haas CDU: Nur damit es in die Presse kommt!)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Gemäß § 100 Abs. 1 Satz 1 der Geschäftsordnung des Landtags von Baden-Württemberg möchte ich meine Ablehnung des von allen Fraktionen des Landtags eingebrachten Gesetzentwurfs zur Änderung des Abgeordnetengesetzes wie folgt begründen.

Erstens: Als überzeugter Demokrat und nur meinem Gewissen verantwortlicher Abgeordneter bin ich der Auffassung,

dass die Diäten der Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg angemessen sind. Auch die jetzt beschlossene Erhöhung, die jedenfalls nicht über die Erhöhung der für den öffentlichen Dienst beschlossenen Erhöhung der Bezüge hinausgeht, halte ich für angemessen.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Engagierte und möglichst mit viel Sachverstand ausgestattete Abgeordnete als Repräsentanten unserer demokratischen Gesellschaft können wir für die Arbeit in den Parlamenten nur gewinnen, wenn wir ihr Engagement auch entsprechend vergüten.

(Abg. Alfred Haas CDU: Oder wenn man als Anwalt viel nebenher verdient!)

Zweitens: Meine Ablehnung der heute mehrheitlich beschlossenen Diätenerhöhung basiert auf der meines Erachtens zumindest in Teilen bestehenden Unvereinbarkeit des geltenden Systems der Abgeordnetenentschädigung des Landtags von Baden-Württemberg mit dem Verfassungsrecht und der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

So führt der Präsident des Landtags von Baden-Württemberg in einer Pressemitteilung vom 11. Juli 2002 zum Thema der Neuordnung der Funktionszulagen Folgendes aus – ich zitiere wörtlich –:

*Präsident Straub betonte abschließend, es sei erklärtes Ziel der angestrebten Lösung, den bisher eindeutig verfassungswidrigen Zustand bei der Gewährung von Funktionszulagen an Inhaber von Funktionsämtern durch eine verfassungskonforme und transparente Regelung abzulösen.*

Seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Diätenrecht im Juli 2000 und spätestens seit dem von Professor Kirchhof im September 2001 vorgelegten Gutachten steht fest, dass wir auch in Baden-Württemberg eine Reform der Abgeordnetenentschädigung durchführen müssen.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Diese Reform muss zu einer transparenten und angemessenen Entschädigung führen.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Dabei müssen alle Zulagen abgeschafft und alle Bestandteile der Diäten steuerpflichtig werden.

(Abg. Alfred Haas CDU: Der Birzele hätte Sie schon längst weggeschickt!)

Auch Abgeordnete müssen zumindest einen Beitrag zum Aufbau ihrer Altersversorgung leisten, und die Inkompatibilitätsregelungen müssen restriktiver ausgestaltet werden.

(Abg. Alfred Haas CDU: Keine Erklärung zur Abstimmung! – Weitere Zurufe von der CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, darf ich Sie bitten – –

**Abg. Oelmayer GRÜNE:** Ich komme zum Schluss. § 100 Abs. 3 der Geschäftsordnung: fünf Minuten für Erklärungen zur Abstimmung.

(Abg. Drexler SPD: Aber dann müssen wir die Debatte über Kirchhof machen, weil das unrichtig ist, was du sagst!)

Solange diese verfassungsrechtlich gebotene Reform nicht angegangen wird, sehe ich aufgrund meines Selbstverständnisses als Abgeordneter keine Möglichkeit,

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

systemimmanenten Änderungen des Abgeordnetengesetzes zuzustimmen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Die Mehrheit ist gesichert, Herr Oelmayer! Sie kriegen die Diäten auch!  
– Zuruf des Abg. Drexler SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, damit ist Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die juristischen Prüfungen und den juristischen Vorbereitungsdienst (Juristenausbildungsgesetz – JAG) – Drucksache 13/2086**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 13/2225**

**Berichterstatter: Abg. Stickelberger**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wem darf ich das Wort in der Aussprache erteilen? – Herr Abg. Dr. Schüle, Sie erhalten das Wort. Bitte schön.

**Abg. Dr. Schüle CDU:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Juristenausbildungsgesetz verbessert die Ausbildung unseres juristischen Nachwuchses im Land. Die bisherige Erste Juristische Staatsprüfung wird in sinnvoller Weise differenziert. Es wird zwei Teile geben: Ein erster Teil – 70 % – entspricht der jetzigen klassischen staatlichen Prüfung, und 30 % werden in die Hände der Universitäten gelegt.

Meine Damen und Herren, die Neugestaltung bringt im Wesentlichen zwei Verbesserungen.

Erstens: Das Studium der Rechtswissenschaften wird praxisnäher gestaltet. Derzeit ist die praktische Ausbildung sehr stark an der Tätigkeit des Richterberufs ausgerichtet, obwohl nur ein kleiner Teil der Absolventen . . .

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Unterhaltungen draußen zu führen.

**Abg. Dr. Schüle CDU:** . . . in den Staatsdienst aufgenommen wird. Die große Mehrzahl der Absolventen – das wis-

sen wir – gehen in den Anwaltsberuf, ohne eine ausreichende und auf die Erfordernisse des Anwaltsberufs ausgerichtete Ausbildung genossen zu haben. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass in dieser Ausbildungsreform die Mischung zwischen der richterlichen Ausbildung und der anwaltlichen Ausbildung hergestellt wird.

Der zweite Punkt: Mit diesem Gesetz tragen wir auch den Möglichkeiten der Universitäten zu einer differenzierten Ausbildung und damit auch einer Stärkung der Autonomie der Universitäten Rechnung. Wir können dadurch auch einen Beitrag zu mehr Wettbewerb und zu mehr Profilbildung unserer Universitäten leisten.

Die CDU-Fraktion trägt dieses Gesetz mit. Wir werden ihm zustimmen, und ich freue mich, dass auch alle anderen Fraktionen dies tun werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Stickelberger.

**Abg. Stickelberger SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion begrüßt diese Reform, vor allem deshalb, weil den Marktanforderungen im Hinblick auf den Anwaltsberuf Rechnung getragen wird. Wir begrüßen das ausdrücklich. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang auch die reisekostenrechtliche Regelung für Referendare. Für die SPD-Fraktion darf ich die Zustimmung erklären.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hauk CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer.

**Abg. Theurer FDP/DVP:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mit dem Gesetzentwurf wird die Juristenausbildung an die tatsächlichen Gegebenheiten angepasst. Deshalb kann auch die FDP/DVP-Fraktion dieser Gesetzesänderung zustimmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Hauk CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oelmayer.

(Abg. Hauk CDU: Bitte keine persönlichen Erklärungen!)

**Abg. Oelmayer GRÜNE:** Kollege Hauk, das muss man in einem Parlament aushalten.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch ich kann mich kurz fassen, möchte aber doch zwei oder drei Punkte erwähnen.

Die jetzige Umsetzung des Gesetzes zur Reform der Juristenausbildung basiert ja im Wesentlichen auf Bundesrecht. Im Bundestag haben sich die großen Fraktionen, inklusive der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, auf diese Reform geeinigt. Die FDP hat auf Bundesebene gegen dieses Gesetz

(Oelmayer)

gestimmt. Dies sei einfach einmal angemerkt. Die FDP hat nach meinen Informationen dagegen gestimmt, weil ihr das Gesetz nicht weit genug ging, weil es nicht genügend Freiheit für die künftige Juristenausbildung einräumte.

Wir als bündnisgrüne Fraktion in diesem Haus sind der Auffassung, dass mit der jetzt in die Wege geleiteten Reform, durch die mehr die anwaltliche Ausbildung in den Mittelpunkt der Juristenausbildung kommt – man weiß, dass mehr als 90 % der Absolventen des Jurastudiums und des Referendariats schließlich eine Anwaltstätigkeit aufnehmen und nur maximal 10 % bei Verwaltung und Justiz landen –, natürlich auch in der Ausbildung eine Fokussierung auf die Anwaltstätigkeit stattfinden muss.

Ein weiteres Argument, das meines Erachtens die Reform trägt, weshalb wir diesem Gesetzentwurf und der Umsetzung zustimmen, ist die Bedeutung, die die Universität jetzt gewinnt. Sie bekommt einen Prüfungsteil für das erste Staatsexamen, der mit 30 % gewichtet wird. Da hätte ich mir auch 50 % vorstellen können, aber parlamentarische demokratische Entscheidungen sind nun einmal auch immer wieder Kompromisse. Die Regelung führt dazu, dass die Universität in Zukunft auch selber mehr gestalten kann; ich denke dabei an europäisches Recht, an internationales Recht, an Sprachkenntnisse und anderes. Diese Freiheit, die die Universität bekommt, die dann auch für die Prüfung verantwortlich wird, ist sicher ein großer Fortschritt, der die Juristenausbildung auch in Baden-Württemberg voranbringen wird. Insofern haben wir als Grüne keine Einwendungen gegen dieses Gesetz und tragen es mit.

(Beifall des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Frau Ministerin Werwigk-Hertneck.

**Justizministerin Corinna Werwigk-Hertneck:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass es parteiübergreifend möglich ist, diese Reform der Juristenausbildung auch in Baden-Württemberg durchzusetzen. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

(Zurufe: Sehr gut! – Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g**.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 13/2225. Der Ständige Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen. Nachdem ich von allen Fraktionen Zustimmung gehört habe, kann ich über die Paragraphen insgesamt abstimmen lassen.

Ich rufe auf

§§ 1 bis 12

Wer diesen Paragraphen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Den §§ 1 bis 12 ist einstimmig zugestimmt worden.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 16. Juli 2003 das folgende Gesetz beschlossen.“

Die Überschrift

lautet: „Gesetz über die juristischen Prüfungen und den juristischen Vorbereitungsdienst (Juristenausbildungsgesetz – JAG)“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

**S c h l u s s a b s t i m m u n g**

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz wurde einstimmig zugestimmt.

Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts – Drucksache 13/2129**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt und Verkehr – Drucksache 13/2215**

**Berichterstatterin: Abg. Regina Schmidt-Kühner**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Steim.

(Abg. Seimetz CDU: Aber jetzt kommt eine Rede!)

**Abg. Dr. Steim** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Schon der Titel dieses Gesetzes ist so lang, dass die fünf Minuten Redezeit mit seiner Erwähnung nahezu ausgeschöpft sind.

(Beifall des Abg. Döpfer CDU – Abg. Döpfer CDU: Bravo!)

Das Gesetz wird im Haushalt von Baden-Württemberg jährlich 24 000 € Mehrkosten verursachen. Würde man dieses Gesetz nicht verabschieden, würden langfristig noch höhere Kosten entstehen. Ich empfehle Ihnen, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen – Abg. Seimetz CDU: Das war eine der besten Reden in diesem Haus!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Schmidt-Kühner.

(Abg. Seimetz CDU: Sie wird sich jetzt anschließen!)

**Abg. Regina Schmidt-Kühner** SPD: Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Präsidentin! Der Inhalt dieses Gesetzes ist die Auflösung der Akkreditierungsstelle und die Übertragung der Aufgaben, die die Akkreditierungsstelle bis jetzt gehabt hat, auf die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik. Die Länder waren sich alle einig darüber, dass man das so will, weil man auch sparen möchte und effizienter werden muss.

Wir schließen uns dieser Position an und empfehlen die Zustimmung zu diesem Gesetz.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP  
– Abg. Kleinmann FDP/DVP: Hervorragend! –  
Abg. Seimetz CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Einem einheitlich von allen Ländern beschlossenen Akt der Verwaltungsreform wird auch die FDP/DVP ihre Zustimmung nicht verweigern.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Heiterkeit des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Herr Abg. Boris Palmer.

(Abg. Seimetz CDU: Der Boris spricht jetzt eine halbe Stunde! – Abg. Rosa Grünstein SPD: Aber jetzt auch ganz kurz!)

**Abg. Boris Palmer** GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Regelungen des vorliegenden Abkommens sind gekennzeichnet von Sätzen wie dem Folgenden:

*Artikel 2 wird wie folgt geändert:*

*a) In Absatz 1 Satz 1 wird beim 5. Spiegelstrich das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt.*

Wir können dem Gesetzentwurf zu diesem Abkommen bedenkenlos zustimmen.

(Heiterkeit – Beifall des Abg. Blenke CDU – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist aber schön für euch!  
– Abg. Rosa Grünstein SPD: Wahnsinn!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Minister Müller.

(Heiterkeit – Abg. Seimetz CDU: Jetzt sind wir aber gespannt! Eine halbe Stunde, bitte! – Abg. Fischer SPD: Also, Herr Minister, jetzt können Sie sich beliebt oder unbeliebt machen! Das ist gefährlich! – Weitere Zurufe – Unruhe)

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Ich habe ein 14-seitiges Manuskript.

(Heiterkeit – Abg. Klenk CDU: Wir wollen es hören! – Abg. Blenke CDU: Zugabe!)

Ich bin aber gern bereit, darauf zu verzichten, es vorzutragen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur *E i n z e l a b s t i m m u n g*.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr, Drucksache 13/2215. Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

§ 1

Wer dem § 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem § 1 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 2

Wer dem § 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem § 2 ist einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 16. Juli 2003 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zum Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

*S c h l u s s a b s t i m m u n g*

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz wurde einstimmig zugestimmt.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, die Fraktionen sind übereingekommen, den Tagesordnungspunkt 7 abzusetzen.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 17. Juli 2003, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

**Schluss: 17:54 Uhr**